



Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

114. Sitzung

Hannover, den 24. November 2016

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 24:

Mitteilungen des Präsidenten 11479
Feststellung der Beschlussfähigkeit..... 11479

Außerhalb der Tagesordnung:

Fortsetzung der Unterrichtung durch die Landesregierung über in Niedersachsen aufgetretene Fälle von Vogelgrippe 11479
Christian Meyer, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz . 11479
Helmut Dammann-Tamke (CDU) ... 11481, 11484
Hermann Grupe (FDP) 11482
Wiard Siebels (SPD)..... 11483, 11485
Hans-Joachim Janßen (GRÜNE) ... 11483, 11484
Frank Oesterhelweg (CDU)..... 11484

Außerhalb der Tagesordnung:

Unterrichtung durch die Landesregierung über die sogenannten *vorwärts-Gespräche*..... 11485
Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr..... 11485
Ulf Thiele (CDU)..... 11487, 11492
Christian Dürr (FDP) 11489, 11494
Grant Hendrik Tonne (SPD)
..... 11490, 11493
Helge Limburg (GRÜNE)..... 11493, 11495

Persönliche Bemerkung:

Ulf Thiele (CDU)..... 11495
Helge Limburg (GRÜNE)..... 11496
Jens Nacke (CDU) 11500

Zur Geschäftsordnung:

Jens Nacke (CDU)..... 11496
Grant Hendrik Tonne (SPD) 11498, 11503
Björn Försterling (FDP) 11499, 11503
Helge Limburg (GRÜNE) 11500, 11502
Christian Grascha (FDP) 11501, 11501
Ulf Thiele (CDU) 11503

Tagesordnungspunkt 25:

Mündliche Anfragen - Drs. 17/6900 11504

Frage 1:

Welche Bilanz zieht die Landesregierung aus ihrer Aufgabenkritik? 11504
Christian Grascha (FDP) ... 11504, 11510, 11523
Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport 11505 bis 11523
Gabriela König (FDP)..... 11508
Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr 11508, 11517
Dr. Stephan Siemer (CDU)..... 11509
Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister
..... 11509, 11511, 11512, 11520, 11521
Sebastian Lechner (CDU)..... 11510
Jan-Christoph Oetjen (FDP)..... 11510, 11520
Reinhold Hilbers (CDU) 11512, 11520
Meta Janssen-Kucz (GRÜNE) 11513
Adrian Mohr (CDU)..... 11513
Christian Dürr (FDP) 11514, 11522
Stephan Weil, Ministerpräsident 11514
Petra Emmerich-Kopatsch (SPD) 11516
Cornelia Rundt, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung 11516, 11521

Susanne Menge (GRÜNE)	11517
Hans-Joachim Janßen (GRÜNE)	11518
Christian Meyer , Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	11518
Gerd Ludwig Will (SPD).....	11518
Jörg Bode (FDP)	11520, 11522
Dr. Max Matthiesen (CDU)	11521

(Die Antworten zu den Anfragen 2 bis 50, die nicht in der 114. Sitzung des Landtages am 24. November 2016 behandelt und daher zu Protokoll gegeben wurden, sind in der Drucksache 17/6970 abgedruckt.)

Tagesordnungspunkt 26:

Erste Beratung:

Handwerksbetriebe entlasten - Änderung der Abfallverzeichnis-Verordnung zurücknehmen - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/6895	11524
Dr. Gero Hocker (FDP).....	11524, 11529
Volker Bajus (GRÜNE).....	11524, 11526, 11528
Gabriela König (FDP).....	11525
Marcus Bosse (SPD).....	11526
Martin Bäumer (CDU).....	11527, 11528
Stefan Wenzel , Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz.....	11530
<i>Ausschussüberweisung</i>	11531

Tagesordnungspunkt 28:

Erste Beratung:

Reden und Handeln des Boris Pistorius: SPD-Innenminister lassen die Muskeln spielen - In Niedersachsen schwächt der Innenminister die Polizei - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/6898	11532
Angelika Jahns (CDU)	11532
Karsten Becker (SPD).....	11535
Jan-Christoph Oetjen (FDP).....	11537
Meta Janssen-Kucz (GRÜNE)	11539
<i>Ausschussüberweisung</i>	11540

Tagesordnungspunkt 29:

Erste Beratung:

Die niedersächsische Oberschule - Erfolgsmodell mit Zukunft - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/6899	11540
Kai Seefried (CDU).....	11540, 11544, 11547
Uwe Strümpel (SPD).....	11542, 11545
Björn Försterling (FDP)	11545
Julia Willie Hamburg (GRÜNE)	11546, 11548
<i>Ausschussüberweisung</i>	11548

Nächste Sitzung	11548
-----------------------	-------

Vom Präsidium:

Präsident	Bernd Busemann (CDU)
Vizepräsidentin	Dr. Gabriele Andretta (SPD)
Vizepräsident	Klaus-Peter Bachmann (SPD)
Vizepräsident	Karl-Heinz Klare (CDU)
Schriftführerin	Ingrid Klopp (CDU)
Schriftführerin	Gabriela Kohlenberg (CDU)
Schriftführer	Klaus Krumfuß (CDU)
Schriftführer	Clemens Lammerskitten (CDU)
Schriftführer	Markus Brinkmann (SPD)
Schriftführer	Stefan Klein (SPD)
Schriftführerin	Sigrid Rakow (SPD)
Schriftführerin	Sabine Tippelt (SPD)
Schriftführer	Belit Onay (GRÜNE)
Schriftführerin	Elke Twesten (GRÜNE)
Schriftführerin	Hilgriet Eilers (FDP)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident
Stephan Weil (SPD)

Minister für Inneres und Sport
Boris Pistorius (SPD)

Finanzminister
Peter-Jürgen Schneider (SPD)

Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
Cornelia Rundt (SPD)

Staatssekretär Jörg Röhmann,
Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Kultusministerin
Frauke Heiligenstadt (SPD)

Staatssekretärin Erika Huxhold,
Kultusministerium

Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Olaf Lies (SPD)

Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Christian Meyer (GRÜNE)

Justizministerin
Antje Niewisch-Lennartz (GRÜNE)

Staatssekretärin Stefanie Otte,
Justizministerium

Ministerin für Wissenschaft und Kultur
Dr. Gabriele Heinen-Kljajić (GRÜNE)

Staatssekretärin Andrea Hoops,
Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz
Stefan Wenzel (GRÜNE)

Beginn der Sitzung: 9.03 Uhr.

Präsident Bernd Busemann:

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 114. Sitzung im 41. Tagesabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 17. Wahlperiode. Gemeinsam mit den Schriftführerinnen wünsche ich Ihnen einen guten Morgen!

(Zurufe: Guten Morgen, Herr Präsident!)

Tagesordnungspunkt 24:

Mitteilungen des Präsidenten

Wir dürfen bereits jetzt die **Beschlussfähigkeit** des Hauses feststellen.

Die Tagesordnung, die Ihnen vorliegt, würde normalerweise mit Tagesordnungspunkt 25 - Mündliche Anfragen - beginnen. Danach würden wir in der Reihenfolge der Tagesordnung die verbliebenen Tagesordnungspunkte 26, 28 und 29 behandeln.

Ich weise aber jetzt schon darauf hin, dass mir zwei Wünsche nach einer Unterrichtung seitens der Regierung vorliegen. Zunächst möchte Herr Landwirtschaftsminister Meyer über die Vogelgrippe unterrichten. Danach möchte Herr Wirtschaftsminister Lies über die sogenannten *vorwärts*-Gespräche unterrichten.

Ich habe eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung gesehen.

(Zuruf)

- Die Wortmeldung hat sich erledigt? - Okay.

Ich darf sodann zunächst Frau Schriftführerin Twesten bitten, uns mitzuteilen, wer sich entschuldigt hat.

Schriftführerin Elke Twesten:

Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen die erfreuliche Mitteilung machen: Es liegen für heute keine Entschuldigungen vor.

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Twesten. - Meine Damen und Herren, je nach Verlauf der Unterrichtungen haben wir die Chance, zwischen 12 Uhr und 13 Uhr fertig zu sein. Schauen wir mal!

Ich bitte jetzt Herrn Landwirtschaftsminister Meyer, seine Unterrichtung kundzutun.

Außerhalb der Tagesordnung:

Fortsetzung der Unterrichtung durch die Landesregierung über in Niedersachsen aufgetretene Fälle von Vogelgrippe

Bitte sehr, ich erteile Ihnen das Wort.

Christian Meyer, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie gestern angekündigt, möchte ich Sie über den aktuellen Stand der Vogelgrippe weiter unterrichten. Wir bekamen gestern Abend gegen 19 Uhr vom Friedrich-Loeffler-Institut des Bundes die Ergebnisse der Laboruntersuchung zum Fall von Geflügelpest im Landkreis Cloppenburg. Es handelt sich damit - amtlich bestätigt - um die hochpathogene Variante des Vogelgrippevirus H5N8. Damit wurde jetzt erstmals in Niedersachsen dieser höchst gefährliche Virus in einem Nutztiergeflügelbestand seitens des FLI bestätigt. Eine Gefahr für den Menschen besteht nach bisheriger Kenntnis nicht. Gleichwohl sollte ein Hautkontakt mit toten Vögeln vermieden werden.

Der zuständige Landkreis Cloppenburg, dem ich für die gute Zusammenarbeit mit den Landesbehörden ausdrücklich danke, hat schnell, richtig und umsichtig gehandelt. Die Tötung des Bestandes wurde, wie schon gestern geschildert, bereits angeordnet.

Meine Damen und Herren, mir ist bewusst, die schon erfolgten und jetzt weiter erfolgenden Maßnahmen zur Eindämmung der Vogelgrippe in Deutschland stellen erhebliche Einschränkungen insbesondere für unsere Geflügelhalter dar. Aber sie sind zur Eindämmung der Tierseuche unerlässlich. Mir ist auch bewusst, die jetzt notwendige Tötung von Zehntausenden von Tieren ist überhaupt nichts Schönes und nichts, was jemand gern macht. Aber sie ist erforderlich, um viele andere Tiere zu schützen. Auch sind Transportverbote wie das gestern vom Landkreis Cloppenburg verhängte „Stand Still“ für Geflügeltransporte notwendig, um eine Ausbreitung der Seuche zu verhindern.

An alle Tierhalterinnen und Tierhalter daher auch mein Appell, diese Vorgaben strikt zu beachten und alle Biosicherheitsmaßnahmen und Hygienemaßnahmen streng einzuhalten.

Meine Damen und Herren, ich bin davon überzeugt, dass die zuständigen Behörden in enger Zusammenarbeit mit Land und Bund die notwendigen und richtigen Maßnahmen ergreifen. Über das Lob des Landkreises bei dessen gestriger Pressekonferenz über die gute Zusammenarbeit mit meinen Landesbehörden habe ich mich sehr gefreut, und ich gebe den Dank an die kommunale Ebene, die bei der Tierseuchenbekämpfung gerade in Niedersachsen bestens aufgestellt ist, gerne zurück.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den betroffenen Landkreisen und beim Landesamt für Verbraucherschutz sowie in meinem Ministerium möchte ich an dieser Stelle ganz herzlich danken. Wir wissen ihre fachkundige und sachliche Arbeit zu schätzen und hören auf ihren Rat.

Meine Damen und Herren, ich bin davon überzeugt, dass die Bekämpfung von Tierseuchen eine Sache von Fachleuten und Experten ist. Noch einmal: Die Landkreise in Niedersachsen folgen den Empfehlungen meiner Fachleute und den Empfehlungen des FLI des Bundes.

(Ulf Thiele [CDU]: Ist das immer noch Ihre Meinung?)

Noch einmal: In der aktuellen Biosicherheitseinschätzung des FLI, des Friedrich-Loeffler-Institutes des Bundes, ist klagend - das können Sie auf dessen Homepage nachlesen -

(Ulf Thiele [CDU]: Sie müssten doch jetzt langsam tätig werden!)

dass nach dessen aktuellen Einschätzungen keine bundesweite Stallpflicht vorgeschlagen wird. Auch Ihr Bundesminister hat davon in dieser Woche Abstand genommen.

(Ulf Thiele [CDU]: Sie müssen das doch jetzt für Niedersachsen angehen!)

Jetzt wird diskutiert - das FLI hat sich gestern wieder öffentlich geäußert -, dass vorher andere Maßnahmen, wie Impfungen usw., zu diskutieren sind. Das sind die aktuellen Risikobewertungen der unabhängigen Bundesbehörde. Ich finde, es ist gut, wenn man auf Fachleute hört.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Ulf Thiele [CDU]: Grob fahrlässig ist das! - Unruhe bei der FDP)

Zu den Zwischenrufen: Der Fall in Cloppenburg, bei dem schon weiträumig aufgestellt wurde, lässt sich damit nicht erklären. Vielmehr ist die Frage zu stellen, wie das Virus in diesen Stall hineingekommen ist. Dazu sind auch die Experten zu hören, die auf die strikte Einhaltung von Biosicherheitsmaßnahmen insbesondere bei geschlossenen Stallanlagen drängen. Dazu gibt es noch viele Rätsel, dazu sind noch viele Fragen offen. Es gibt eben viele Wege, wie sich so ein Virus verbreiten kann.

(Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: Wie bewerten Sie diese Maßnahmen?)

Meine Damen und Herren, jetzt stehen schwierige Wochen für die Geflügelhalter in Niedersachsen und für die Fachleute in der Tierseuchenbekämpfung an. Nach meiner Überzeugung ist daher jetzt nicht die Zeit für parteipolitische Auseinandersetzungen oder ideologische Schuldzuweisungen, wie ich sie immer wieder lese.

(Beifall bei den GRÜNEN - Ulf Thiele [CDU]: Aber für politische Debatten bitte schon! - Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: Wie bewerten Sie denn die Maßnahmen?)

Das geht vielleicht auch an die Adresse der Umweltverbände: Weder ist die industrielle Massentierhaltung, an der es zu Recht viel zu kritisieren gibt, schuld an der Vogelgrippe

(Unruhe bei der CDU)

noch sind wilde Zugvögel per se hoch kriminelle Gefährder. Meine Damen und Herren, Vögel - ganz gleich, ob Nutzgeflügel oder Wildvögel - sind in diesem Geschehen nicht Täter, sondern Opfer.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung von Andrea Schröder-Ehlers [SPD])

Unsere Unterstützung gilt daher jetzt allen Geflügelhaltern, ganz gleich, ob sie kleine Hobby-Halter, die jetzt die Biosicherheitsmaßnahmen einhalten müssen, oder große Nutztiergeflügelhalter sind. Das Land und die Tierseuchenkasse stellen Entschädigungen für die zu tötenden Tiere bereit. Das Land und die Kommunen helfen und unterstützen, wo sie nur können.

Das Niedersächsische Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit, das LAVES, hat bereits Anfang der Woche - übrigens vor Ausbruch der Seuche in Cloppenburg - ein Bürgertelefon unter der Nummer 0441/57026-444 geschaltet. Diese Info-Hotline soll Geflügelhalter

insbesondere bei der Umsetzung der neuen Vorschriften unterstützen. Die Experten der Taskforce Veterinärwesen des LAVES sind unter dieser Telefonnummer direkt zu erreichen. Außerdem ist vom niedersächsischen Landwirtschaftsministerium ein ausführlicher Leitfaden erstellt worden, eine zusätzliche Hilfestellung für die Umsetzung.

(Mechthild Ross-Luttmann [CDU]:
Mehr nicht? Ein Leitfaden, das ist alles?)

Wir sind gemeinsam mit den Landkreisen dabei, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um dieses für die Geflügelhaltung in Niedersachsen wirklich gefährliche Geschehen einzudämmen.

Danke für Möglichkeit zur Unterrichtung.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN -
Zustimmung bei der SPD)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Minister, für diese Unterrichtung.

Jetzt darf natürlich eine Aussprache erfolgen. Zu den Redezeiten Folgendes: Der Herr Minister hat ziemlich exakt sechs Minuten geredet, sodass, wenn wir seine Unterrichtung wie eine Regierungserklärung behandeln, die großen Fraktionen sechs Minuten Redezeit und die kleinen Fraktion drei Minuten Redezeit zur Verfügung haben.

Es beginnt Herr Abgeordneter Dammann-Tamke. Wenn er will, hat er sechs Minuten. Bitte sehr!

Helmut Dammann-Tamke (CDU):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, das Internet vergisst bekanntlich nicht. Sie haben gesagt, es sei nicht die Zeit für parteipolitische Auseinandersetzungen. Sie haben auch gesagt, die Massentierhaltung sei nicht verantwortlich für die Vogelgrippe. Ich habe - Stand heute - auf der Homepage Ihrer Grünen-Landtagsfraktion eine Pressemitteilung des ehemaligen agrarpolitischen Sprechers der Grünen, Herrn Christian Meyer, gefunden. Mit Verlaub, Herr Präsident, ich will einmal zitieren.

(Johanne Modder [SPD]: Von wann?)

- Sie datiert vom 17. Dezember 2008, Frau Kollegin Modder.

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Meine Damen und Herren, wie wäre es, wenn Sie sich einfach darauf einstellen, dem Redner zuzuhören?

(Jens Nacke [CDU]: Was er damals erzählt hat, war alles Quatsch? Oder was soll das heißen?)

- Das ist doch egal! Erst hören und dann reagieren
- so sollten wir es machen. - Bitte!

Helmut Dammann-Tamke (CDU):

Die Nervosität auf der linken Seite dieses Hauses ist für mich durchaus nachvollziehbar.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich zitiere:

„Stallpflicht fragwürdig

Grüne: Massentierhaltung begünstigt Verbreitung der Vogelgrippe

Der agrarpolitische Sprecher der Landtagsgrünen Christian Meyer hat eine Überprüfung der weiträumigen Stallpflicht in der Freilandhaltung gefordert. „Statt die Freilandhaltung vieler kleiner und mittlerer Betriebe einzuschränken, sollte die Landesregierung vielmehr gegen die nicht artgerechten Haltungsbedingungen und die starke Konzentration in der Massentierhaltung als vermutliche Verbreiter der Vogelgrippe vorgehen“

- Unser Minister lernt offensichtlich dazu. -

(Zurufe von den GRÜNEN)

„Nahezu alle Ausbrüche der Vogelgrippe würden in Intensivstallhaltungen mit Zehntausenden von Tieren stattfinden.“

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Bei großen Zahlen muss sehr viel gekeult werden!)

Und weiter:

„Die Stallpflicht dagegen trifft vor allem die Freilandhaltung und schränkt den Tierschutz ein. Auch der Übertragungsweg durch Wildvögel sei fragwürdig.“

Meine Damen und Herren, wir haben in der vorigen Woche im Agrarausschuss eine Unterrichtung durch diese Landesregierung, durch den Staatssekretär, gehört. Was musste er uns darlegen?

Der erste Fund vom hoch pathogenen Virus der aviären Influenza wurde bei einer Reiherente, die bekanntlich ein Wildvogel ist, ausgerechnet im Landkreis Peine gefunden, ausgerechnet in einem Landkreis, der bisher keine Stallpflicht verordnet hatte.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Das ist alles nicht logisch, was Sie sagen!)

Jetzt der nächste Schritt: der Ausbruch in einem Intensivstall in Süd-Oldenburg, im Herzen der Geflügelwirtschaft Niedersachsens. Ihr Staatssekretär, Herr Minister, hat letzte Woche noch davon gesprochen, dass es sich um ein regionales Seuchengeschehen handele und daher die Zuständigkeit der Landkreise völlig richtig sei.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Das stimmt doch auch nicht! Nein, nein, zitieren Sie einmal richtig! - Zuruf von Renate Geuter [SPD])

- Fakt ist, verehrte Kollegin Geuter: Auf der einen Seite verlangt dieser Minister die konsequente Einhaltung aller Biosicherheitsmaßnahmen, verpflichtet also die einzelnen Betriebe,

(Zustimmung von Susanne Menge [GRÜNE])

sträubt sich aber nach wie vor, im Gegensatz zu vielen seiner Amtskollegen, auch mit grünem Parteibuch, eine landesweite Aufstallpflicht zu verhängen.

Jetzt komme ich zur Risikobewertung. Niedersachsen ist mit Abstand das Geflügelland Nummer eins in der Bundesrepublik Deutschland. Wer glaubt, dass man mit einer von Landkreis zu Landkreis unterschiedlichen Betrachtungsweise herangehen kann, setzt die völlig falschen Signale und darf sich nicht wundern, wenn wir die Lage nicht in den Griff bekommen. Der Kern einer jeden Seuchenprävention bedeutet: Ich muss vor die Lage kommen. Ich muss vor das Virus-Geschehen kommen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Minister, die organisierte Geflügelwirtschaft in ganz Deutschland und allen voran in Niedersachsen fordert seit Wochen das landesweite Aufstallgebot aus Ihrem Hause. Warum Sie sich weigern? - Die Antwort kennen wir. Die finden wir auf Ihrer Homepage; sie stammt aus dem Jahr 2008.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP - Miriam Staudte [GRÜNE]:

Zitieren Sie einmal Ihren Bundesminister!)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege Dammann-Tamke. - Es folgt jetzt für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Hermann Grupe. Drei Minuten! Bitte sehr!

Hermann Grupe (FDP):

Herr Präsident! Herr Minister, es ist schon interessant, wie Sie dazugelernt haben bzw. dann doch nicht dazugelernt haben. Wenn Sie hier die Szenerie beschreiben, indem Sie sagen, dass diese Tiere getötet werden müssen, ist überhaupt nichts Schönes, dann ist das eine Verharmlosung, wie ich sie überhaupt noch nicht gehört habe. Herr Minister, hier geht es um hunderttausendfaches Tierleid, das insbesondere dann ausgelöst wird, wenn diese Seuche richtig ins Laufen kommt. - Das ist die eine Seite. Die andere Seite ist, dass es hier um Millionenschäden gehen kann, was die Betriebe ruinieren kann. Zudem ist es die allerschwerste Belastung für Familien von Landwirten, wenn sie einem solchen Geschehen ausgesetzt sind.

Sie weigern sich, die möglichen Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen. Natürlich ist klar, dass auch eine Stallpflicht nicht die absolute Sicherheit gibt, aber sie ist ein wichtiger Mosaikstein im gesamten Zusammenhang. Sie handeln hier äußerst leichtfertig. Sie haben, wie der Kollege zitiert hat, im Jahr 2008 dafür plädiert, die Freilandhaltung nicht einzuschränken. Das erhellt vielleicht ein wenig den Hintergrund, warum Sie sich auch jetzt noch hartnäckig weigern, das zu tun, was andere Länder längst gemacht haben, nämlich auch in Niedersachsen, das nun mehrfach betroffen ist, endlich eine Stallpflicht einzuführen. Sie erhöhen die Sicherheitsrisiken, weil Sie Ihrem ideologischen Populismus aus dem Jahr 2008 weiter die Treue halten. Die Leidtragenden sind, wenn es zum Ernstfall kommt, einerseits die Tiere und andererseits die Landwirtschaftsfamilien.

Ich frage Sie: Gibt es überhaupt irgendeine Situation, in der Sie eine landesweite Stallpflicht verhängen würden? Was muss noch passieren, ehe Sie dazu kommen?

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Grupe. - Für die Fraktion der SPD spricht jetzt der Kollege Wiard Siebels. Bitte sehr! Sechs Minuten!

Wiard Siebels (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will es kurz machen und glaube nicht, dass ich ganze sechs Minuten brauche.

Ich möchte mich zunächst bei Ihnen, Herr Minister, ganz ausdrücklich für die Unterrichtung und Information des Parlaments bedanken.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir werden zügig und umfassend informiert. Das finde ich sehr gut. Was ich fast noch besser finde, ist die ausgewogene Darstellung inhaltlicher Art, die Sie hier gerade gebracht haben.

Herr Dammann-Tamke, ich bin der Auffassung, der Streit, den wir im Ausschuss über die Ursache dieser Seuche bzw. dieser Krankheit geführt haben, ist mit dem heutigen Tage eigentlich beendet. Wir haben den Streit im Ausschuss geführt - übrigens nach meiner Kenntnis nach dem Jahr 2008 - u. a. über Risikobewertung und Einschätzung des Friedrich-Loeffler-Institutes. Der Minister hat heute die aus meiner Sicht - jedenfalls nach allen Studien, die ich kenne - korrekte wissenschaftliche Sicht der Dinge angegeben.

Es scheint allerdings ein wenig so zu sein - das will ich kritisch anmerken -, als störe es manch einen, dass dieser Streit mit dem heutigen Tage beendet ist. Das in der Tat bedauere ich, weil wir gemeinsam gehalten sind, hier nicht überflüssige Streits über wissenschaftliche Auseinandersetzungen zu führen, sondern weil wir gemeinsam gehalten sind, die besten Lösungen hier in dieser Frage anzustreben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Eine Bemerkung kann ich mir nicht ganz verkneifen. Ich habe auch eine Pressemitteilung von Ihnen gefunden, Herr Dammann-Tamke. Sie ist allerdings etwas aktueller - vom 16. November 2016, also aus diesem Jahr noch. Sie schreiben in der Überschrift: „Virus macht keinen Halt vor Landesgrenzen“. Wenn das Virus keinen Halt vor Landesgrenzen macht, müsste das übersetzt konsequenterweise eigentlich bedeuten, wir bräuchten ein bundesweites Aufstallungsgebot.

Ich finde es korrekt, richtig und angemessen - Sie haben dem nicht widersprochen -, dass der Minister ausgeführt hat, dass in den Risikobewertungen durch wissenschaftliche Institute genau dies für nicht notwendig erachtet wurde. Deshalb gehe ich davon aus, dass das Land Niedersachsen - dass das Agrarministerium - hier umsichtig und vernünftig handelt. Ich glaube, wir als Parlament sind gehalten, uns dem anzuschließen und hier nicht irgendwelche Streits vom Zaun zu brechen, die mit dem heutigen Tage jedenfalls erledigt sind.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege Siebels. - Es folgt jetzt Kollege Hans-Joachim Janßen, Bündnis 90/Die Grünen. Drei Minuten!

Hans-Joachim Janßen (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Dammann-Tamke! Herr Grupe!

Erstens. 97 % aller Geflügelbestände in Niedersachsen sind mittlerweile aufgestellt. Das haben genau die Landkreise verfügt, die wegen der sehr hohen Geflügelbestände in ihren Kreisgrenzen ein erhöhtes Risiko haben. Genau das haben sie gemacht. Das ist auch vernünftig. Das heißt aber auch, dass das in den anderen Kreisen aus der Risikoanalyse heraus nicht erforderlich ist. Dazu ist gerade ausgeführt worden.

Zweitens. 2008 war das ein ganz anderes Virus, das überhaupt nicht mit dem Virus, um das es heute geht, vergleichbar ist.

(Johanne Modder [SPD]: Eben! - Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Ach!)

Es war eine sehr schwach pathogene Form. Daher kann ich die Aussagen des heutigen Ministers Meyer und des damaligen agrarpolitischen Sprechers durchaus nachvollziehen und halte sie auch heute noch für richtig.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Wie bitte?)

Drittens. Der Vorfall im Landkreis Cloppenburg legt aus meiner Sicht eher nahe, dass eine Aufstallungspflicht keine hinreichende Sicherheit bringt. Die Logik, daraus abzuleiten, dass man überall aufstellen müsste, weil es im Landkreis Cloppenburg nichts gebracht hat und es trotz Aufstallung zu einem Fall gekommen ist, erschließt sich mir

schlicht und ergreifend nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Nun noch ein Hinweis, warum man das im Einzelfall wirklich abwägen muss: Geflügel, das normalerweise im Freiland gehalten wird, gewöhnt sich an die Freilandhaltung. Wenn die Tiere plötzlich eingesperrt werden, dann leiden sie natürlich unter der Enge. Dann leiden sie sozusagen unter Langeweile. Dann kommt es möglicherweise zu Kannibalismus und ähnlichen Sachen. Bei Wassergeflügel ist das Ganze noch problematischer. Deshalb muss es im Einzelfall abgewogen werden.

Präsident Bernd Busemann:

Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Oesterhelweg zu?

Hans-Joachim Janßen (GRÜNE):

Ja, gern.

Frank Oesterhelweg (CDU):

Vielen Dank, Herr Kollege.

Würden Sie mir zustimmen, dass man durch eine Aufstallungspflicht das Risiko einer Weiterverbreitung deutlich senken könnte?

(Beifall bei der CDU)

Hans-Joachim Janßen (GRÜNE):

Insbesondere im Hinblick auf geschlossene Stallanlagen stimme ich Ihnen nicht zu.

(Zuruf von den GRÜNEN: Ja!)

Noch ein Punkt: Aus dem, was ich gesagt habe, ist abzuleiten, dass die Biosicherheitsmaßnahmen und die Maßnahmen zur Verhinderung des Kontakts zwischen Ställen und mit der Außenwelt genau die Maßnahmen sind, die konsequent umzusetzen sind. Man wird ansonsten die Eintragungspfade nicht unterbinden können.

Man wird darüber hinaus betrachten müssen, wie in den einzelnen Betrieben die Transportwege aussehen, damit man abschließend wirklich ausschließen kann, dass das Virus auf anderem Wege in die Bestände gekommen ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege Janßen. - Es hat sich noch einmal Kollege Dammann-Tamke zu Wort gemeldet. Sie haben noch anderthalb Minuten Redezeit. Bitte!

Helmut Dammann-Tamke (CDU):

Sehr geehrter Herr Kollege Janßen, ich möchte auf Ihre Ausführungen hier nicht erwidern. Ich empfehle jedem Interessierten die Literatur des Protokolls über die Unterrichtung im Agrarausschuss. Dort wird man sehen, welche Einstellung Sie bezüglich dieses schwerwiegenden Themas haben, dass Sie nach unserer Auffassung nämlich noch gar nicht wissen, welchen Umfang und welches Ausmaß das einnehmen könnte.

Ich habe mich im Wesentlichen deshalb gemeldet, um dem Kollegen Wiard Siebels zu entgegnen. Kollege Siebels, Niedersachsen ist das Geflügelland Nummer eins. Wir haben hier mit Abstand sowohl zahlenmäßig als auch, was die Wertschöpfung angeht, die größte Geflügelhaltung in Deutschland. Sie stimmen mir zu.

Sie haben gesagt, der Bundeslandwirtschaftsminister habe bisher kein bundesweites Aufstallungsgebot erlassen. Für uns ergibt sich daraus natürlich die spannende Frage, wie sich die niedersächsischen Vertreter in den verschiedenen Gremien auf Bundesebene zu dieser Frage eingelassen haben.

Ich gehe davon aus, dass der Bundeslandwirtschaftsminister sehr wohl das Votum des Geflügellandes Nummer eins in diese seine Strategie einbeziehen muss. Was nützt ihm ein bundesweites Aufstallungsgebot, wenn das Geflügelland Nummer eins Niedersachsen nicht mitziehen will?

(Wiard Siebels [SPD] lacht)

Daher haben wir einen durchaus ausgeprägten Informationsbedarf, erstens, dahin gehend, in welcher Art und Weise dieses Landwirtschaftsministerium gegenüber den Landkreisen kommuniziert hat. Nach all dem, was ich bisher weiß, geht das gegen null.

Zweitens würde uns interessieren, wie sich das Land Niedersachsen auf Bundesebene zu dem Thema eines bundesweiten Aufstallungsgebotes eingelassen hat.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön, Herr Kollege Dammann-Tamke. - Es folgt noch einmal der Kollege Wiard. Sie haben fast noch vier Minuten Redezeit, wenn Sie wollen.

(Zuruf: Kollege Wiard, wenn Sie wollen?!)

Wiard Siebels (SPD):

Herr Präsident! Siebels ist mein Name.

Präsident Bernd Busemann:

Herr Kollege Siebels, selbstverständlich. Aber das Erste war auch nicht falsch.

(Heiterkeit bei der SPD)

Wiard Siebels (SPD):

Alles richtig. Es war nicht falsch, aber nicht ganz vollständig, würde ich sagen.

(Heiterkeit bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich will es kurz machen, Herr Dammann-Tamke. Ich will einfach nur einmal feststellen: Sie unterstellen oder spekulieren jedenfalls darüber, dass der Bundeslandwirtschaftsminister kein bundesweites Aufstellungsgebot erlassen hat, weil sich das Land Niedersachsen in dieser Sachauseinandersetzung nicht richtig positioniert hat. Das finde ich in der Tat bemerkenswert.

(Heiterkeit bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön, Herr Kollege Siebels. - Mir liegen zu diesem Komplex keine weiteren Wortmeldungen vor, sodass ich jetzt zu der Unterrichtung seitens des Herrn Wirtschaftsministers übergehen darf.

Außerhalb der Tagesordnung:

Unterrichtung durch die Landesregierung über die sogenannten *vorwärts*-Gespräche

Herr Minister Lies, ich erteile Ihnen das Wort. Bitte sehr!

Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie haben sicherlich aus den Medien von den so-

genannten *vorwärts*-Gesprächen und den Hintergründen dazu erfahren.

Auch ich habe von diesen Hintergründen aus den Medien erfahren, ich war überrascht, war verärgert, und ich bin - ich kann das, glaube ich, mit klaren Worten sagen - stinksauer darüber, was ich dort erfahren habe.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir haben natürlich sofort die Unterlagen gesichtet. Ich will an der Stelle sagen: Kein anderes Mitglied der Landesregierung hat an entsprechenden, vergleichbaren, Gesprächen teilgenommen.

Ich bin vor allen Dingen deshalb verärgert - auch das will ich deutlich sagen -, weil ein völlig falscher Eindruck von Politik entsteht. Dabei geht es gar nicht ausschließlich um die Frage einer Person. Das, glaube ich, muss man aufklären. Deswegen möchte ich das auch nicht so im Raum stehen lassen, sondern nutze hier die Gelegenheit, Sie zu informieren.

Meine Damen und Herren, es handelt sich um - ich komme gleich darauf - eine ganz normale Anfrage, die gestellt worden ist. Es ging um Energiethemen, Wirtschafts- und Industrie-Themen, über die ein ständiger Dialog stattfindet - bei mir im Haus, im Ministerium, mit mir, mit einer ganzen Reihe von Unternehmen, die in Berlin auch an der Veranstaltung teilgenommen haben - ein Dialog in Berlin; auch eine Chance -, mit den Unternehmen aus Niedersachsen die Diskussion fortzuführen. Gerade Fragen der Energiewende - Energiethemen - sind für die Wirtschaft bei uns von besonderer Bedeutung. Die Einladung bzw. Anfrage vom *vorwärts* ist am 10. Februar 2015 erfolgt:

„Anfrage als dinner speaker für ein *vorwärts* Gespräch

Sehr geehrter Herr Lies,
lieber Olaf,

in regelmäßigen Abständen veranstaltet der *vorwärts*-Verlag seine *vorwärts*-Gespräche, die fest im politischen Berlin etabliert sind. Ziel ist es, in hochkarätiger Runde den Austausch zwischen Politik und Wirtschaft und in verschiedenen Politikfeldern voranzutreiben. Dazu laden wir führende Akteure aus Unternehmen, Verbänden und Gewerkschaften sowie Fach-Experten ein. Die Gespräche finden in Abstimmungen mit den

Fachgesprächen in der Bundestagsfraktion sowie bei der FES statt.

Unsere Gäste haben bereits mehrfach ange-regt, ein *vorwärts*-Gespräch mit Dir als niedersächsischem Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zu veranstalten.

Ich würde mich deshalb freuen, wenn wir Dich für ein *vorwärts*-Gespräch als dinner speaker gewinnen könnten. Die Organisa-tion des *vorwärts*-Gespräches liegt federführend bei uns,“

- also *vorwärts* -

„wobei wir sowohl die Gästeliste als auch Inhaltliches eng mit Dir abstimmen würden.

Anbei findest Du das Konzept der *vorwärts* Gespräche. Ich freue mich auf Deine hof-fentlich positive Rückmeldung.“

Das Konzept - ich stelle Ihnen die Unterlagen nachher selbstverständlich zur Verfügung - be-schreibt die Zielsetzung, die Möglichkeit der Dis-kussion und das Grundkonzept:

„*Vorwärts*-Gespräche sind Expertenrunden ‚Unter drei‘ ... Rund 15 Experten werden eingeladen, um aktuelle Themen miteinan-der zu diskutieren. Wichtig ist vor allem die heterogene Zusammensetzung der Exper-tenrunden. Es geht explizit darum, zum Dia-log unter den Sektoren innerhalb der Bran-che beizutragen. Nach einem Impuls des dinner speakers haben alle Gäste die Mög-lichkeit, sich aktiv in das Gespräch einzu-klinken. Die Gespräche finden in Abstim-mung mit der SPD-Bundestagsfraktion so-wie wirtschaftspolitischen Runden der FES statt.“

Dann wird etwas über die Abläufe gesagt.

„Teilnehmer

Es werden rund 15 hochkarätige Gäste in Rücksprache mit dem Gastredner persönlich eingeladen. Die Einladung erfolgt auf Vor-stands- und GF-Ebene.“

- Geschäftsführerebene.

Es werden der Ort und einige bisherige dinner speaker genannt.

Also: Bis dahin ist das eine ganz normale Termin-anfrage, die ich deshalb am 13. Februar mit dem Hinweis „ja“ versehen habe. Das Ganze ist dann seinen ganz normalen Geschäftsgang gegangen.

Geplant war die Veranstaltung am 21. September 2015. Sie wurde seitens des Veranstalters abge-sagt.

Es wurde dann ein neuer Termin am 11. April ver-einbart. Vier Tage vor diesem Termin gab es eine weitere Mail des Veranstalters an einen Mitarbeiter in meinem Haus:

„anbei sende ich Ihnen die aktuelle Gästeliste sowie die vorläufige Tischordnung für das *vorwärts*-Energiegespräch am 11. April 2016 mit Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr des Landes Niedersachsen. Unterstützer des Abends ist das Hanse-Werk, eine E.ON-Unternehmung, vertreten durch Matthias Boxberger, den Vorsitzenden des Vorstands. Wir haben eine spannende Gästeliste.“

Jetzt muss man im Nachhinein zugeben, dass da steht: „Unterstützer des Abends ist das Hanse-Werk“. Das ist zu dem Zeitpunkt keinem besonders aufgefallen. Ich wundere mich auch nicht, dass es keinem aufgefallen ist. Denn „Unterstützer des Abends“ muss durchaus nicht heißen, dass es eine bestimmte Konsequenz hat. Das ist, glaube ich, völlig normal bei Veranstaltungen, also nichts Un-gewöhnliches. Deswegen kann man auch keinem Mitarbeiter jetzt sagen, er hätte das erkennen oder sehen müssen - ich glaube, das ist selbstverständ-lich -, und das vier Tage vorher.

Es wirkt im Nachhinein allerdings - das muss man offen sagen - schon merkwürdig, dass das vier Tage vorher mitgeteilt wird. Diesen Eindruck haben auch wir. Aus der heutigen Sicht der Dinge - wohl wissend, was dort geplant war - würde man diese Mail und diesen Hinweis völlig anders interpretie-ren.

Aber ich bitte um Verständnis, dass keiner im Haus die Mail zu diesem Zeitpunkt in irgendeiner Form mit den Dingen in Verbindung bringen konnte, die wir heute erfahren haben. Also hat das Ganze seinen ganz normalen Weg genommen. Es war an keiner Stelle im Geschäftsgang erkennbar, dass das, was wir jetzt bei „Frontal 21“ gesehen haben, tatsächlich der Richtigkeit entspricht.

Deswegen noch einmal: Ich distanziere mich ganz eindrücklich von dem, was dort passiert ist und was wir dort sehen mussten. Wenn erkennbar gewesen wäre, dass diese Einladung und diese Veranstaltung in einem Zusammenhang mit dem stehen, was wir dort gesehen haben, hätte ich die Teilnahme abgelehnt und hätte nicht teilgenom-

men. Das ist für mich selbstverständlich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich bin darüber wirklich - ich will das noch einmal sagen - stinksauer und werde das auch dem *vorwärts* mitteilen. Es kann nicht sein, dass der *vorwärts* Einladungen ausspricht, von „seinen Veranstaltungen“ spricht und wir jetzt erfahren müssen, was eigentlich der Hintergrund ist.

Es ist - ich habe das gerade gesagt - ein falsches Bild von Politik, was dort gezeichnet wird. Das ist nicht das Vorgehen, das Politiker in Verantwortung wahrnehmen. Deswegen ist es mir auch wichtig, diese Distanz zu machen. Es ist ein falsches Bild von Politik, was an dieser Stelle erzeugt wird.

Deswegen, meine Damen und Herren, stelle ich die Unterlagen selbstverständlich den Fraktionen zur Verfügung, damit Sie das nachsehen können. Es ist mir wirklich ein persönliches Anliegen, dem völlig falschen Bild, das gezeichnet und möglicherweise weitergezeichnet wird, entgegenzutreten und das an jeder Stelle deutlich zu machen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will abschließend sagen: Ich glaube, jeder, der mich und meine Arbeit kennt, weiß, dass ich wirklich eine Vielzahl von Gesprächen führe, dass ich eine Vielzahl von Terminen mit allen Unternehmungen und Initiativen wahrnehme, die daran Interesse haben. Ich stehe jederzeit und ich stand jederzeit jedem, der Interesse daran hat, zur Verfügung. Es bedarf keiner Organisation, um mit mir ins Gespräch zu kommen.

Herzlichen Dank.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Minister Olaf Lies übergibt den Fraktionen jeweils einen Stapel Unterlagen)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Minister Lies. - Meine Damen und Herren, die Unterrichtung durch Herrn Minister Lies hat gut sechs Minuten gedauert, sodass sich folgende Redezeiten ergeben: für CDU und SPD je sechs Minuten, für FDP und Bündnis 90/Die Grünen je drei Minuten.

Zunächst hat sich Herr Kollege Thiele gemeldet. Bis zu sechs Minuten, bitte sehr!

Ulf Thiele (CDU):

Herzlichen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Wer mich kennt, weiß, dass mir fernliegt, Dinge zu skandalisieren, die in einem rechtlich sauberen Rahmen liegen.

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Dürr [FDP] - an SPD und GRÜNE gewandt -: Achtung, Leute!)

- Interessant, dass Sie jetzt lachen!

(Zuruf von der SPD: Fangen Sie noch einmal neu an!)

Das legt nämlich einiges offen -

(Unruhe bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Herr Thiele, einen Moment, bitte! - Herr Kollege Schmidt!

Ulf Thiele (CDU):

- bei der Frage der Finanzierung von Parteien. Das will ich durchaus vorwegschicken, weil ich der Auffassung bin, dass man sauber zwischen dem trennen muss, was erlaubt und opportun ist, und dem, was nicht erlaubt und nicht opportun ist.

Nach der Berichterstattung des ZDF von vorgestern, nach der Berichterstattung der *Bild*-Zeitung von heute und auch nach den Erklärungen des Ministers gerade ergeben sich allerdings aus meiner Sicht einige Fragen, die zumindest von diesem Landtag geklärt werden müssen.

Es geht im Kern schon darum, ob dieser Wirtschaftsminister mit der Teilnahme an diesem Termin seinen Amtseid verletzt hat - um nicht mehr und nicht weniger.

Warum ist das so? - Ich will nur am Rande erwähnen, dass es in der Berichterstattung zwei Parteienrechtler gab - Professor Schönberger und Professor Saliger -, die beide der Auffassung sind, dass ein Anfangsverdacht dafür vorliegt, dass der *vorwärts* und das Tochterunternehmen des *vorwärts*, über das wir hier reden - die Network Media GmbH -, das Parteiengesetz gebrochen haben könnten.

Es gibt aber noch einen zweiten Punkt - den hat der Minister nicht erwähnt -: dass es in der Vergangenheit Geschäftsbeziehungen zwischen diesem Unternehmen und der SPD in Niedersachsen

gab, zwischen genau dem gleichen Unternehmen, das für die Organisation des Termins zuständig war, an dem Sie, Herr Minister, teilgenommen haben, im Auftrag des *vorwärts*, und Ihrem Landesverband. Diese Geschäftsbeziehungen müssen zu einer Zeit eingeleitet worden sein, als Sie selber Landesvorsitzender waren.

Da Sie hier gerade den einladenden Geschäftsführer der *vorwärts* GmbH mit einem „Du“ zitiert haben, liegt nahe, dass die Verflechtungen hier enger sind als zunächst einmal offensichtlich.

(Zurufe von der SPD: Wir duzen uns alle! - Das ist ja abenteuerlich!)

Und da kommen wir genau zu dem Punkt. Die Bösgläubigkeit, die Sie, Herr Minister, eigentlich hätten haben müssen, wenn Sie die Praxis des *vorwärts* in der Vergangenheit kennen - er hat früher Kamingespräche organisiert; für eine Teilnahme wurde damals eine Gebühr von mehreren Tausend Euro fällig; das wurde öffentlich diskutiert, und dann wurden diese Gespräche eingestellt - und eine solche Einladung auf Ihren Tisch flattert, hatten sie offensichtlich nur deshalb nicht, weil es sich dabei um einen Parteifreund und Genossen handelt.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Mit Bösgläubigkeit und Parteienfinanzierung kennen Sie sich aus! Eine lange Geschichte der Bösgläubigkeit, Herr Thiele!)

Ich gebe offen zu: Das Ding ist im Moment völlig offen. Der Minister hat gerade gesagt, er habe von nichts gewusst. Aber er hat eben auch nicht alles gesagt. Wir sind gespannt, was sich aus den Unterlagen ergibt.

Sie haben dargestellt, dass das HanseWerk diesen Termin organisiert bzw. finanziert hat. Sie haben nicht dargestellt, welche Vertreter welcher weiteren Unternehmen an dem Gespräch beteiligt waren. Sie haben bisher nicht dargestellt, ob auch diese für diesen Termin gezahlt haben, ob Sie das bisher eruiert haben.

Sie haben nicht dargestellt - das ist für mich ein entscheidender Punkt -, wie hoch eigentlich die Einnahmen aus dem Gespräch, an dem Sie teilgenommen haben, in Summe gewesen sind. Denn spätestens wenn die Einnahmen deutlich die Ausgaben übersteigen, haben wir den Punkt erreicht, dass der Termin, den Sie dort mit diesen Energieunternehmen gemacht haben, mittelbar dazu ge-

führt hat, dass die Sozialdemokratische Partei einen finanziellen Vorteil aus Ihrem Agieren hatte.

Dann wiederum stellt sich aber die Frage: Wer hat eigentlich diesen Termin organisiert? - Denn es war ja erkennbar ein Genossetermin, also ein Parteitermin. Wenn dieser allerdings im Wirtschaftsministerium vorbereitet wurde, also von Ihrem Haus, stellt sich die Frage, ob Ihr Haus damit die Finanzierung dieses Parteitermins unterstützt hat und ob Sie das hätten erkennen und wissen können.

Ich finde, Herr Minister, es braucht ein bisschen mehr als die sehr schlanke Erklärung, die Sie heute hier abgegeben und in der Sie im Wesentlichen gesagt haben, Sie seien Opfer eines Tochterunternehmens Ihrer eigenen Partei. - Ein Unternehmen, das in dem Geflecht der Verlagsgesellschaft der SPD tätig ist und das offensichtlich insbesondere dazu tätig ist, der SPD Gewinne zu verschaffen, aus denen sie Wahlkämpfe finanziert! Ein bisschen mehr Bösgläubigkeit hätten wir von Ihnen schon erwartet.

Daraus ergeben sich aus meiner Sicht folgende weitere Fragen:

Sie haben gesagt, dass keine weiteren Mitglieder der Landesregierung an *vorwärts*-Terminen teilgenommen haben. Ich bitte den Ministerpräsidenten, das dezidiert zu prüfen, und zwar nicht nur im Zusammenhang mit *vorwärts*-Gesprächen, Herr Weil, sondern auch in der Frage, ob es von weiteren Tochterunternehmen Ihrer Partei Einladungen an Minister oder aber auch an Staatsbedienstete, Bedienstete des Landes Niedersachsen, gegeben hat, die von diesen wahrgenommen wurden und zur Finanzierung der SPD beigetragen haben.

Darüber hinaus fordere ich den Ministerpräsidenten auf, Folgendes zu klären und hier dezidiert darzustellen:

Wir wollen wissen, ob es Aufträge der Landesregierung an Unternehmen der SPD-Gruppe, also Unternehmen der Partei, gegeben hat - u. a. an das hier in Rede stehende Unternehmen - und somit Staatsgelder an diese Unternehmen geflossen sind. Das ist jetzt aufzuklären, um sicher zu sein, dass es hier keinen mittelbaren Zusammenhang gibt.

Darüber hinaus wollen wir sicher wissen, dass keine weiteren Mitglieder der Landesregierung solche Termine angenommen haben. Wir bitten darum, dass alle Terminkalender darauf hin im Detail überprüft werden, auch darauf hin, ob es

weitere Versuche der Terminanbahnung gegeben hat - sowohl mit dem Wirtschaftsminister als auch mit anderen Mitgliedern der Landesregierung.

Darüber hinaus wollen wir im Detail wissen - das ist jetzt eine Bringschuld -, wie hoch die Einnahmen aus diesen Terminen waren, die der SPD im Ergebnis wirtschaftlich zugeflossen sind.

(Glocke des Präsidenten)

Und wir wollen wissen, in welcher Form darüber kommuniziert wurde, auch im Nachgang zur Berichterstattung, d. h. wir wollen auch den weiteren Schriftverkehr zu diesen Themen haben.

(Glocke des Präsidenten)

Herr Minister, wir erwarten von Ihnen, dass Sie in den nächsten Wochen und Monaten darüber weiter aufklären.

Meine Damen, meine Herren - - -

Präsident Bernd Busemann:

Herr Kollege, Sie müssen zum Ende kommen.

Ulf Thiele (CDU):

Ich komme zum letzten Satz. - Wissen Sie, was dieses Beispiel deutlich macht? - Dass die Sozialdemokraten die Messlatte an andere so hoch legen, dass sie selber locker drunter durchlaufen können.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Johanne Modder [SPD]: Herr Thiele,
nicht von Ihnen! Gerade Sie!)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Thiele. - Es folgt jetzt für die Fraktion der FDP der Vorsitzende Herr Dürr. Sie haben drei Minuten.

Christian Dürr (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Nach der Berichterstattung von „Frontal 21“ am Dienstagabend hat es bekanntermaßen eine weitere Berichterstattung in der *Bild*-Zeitung gegeben. Dabei ist herausgekommen, dass zwei ehemalige Landesvorsitzende der SPD an diesen Dingen beteiligt waren und an Veranstaltungen teilgenommen haben, nämlich der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Garrelt Duin und das niedersächsische Kabinettsmitglied Wirtschaftsminister Olaf Lies.

Herr Lies, ich will eines in aller Deutlichkeit sagen: Das, was wir hier gerade sehen, ist kein Problem

der Politik - das ist ein Problem der SPD, um das in aller Klarheit zu sagen, in aller Klarheit!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich erinnere mich sehr genau an die Debatten um den damaligen nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten. Wie laut hat die SPD an dieser Stelle gegrölt! Ich will Ihnen das in aller Klarheit sagen: Das, was damals Herrn Rüttgers vorgeworfen wurde, das hat die Sozialdemokratie in Deutschland perfektioniert. Sie haben eigens eine Firma gegründet, um Politiker zu mieten!

Dieser Vorgang, was die SPD dort gemacht hat, ist unglaublich. - In aller Klarheit, in aller Klarheit!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Um das klar zu sagen: Niemand hat etwas dagegen, wenn Mitglieder von Parteien - - -

(Lachen bei der SPD)

- Es ist interessant, dass Sie lachen. Sie richten mit dem Verhalten Schaden an der Demokratie an.

(Johanne Modder [SPD]: Erinnern Sie
sich an Ihre eigene Verantwortung!)

Es ist unglaublich, Frau Modder, was die SPD hier macht. Unglaublich! Unglaublich! Und Sie verteidigen das auch noch.

Er hat angeblich von nichts gewusst. - Na klar hat er von nichts gewusst. Spätestens als klar war, dass dort HanseWerk als Unterstützer auftritt, hätte ich von einem Regierungsmitglied erwartet, dass es fragt, wer diesen Abend bezahlt. Meine Damen und Herren, das gehört zum Handwerk. Da kann man sich doch nicht mit Nichtwissen herausreden. Unglaublich! Unglaublich!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Um das klar zu sagen: Es geht mir nicht darum zu kritisieren, dass man Spenden für Parteien einwirbt. Aber was ist hier passiert? - Es ist versucht worden, zu verschleiern, dass man Spenden für die SPD einwirbt. Man hat ein System installiert, in dem Unternehmen dafür bezahlen, Zugang zu Politikern zu bekommen.

Herr Lies, ich will klar sagen: Das kann heute nicht die letzte Stellungnahme dazu gewesen sein. Hier zu sagen: „Ich habe von alledem nichts gewusst“, ist schlicht unglaubwürdig. Ein Minister bekommt selbstverständlich eine Terminvorbereitung, auch für Termine in Berlin, und sicherlich auch für Termine, die SPD-nah sind. Es ist Ihre Pflicht, sich im

Vorfeld solcher Termine zu informieren - um auch das in aller Klarheit zu sagen.

Haben Sie sich an diesem Abend eigentlich ein einziges Mal die Frage gestellt, wer die Veranstaltung bezahlt? Sind Sie ein einziges Mal auf die Idee gekommen, dass es sich um Sponsoring gehandelt haben könnte? Spätestens als klar war, dass ein Unternehmen als Unterstützer auch in der Einladung auftaucht?

Ich will Ihnen aus den Unterlagen, die Sie uns dankenswerterweise gerade zur Verfügung gestellt haben, kurz zitieren: Die Firma NWMD, die die SPD eigens dafür gegründet hat, um dieses System zu installieren, hatte Sie angeschrieben. Derjenige, der Kontakt mit Ihrem Büro aufgenommen hat, bezeichnet sich als stellvertretender Leiter Strategische Unternehmensentwicklung/Verkauf. - Es ging um Verkauf, meine Damen und Herren! An dieser Stelle sollte ein Minister zugunsten der SPD verkauft werden. Das ist unerträglich, um das in aller Klarheit zu sagen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Zum Schluss will ich auf das Thema dieser Veranstaltung in Berlin zu sprechen kommen. Der Titel der Veranstaltung lautete: „Notwendiger Infrastrukturausbau als Voraussetzung zum Gelingen der Energiewende“. Nach dem Geschäftsverteilungsplan dieser Landesregierung liegt die Zuständigkeit für dieses Thema eindeutig beim Niedersächsischen Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz, meine Damen und Herren. - Nein, es ging zu keinem Zeitpunkt darum, das fachlich zuständige Mitglied der Landesregierung dort zu haben, sondern einen SPD-Minister, mit dem man Geld verdienen kann. Um nichts anderes ging es!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Dürr. - Es folgt jetzt für die SPD-Fraktion Herr Kollege Tonne. Bitte!

Grant Hendrik Tonne (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister Lies, vielen Dank für die klarstellenden Worte hier und auch für die umfassende Information.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Bei den Beiträgen von Herrn Thiele und Herrn Dürr habe ich eben so manches Mal gedacht: Ein solches Vorgehen hätte ich mir in der vergangenen

Wahlperiode bei diversen Anlässen von Ihrer Seite gewünscht.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir teilen die von Ihnen hier eben dargestellte politische Einschätzung. Das wird offensichtlich auch von der Bundespartei geteilt. Deswegen sind die Konsequenzen, die man dort gezogen hat - auch in der Kürze -, ausdrücklich richtig.

(Ulf Thiele [CDU]: Geben Sie die Gewinne zurück? Zahlt die Partei die Gewinne aus dem Laden zurück? - Gegenruf von der SPD: Herr Thiele! - Ulf Thiele [CDU]: Ist doch wahr!)

Herr Lies hat hier gerade bekanntgegeben, in welchem Umfang er davon Kenntnis gehabt hat. Ich bin überrascht, dass Sie wissen wollen, welche Kenntnisse er gehabt hat.

(Christian Dürr [FDP]: Ich habe Ihnen doch gerade den Titel der Veranstaltung vorgelesen!)

Das sind wieder einmal Unterstellungen, die Sie hier in den Raum stellen,

(Christian Dürr [FDP]: Ich habe Ihnen doch gerade den Titel der Veranstaltung genannt! Das kommt aus dem Ministerbüro!)

ohne dass es dafür irgendeinen Beleg gibt.

(Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Herr Thiele, das war eben ja wohl ein total überzogener Auftritt. Sie starten mit dem Hinweis, er könnte seinen Amtseid verletzt haben, aber sagen wirklich nichts dazu, worauf das basieren sollte.

(Christian Dürr [FDP]: Rechtfertigen Sie das jetzt?)

Das wird auf der Bundesebene nach dem Parteiengesetz geprüft, und Sie haben bereits gestern die ersten Meldungen dazu zur Kenntnis genommen.

Ich will Ihnen aber auch gerne ein bisschen Nachhilfe geben zu dem vermeintlichen und von Ihnen vermuteten Skandal, dass man sich dort duzt. Sie sollten wissen: In meiner Partei ist es üblich, dass man sich untereinander duzt.

(Zuruf von der SPD: Bei Ihnen in der CDU auch!)

Das ist ein ganz normales Verfahren. Daraus schon wieder etwas herleiten zu wollen,

(Zuruf von der SPD: Abenteuerlich!)

macht klar, mit welch krampfhaften Verrenkungen Sie hier gerade Ihren Beitrag abgeliefert haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Dürr [FDP] - zur SPD -: Ihr richtet damit einen derart schweren Schaden für die Demokratie an! Ihr habt gar kein Problem damit, dass ihr käuflich seid! - Gegenrufe von der SPD - Christian Grascha [FDP]: Erst die Partei, dann das Land!)

- Herr Dürr, Ihre Zwischenruf haben nicht einmal phonetischen Wert. Es ist unglaublich, was Sie hier machen!

Sie haben gerade zahlreiche Fragen in den Raum gestellt. Unter anderem haben Sie gesagt, er habe nicht einmal gesagt, wer teilgenommen hat. Ich habe eben die Unterlagen schnell durchgeblättert, die uns zur Verfügung gestellt worden sind. Darunter befindet sich auch eine Teilnahmeliste. Also schauen Sie es sich einfach an!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Ulf Thiele [CDU]: Ja, und das ist der nächste Skandal! - Christian Dürr [FDP]: Was hat der Deutsche Zigarettenverband mit der Energiewende zu tun?)

Der Hinweis, jetzt müssten die finanziellen Hintergründe durch den niedersächsischen Wirtschaftsminister aufgeklärt werden, ist ja wohl auch etwas weit hergeholt. Die Hintergründe dieser Veranstaltung wird man auf der Bundesebene klären. Aber das ist ganz gewiss nicht der Job des Ministers hier in Niedersachsen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Herr Thiele, besonders bemerkenswert finde ich die Forderungen, die Sie hier eben aufgestellt haben. Sie verwechseln übrigens Fragen an eine Partei mit Fragen an die Landesregierung.

(Zuruf von der CDU: Er hat als Minister teilgenommen!)

Aber ich möchte Ihnen ein Zitat entgegenhalten, wie Sie sich vor noch nicht allzu langer Zeit im Umgang zu den Vorwürfen um den Club 2013

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN: Ah! Ja!)

- übrigens eine völlig andere Dimension als die, die wir hier jetzt diskutieren - geäußert haben.

(Christian Dürr [FDP]: Wer war der größte Kritiker? - Das war Olaf Lies!)

Damals ließ sich Herr Thiele in der Zeitung mit der Ansage zitieren: Wir lassen uns als Christdemokraten von niemandem vorschreiben, mit wem wir uns wann treffen und diskutieren.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN: Ah! Herr Thiele, das ist ja - -!)

Und dann kommt heute hier ein solcher Auftritt! Das ist doch wirklich unglaublich, Herr Thiele!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Und Sie lassen sich dafür bezahlen!)

In aller Kürze in Richtung der FDP: Herr Dürr, so viel gespielte Empörung seitens der FDP beeindruckt mich immer wieder.

(Christian Dürr [FDP]: Sehr lustig, dass Sie das sagen!)

Wir haben im Frühjahr 2011 in diesem Landtag über das Thema der sogenannten Glücksspielsause diskutiert. Ich sage auch hier: eine völlig andere Dimension als das, was wir hier diskutieren.

(Christian Dürr [FDP]: Bitte?)

Dort ging es darum, dass Übernachtungen für einen Minister gezahlt worden sind.

(Christian Dürr [FDP]: Die Partei kriegt Geld dafür, dass sie Minister ausleiht? Herr Lies ist bezahlt worden! Das ist unglaublich! - Gegenrufe von Johanne Modder [SPD] und Anja Piel [GRÜNE]: Ich wäre an Ihrer Stelle da ein bisschen ruhiger, ein kleines bisschen! Ein bisschen weniger Empörung!)

Damals gab es hier im Landtag eine Debatte, in der Herr Bode gesagt hat: Das war doch nur eine Hotelübernachtung!

(Christian Dürr [FDP]: SPD-Minister sind käuflich - nichts anderes! Unglaublich! - Johanne Modder [SPD]: Ein kleines bisschen weniger Theaterdonner! - Christian Dürr [FDP]: Unfassbar!)

Präsident Bernd Busemann:

Herr Tonne, einen Moment, bitte! - Frau Modder, Herr Dürr und einige andere, ganz ruhig!

(Unruhe)

- Wir machen noch nicht weiter. Sie brauchen noch Aufmerksamkeit, Herr Tonne, deswegen sind Sie ja hier. Ich helfe Ihnen dabei.

Grant Hendrik Tonne (SPD):

Vielen Dank!

Präsident Bernd Busemann:

Weiter geht's!

Grant Hendrik Tonne (SPD):

Noch einmal, Herr Dürr: Damals ging es darum, dass Übernachtungen von Ministern auf Sylt bezahlt worden sind - für die Minister.

(Björn Thümler [CDU]: Für *die* Minister? Ein einziger!)

Der damalige Kommentar lautete: Das war doch nur eine Hotelübernachtung.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN - Christian Dürr [FDP]: Das ist so lächerlich!)

Herr Dürr, Ihr Auftritt hier hat inhaltlich nichts dazu beigetragen. Er hätte es verdient, mit der Goldenen Himbeere belohnt zu werden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Dürr [FDP]: Ach! Sehr witzig!)

Ich schlage Ihnen vor: Mäßigen Sie sich in Ihren Skandalisierungsversuchen!

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Grascha [FDP]: Nur Nebelkerzen!)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Tonne.

Der Kollege Thiele hat sich gemeldet, um gemäß § 77 unserer Geschäftsordnung eine Kurzintervention vorzutragen. Nun mag es vielleicht verblüffen, dass auch auf Regierungserklärungen oder Unterrichtungen durch die Landesregierung Kurzinterventionen möglich sein sollen. Aber der § 77 Abs. 2 legt fest, dass eine Kurzintervention gemäß Absatz 1 für die Fragestunde, die Dringlichen Anfragen und die Aktuelle Stunde nicht möglich ist.

Es ist also nicht ausgeschlossen, dass hier eine Kurzintervention platziert wird.

Sie haben für 90 Sekunden das Wort.

Ulf Thiele (CDU):

Herzlichen Dank. - Herr Tonne, ich will am Rande erwähnen, dass sich die Diskussion, die Sie hier versuchen, als Abwehrschlacht zu führen,

(Johanne Modder [SPD]: Das ist keine Abwehrschlacht! Das sind Fakten! - Gegenruf von Christian Dürr [FDP]: Ihr seid beim illegalen Einwerben von Parteispenden erwischt worden!)

dadurch erübrigt, dass wir das in der Vergangenheit sehr transparent gemacht und geklärt haben. Aber der Minister hat bisher einige Dinge offengelassen.

Ich will Ihnen sagen, warum wir nachfragen müssen, warum wir diese Diskussion führen.

Erstens hat der Minister vorhin dargestellt, er sei die ganze Zeit über davon ausgegangen, dass der *vorwärts*-Verlag die Veranstaltung organisiert. Aber ich finde hier eine E-Mail vor, die vom 14. Januar stammt, bei der die Kontaktadresse für die Organisation dieser Veranstaltung die des Tochterunternehmens ist, also der Network Media GmbH, über die wir gesprochen haben, und zu der die SPD Niedersachsen Geschäftsbeziehungen hat. Spätestens an dieser Stelle hätte man bösgläubig werden müssen und sich fragen müssen: Wieso ist hier plötzlich ein zusätzliches Unternehmen im Spiel?

Zweiter Punkt. Wir bekommen die Unterlagen. Ja, dort sind auch die Firmen aufgeführt. Auch ich habe mich gerade gefragt, was die Tabakindustrie - die Philip Morris GmbH - mit der Energiewirtschaft zu tun hat, und bei einigen anderen Unternehmen darf man das, ehrlich gesagt, auch fragen. Beispielsweise sind die deutschen Sparkassen dabei gewesen.

(Anja Piel [GRÜNE]: Die sind an der Energiewende nun wirklich maßgeblich beteiligt!)

Ob die das überhaupt hätten machen dürfen, wenn die dafür Geld gezahlt haben, ist eine spannende Frage, finde ich.

Ich finde es nicht in Ordnung, dass die Namen der Teilnehmer hier geschwärzt sind. Herr Minister, Sie müssen hier schon im Detail offenlegen, wer welche Person - an diesen Gesprächen teilge-

nommen hat und wer Ihre Gesprächspartner waren, weil wir nämlich nur daraus ablesen und erfahren können, ob das, was in diesem Gespräch zur Finanzierung der Partei stattgefunden hat, hinterher in Regierungshandeln eingeflossen ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Herr Tonne, Sie können erwidern, wenn Sie wollen. 90 Sekunden, bitte!

Grant Hendrik Tonne (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Thiele, was Ihren Hinweis angeht, man habe früher alles sehr transparent offengelegt, so stelle ich fest, dass die Erinnerung der einzelnen Kolleginnen und Kollegen hier im Hause unterschiedlich ist. Wir mussten Ihnen damals jeden Zettel einzeln aus der Tasche ziehen, den Sie zur Verfügung stellen mussten.

(Beifall bei der SPD - Klaus-Peter Bachmann [SPD]: Wohl wahr!)

Bezüglich der Teilnehmerliste ist das, was hier passiert, natürlich ausdrücklich richtig; denn bei dem Zurverfügungstellen von Unterlagen, die aus einem Ministerium kommen, sind natürlich auch die Belange Dritter zu berücksichtigen. Dass man hier die Namen der Firmen kenntlich macht, ist richtig. Ich bin jedoch ausdrücklich dagegen, hier auch noch einzelne Personen zu benennen; denn ein bisschen Persönlichkeitsschutz sollte es in diesem Landtag auch noch geben, selbst bei den Skandalisierungsversuchen von Ihrer Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege Tonne. - Es liegt noch eine Wortmeldung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor. Herr Limburg, bitte sehr! Drei Minuten.

(Zuruf von der CDU: Wer hat die Kratte bezahlt? - Heiterkeit)

Helge Limburg (GRÜNE):

Es ist immer wieder schön, wenn ich in diesem Hause mit kleinen Gesten so vielen eine Freude machen kann, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Reinhold Hilbers [CDU]: Oder ist die von den Genossen ausgeliehen?)

Aber das Thema ist ernst, und deswegen würde ich gerne direkt zur Sache kommen.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Erst einmal herzlichen Dank, Herr Minister Lies, sowohl für die unverzügliche und umfassende Unterrichtung hier im Plenum und auch für die Zurverfügungstellung der Unterlagen.

Herr Minister, Sie haben davon gesprochen, dass Sie stinksauer sind, was die Konstruktion angeht, die auf Bundesebene von einer Unter-GmbH des *vorwärts* gewählt worden ist. Herr Minister, ich will ganz deutlich sagen, dass ich mich auch im Namen meiner Fraktion dieser Bewertung anschließe. Das, was da passiert ist, kann und darf nicht sein. Es ist geeignet, der Politik insgesamt Schaden zuzufügen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Deswegen ist es gut, dass es unmittelbar abgestellt worden ist.

Meine Damen und Herren, es ist schon bemerkenswert, dass sich in der heutigen Geschäftsordnungsdebatte nicht der Kollege Nacke, sondern der Kollege Thiele zu Wort meldet. Das mag damit zusammenhängen, dass der Kollege Thiele sich mit dem Thema Sponsoring und kreative Parteienfinanzierung ganz besonders gut auskennt.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD - Zuruf von der SPD: Aha! - Christian Dürr [FDP]: Was soll das denn jetzt?)

Herr Thiele, wir durften einerseits erleben, dass Sie noch vor wenigen Jahren öffentlich erklärt haben, dass die CDU Niedersachsen mit dem Club 2013 - ihrem Spendensammelverein,

(Ulf Thiele [CDU]: Das ist er eben nicht! Das war er nie und ist er nicht! - Johanne Modder [SPD]: Den gibt es noch?)

der versuchen sollte, einen Wahlsieg 2013 zu sichern - gar nichts zu tun hat. Gleichzeitig haben wir erlebt, Herr Thiele, dass Sie sich öffentlich quasi als Pressesprecher dieses Clubs betätigt haben und dass - das wissen Sie - Ihre Ministerinnen und Minister und Ihre Staatssekretärinnen und Staatssekretäre, also auch die Beamten dieser Landesregierung, in diesem Club gegen Geld für Gespräche zur Verfügung standen.

(Christian Dürr [FDP]: Sie lügen hier einfach! Das ist nicht wahr! - Zuruf

von der CDU: Frechheit! - Gegenruf von Johanne Modder [SPD]: Dass wir das sagen, ist unverschämt? Das ist ja wohl lustig! - Weitere Zurufe von der CDU und der FDP)

Herr Thiele, Sie haben in dieser Frage keinerlei Glaubwürdigkeit. Sie sollten sich hier nicht so auf-führen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Herr Thiele, Sie haben zu Recht das Thema angesprochen: Was ist eigentlich mit Firmen, die teilweise in öffentlicher Hand sind, oder was ist, wenn es sich sogar um öffentliche Körperschaften handelt?

(Christian Grascha [FDP]: Das ist der unterirdische Versuch eines Gegenangriffs - unterirdisch!)

Dass Sie sich damit so gut auskennen, liegt vermutlich daran, dass zum Beispiel der Landkreis Osnabrück und auch andere Firmen, die zumindest teilweise im Besitz der öffentlichen Hand waren, immer wieder hoch bezahlte Anzeigen im CDU-Mitgliedermagazin geschaltet haben. Auch in dieser Frage, Herr Thiele, sind Sie nicht im Ansatz glaubwürdig.

Herr Thiele, meine Damen und Herren, für uns alle ist es gegenwärtig die Aufgabe, Vertrauen in die etablierte Politik, in die etablierten Parteien zurückzugewinnen. Wir alle sollten der Versuchung widerstehen, einzelne Vorfälle für eine kleinliche Schlammschlacht darüber zu missbrauchen, wer in welcher Frage schlimmer oder unredlich ist. Wir alle sollten gemeinsam Initiativen ergreifen, um maximale Transparenz bei Parteienfinanzen sicherzustellen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Miriam Staudte [GRÜNE]: Allerdings!)

In der vergangenen Legislaturperiode haben die Grünen entsprechende Initiativen in den Landtag eingebracht. Unterstützt worden ist das damals von der niedersächsischen SPD. Abgelehnt wurde es von CDU und FDP.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wenn wir Sie mit dem heutigen Tage mit im Boot haben, um auf Bundesebene für alle für mehr Transparenz zu sorgen,

dann würde ich mich über diesen Gesinnungswandel sehr freuen.

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege Limburg. - Auf Ihren Beitrag gibt es den Wunsch nach einer Kurzintervention seitens des Kollegen Dürr. Bitte sehr! 90 Sekunden.

Christian Dürr (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! So mit Nebelkerzen zu werfen, so billig kommen Sie uns nicht davon - um das in aller Klarheit zu sagen. Ich habe keine Schwierigkeiten damit; denn es geht an dieser Stelle um Parteienfinanzierung und darum, was legal ist und was nicht. Ich habe kein Problem damit, wenn das SPD-Mitglied Olaf Lies zu einem Spenderessen einlädt und um Spenden für seine Partei wirbt. - Nebenbei gesagt, ist das für diejenigen, die spenden, steuerlich absetzbar, und es wird sogar noch vom Staat im Rahmen der Parteienfinanzierung unterstützt. - Das transparent zu machen, ist kein Problem. Das habe ich in der Vergangenheit nicht kritisiert, und das werde ich in der Zukunft nicht kritisieren.

(Zustimmung von Christian Grascha [FDP])

Das, was hier jedoch passiert ist, meine Damen und Herren, ist das Verschleiern dieser Praxis mit dem zentralen Ziel, die SPD an den ordentlichen Regeln der Parteienfinanzierung vorbei zu finanzieren, meine Damen und Herren. Es sind gerade keine Parteispenden gewesen, die eingeworben worden sind, sondern das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich will aus der E-Mail dieser NWMD, offensichtlich wenige Tage vor der Veranstaltung geschrieben, vorlesen, damit klar wird, was der - ich sagte es vorhin - stellvertretende Leiter Strategische Unternehmensentwicklung/Verkauf dort geschrieben hat:

„Wie telefonisch besprochen, hier einige Vorschläge der E.ON/HanseWerk für das Gespräch am Montag. Ohne Zweifel ist das absolut unverbindlich und als Anregung gedacht. Ich freue mich über eine kurze Rückmeldung, ob diese Impulse für Sie diskutabel erscheinen.“

Meine Damen und Herren, hier sind zwei Dinge passiert: Zum einen geht es darum, die SPD auf illegale Weise zu finanzieren, und zum anderen darum, Zugang zu Ministern zu bekommen, indem man Geld dafür bezahlt. Das ist unerträglich. Diese Praxis hier zu verteidigen, das kann kein Demokrat ernsthaft tun, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Dürr. - Herr Limburg möchte erwidern. Ebenfalls anderthalb Minuten. Bitte!

Helge Limburg (GRÜNE):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nebenbei, Herr Dürr: Ich habe die ganze Zeit darauf gewartet, dass Sie irgendwann auf mich reagieren. Das haben Sie an keiner Stelle getan; aber sei's drum.

(Christian Dürr [FDP]: Natürlich!)

Sie haben gerade davon gesprochen, dass die Praxis, die da von einer Unter-GmbH des *vorwärts* auf Bundesebene erfolgt ist, kein Demokrat verteidigen kann. Herr Dürr, ich stelle fest: In diesem Hause hat niemand diese Praxis verteidigt. Ganz im Gegenteil, sowohl der Herr Minister als auch mein Kollege Tonne haben diese Praxis völlig zu Recht scharf kritisiert. Suggestieren Sie doch nicht, hier werde etwas verteidigt, was keiner verteidigt!

(Jörg Bode [FDP]: Aber kritisieren darf man es, ja?)

Aber ein Unterschied ist das, Herr Dürr, was Sie zu tun versuchen. Die Praxis des Sponsorings auf Bundesebene ist im Übrigen auch deshalb erlaubt, weil die FDP im Jahre 2010

(Christian Dürr [FDP]: Sie werfen schon wieder Nebelkerzen!)

zusammen mit ihrem Koalitionspartner CDU einen entsprechenden Vorstoß der grünen Bundestagsfraktion für mehr Transparenz und mehr Regeln in diesem Bereich ausdrücklich abgelehnt hat, Herr Dürr. Das ist die Wahrheit. Sie haben schärfere Regeln abgelehnt.

(Christian Dürr [FDP]: Aber wir lassen uns nicht kaufen!)

Deswegen ist es überhaupt noch möglich.

(Christian Grascha [FDP]: Es ist doch Quatsch, dass das erlaubt ist! Das ist doch Unsinn! - Christian Dürr [FDP]:

Wo steht im Parteiengesetz, dass man Minister kaufen darf?)

Sie versuchen, jetzt diese Praxis auf Bundesebene mit einem Mitglied der Niedersächsischen Landesregierung in Verbindung zu bringen, weil Sie sich davon hier in Niedersachsen parteipolitisches Kapital erhoffen.

(Christian Dürr [FDP]: Wo steht, dass man Minister kaufen darf? Die Passage habe ich im deutschen Parteiengesetz nicht gefunden!)

Das, Herr Dürr, nützt weder der Demokratie noch den Parteien. Das, Herr Dürr, schadet unter dem Strich nur uns allen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Limburg. - Abschließend zu diesem Komplex liegt mir noch eine Wortmeldung von Herrn Ulf Thiele vor. Er möchte eine **persönliche Bemerkung** nach § 76 unserer Geschäftsordnung abgeben. Bitte!

Ulf Thiele (CDU):

Herzlichen Dank, Herr Präsident. - Hier wurde gerade von Herrn Limburg fälschlicherweise die Behauptung in den Raum gestellt, dass ich als Generalsekretär der CDU in Niedersachsen eine Praxis von Spendensammelvereinen oder Anzeigenschaltungen gegen Gegenleistung decken würde. Diese Behauptungen sind falsch. Ich weise sie auf das Entschiedenste zurück und erkläre hiermit, dass die CDU Niedersachsen - schon gar nicht unter meiner Verantwortung - irgendwelche Spendensammelvereine betreibt oder Leistungen mit politischen Gegenleistungen bezahlt - im Gegensatz zu dem, was wir hier offensichtlich gerade beim Minister erleben. Denn uns ist gerade aufgefallen, dass der Termin, über den wir hier reden, nicht im Terminkalender der Landesregierung ausgewiesen wurde, wohl aber ein anderer Termin, der am gleichen Tag stattgefunden hat.

(Ottmar von Holtz [GRÜNE]: Was hat das denn mit einer persönlichen Bemerkung zu tun?)

Es wurde nämlich genau an dem gleichen Tag der Minister zum Vorsitzenden des Beirates der Bundesnetzagentur gewählt, von der die E.ON/HanseWerk erkennbar abhängig ist, die den

Termin, der nicht im Terminkalender stand, bezahlt hat.

Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Bernd Busemann:

Danke, Herr Thiele. - Ebenfalls eine Bemerkung nach § 76 der Geschäftsordnung möchte Herr Kollege Limburg abgeben. Bitte!

(Christian Dürr [FDP]: Das heißt, der Termin ist verschleiert worden! Unglaublich!)

Helge Limburg (GRÜNE):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Kollege Thiele hat mir gerade vorgeworfen, ich hätte ihn fälschlicherweise beschuldigt, dass er die Praxis eines Spendensammelvereins, nämlich des Club 2013, verteidigt habe. Dazu stelle ich fest:

Ich bin leider aus Zeitgründen nicht in der Lage, Ihnen die gesamten Pressespiegel der Jahre 2010, 2011 und 2012 hier vorzutragen. Aber ich möchte Ihnen beispielhaft einen Artikel aus der *Nordwest-Zeitung* vom 31. Januar 2012 in Erinnerung rufen, Herr Kollege Thiele.

(Anja Piel [GRÜNE] - zur CDU -: Obacht an der Bahnsteigkante!)

Darin heißt es:

„Nach Angaben von CDU-Generalsekretär Ulf Thiele ...“

- ich glaube, das sind Sie -

„soll der Club 2013 inzwischen bis zu 350 Unterstützer haben, vor allem Unternehmer, aber auch Wissenschaftler und Künstler. Spenden müsse niemand, betont der Generalsekretär. Die meisten tun es aber wohl doch. 50 Euro monatlich werden als Mindestbeitrag empfohlen.“

Herr Kollege Thiele, ich schlage vor, dass Sie nach vorne gehen und sich entschuldigen.

Vielen Dank.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Limburg. - Auf eine persönliche Bemerkung sind keine weiteren GO-fähigen Repliken möglich - bei aller inneren Berührtheit und vielleicht auch Betroffenheit, wie auch immer.

Meine Damen und Herren, zu dem Komplex „Unterrichtung“ liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor, sodass wir in der Tagesordnung fortsetzen können.

(Jens Nacke [CDU] meldet sich zur Geschäftsordnung)

- Herr Kollege Nacke, Sie melden sich nach § 75 **zur Geschäftsordnung**. Sie kennen die Spielregeln. Bitte!

Jens Nacke (CDU):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich namens der CDU-Fraktion heute zu einem Beitrag zur Geschäftsordnung gemeldet, weil wir beantragen möchten, die heutige Tagesordnung um einen Tagesordnungspunkt zu erweitern. Dabei komme ich auf die Debatte vom Dienstag, den 22. November, in der Aktuellen Stunde zum Fall der vollverschleierte Schülerin in Belm bei Osnabrück zurück.

Ich darf zur Erläuterung unseres Antrages darauf verweisen, dass alle Fraktionen in diesem Haus festgestellt haben, dass die Vollverschleierung einer Schülerin an einer niedersächsischen Schule rechtswidrig ist. Das, was dort passiert, ist rechtswidrig.

Auch Ministerin Heiligenstadt hat gesagt:

„Ein Niqab hat in den niedersächsischen Schulen nichts zu suchen. Wir haben ganz klare Regelungen im Rahmen des Niedersächsischen Schulgesetzes, und so gehen wir auch vor.“

Herr Minister Pistorius - das vielleicht noch vorweg - hat dazu ausgeführt:

„Es ist für Schülerinnen nach dem geltenden Recht jedoch nicht zulässig, einen Gesichtsschleier in der Schule zu tragen.“

Mit anderen Worten: Die Landesregierung und alle Fraktionen in diesem Haus sind sich einig: Das, was hier passiert, ist rechtswidrig. Trotzdem hat der niedersächsische Innenminister ausgeführt: Diesen rechtswidrigen Zustand werden wir nicht beseitigen. - Er hat gesagt: Dies wird geduldet.

Zitat:

„In einem Fall wurde entschieden, die Vollverschleierung aufgrund der besonders gelagerten Umstände des Einzelfalls ... für einen absehbaren Zeitraum zu dulden ...“

(Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: Ja, das hat er gesagt!)

Frau Ministerin Heiligenstadt hat das dann mit dem Satz kommentiert:

„Mein Kollege Innenminister Boris Pistorius hat im Großen und Ganzen die selbstverständlich zwischen den Häusern abgestimmte Verfahrensweise deutlich vorgetragen.“

Er hat also hier für die Landesregierung und damit auch für das Kultusministerium vorgetragen: Dies wird geduldet. - Das ist ein bemerkenswerter Vorgang, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich fasse zusammen: Seit mehr als zwei Jahren verstößt eine Schülerin gegen das Schulgesetz im Verantwortungsbereich der Kultusministerin. Seit dem 5. September weiß Ministerin Heiligenstadt selbst von diesem Vorfall. Sie billigt seit diesem Zeitpunkt einen rechtswidrigen Zustand und damit fortgesetzten Rechtsbruch.

Zur Begründung wurde seitens der Fraktionen der SPD und der Grünen, auch seitens der Landesregierung, angeführt, dieses Mädchen solle ihren Abschluss machen können. Dabei wurde aber verschwiegen, dass es selbstverständlich Möglichkeiten für dieses Mädchen gibt, ihren Abschluss zu erreichen, ohne weiter an dieser Schule unterrichtet zu werden, weil der Zustand, den sie dort herstellt, rechtswidrig ist. Im Übrigen kann sie jeden Tag den rechtmäßigen Zustand wiederherstellen. Sie muss lediglich den Niqab ablegen.

Meine Damen und Herren, damit wird ein Signal ausgesandt. Dieses Signal lautet: Wer aufgrund seines Glaubens gegen deutsches Recht verstößt, wird anders behandelt als andere. - Damit senden Sie ein verheerendes Signal, und zwar in zwei Richtungen: zum einen in Richtung der Prediger und Werber für Islamisten, die doch genau diesen Fall als Beispiel nehmen und sagen werden: „Du musst dich zur Wehr setzen. Dieser Staat wird nicht reagieren“,

(Johanne Modder [SPD]: Haben Sie gestern nicht zugehört, dass Belm ein besonderer Fall ist?)

und gleichzeitig, Frau Kollegin Modder, zum anderen in Richtung der rechtsextremen Populisten, die

dieses Beispiel genauso für sich in Anspruch nehmen werden: Dieser Staat wehrt sich nicht, wenn gegen Recht verstoßen wird.

(Zuruf von Johanne Modder [SPD])

Das ist das Signal, das Sie senden - egal, wie viel Sie dazwischenreden.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Frau Kollegin Modder, ich empfehle Ihnen in diesem Zusammenhang einmal den Artikel im *Weser-Kurier* von heute mit der Überschrift „Salafisten bieten einfache Antworten“ vom LKA-Chef aus Bremen, Daniel Heinke.

(Johanne Modder [SPD]: Wir reden über einen Einzelfall! Das ist hier gestern deutlich gesagt worden! Aber Sie wollen ja nicht zuhören! - Gegenruf von Björn Thümler [CDU]: Das war vorgestern!)

Präsident Bernd Busemann:

Frau Modder, bitte stören Sie den Redner nicht! - Herr Nacke, bitte präzisieren Sie wegen der Fünfminutenregel den Antrag!

Jens Nacke (CDU):

Frau Ministerin Heiligenstadt, ich möchte Sie an dieser Stelle an Ihren Amtseid vom 19. Februar 2013 erinnern. Sie haben damals geschworen, dass Sie das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen werden. So steht es auch im Artikel 31 der Niedersächsischen Verfassung.

Deshalb wäre es Ihre Aufgabe gewesen, das Verbot der Vollverschleierung in unseren Schulen durchzusetzen. Das ist die Aufgabe der Niedersächsischen Kultusministerin. Dagegen haben Sie verstoßen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Glocke des Präsidenten)

Deswegen, Herr Präsident, gab es gestern eine Sitzung der CDU-Landtagsfraktion, in der wir diesen Fall ausführlich besprochen haben. Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass hier ein Fall nach Artikel 40 vorliegt. Sie müssen mit einer Ministeranklage rechnen, Frau Ministerin. Aber wir wollen Ihnen aufgrund der Kürze der Zeit die Möglichkeit geben, dies nach Artikel 40 Abs. 3 unserer Verfas-

sung in einem Selbstreinigungsverfahren zu bereinigen.

Gehen Sie zum Staatsgerichtshof! Lassen Sie sich vom Staatsgerichtshof bescheinigen, dass Ihr Verhalten rechtmäßig ist! Aber ziehen Sie dann, wenn der Staatsgerichtshof feststellt, dass das rechtswidrig ist, auch die Konsequenz, dass Sie für dieses Amt nicht mehr geeignet sind! Das wäre die Konsequenz. Das können Sie selbst und in eigener Verantwortung mit einem Selbstreinigungsverfahren erledigen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Bernd Busemann:

Herr Kollege, ein Satz noch!

Jens Nacke (CDU):

Deshalb beantragt die CDU-Landtagsfraktion, dass dieses Selbstreinigungsverfahren von Ihnen eingeleitet wird. Wir beantragen, den heute eingebrachten Antrag dazu auf die Tagesordnung zu setzen, damit er heute im Anschluss an die bereits auf der Tagesordnung stehenden Punkte beraten werden kann.

Vielen Dank.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Bernd Busemann:

Danke, Herr Kollege Nacke. - Meine Damen und Herren, der von Herrn Nacke angesprochene Antrag wurde, glaube ich, heute Morgen auf elektronischem Wege zugestellt und trägt die Drucksachennummer 17/6971.

Jetzt hat sich Herr Kollege Tonne zur Geschäftsordnung gemeldet. Bitte sehr!

Grant Hendrik Tonne (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dem Beitrag des Kollegen Nacke kann man nur ausführen: Herzlich willkommen im postfaktischen Zeitalter! Fakten spielen für diese Opposition keine Rolle mehr, trägt man sie auch noch so oft vor.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen auch: Ich finde daran besonders verwerflich, dass Sie ein solches Thema hochziehen mit dem Ziel, Budenzauber zu veranstalten,

aber nicht mit einer inhaltlichen Bearbeitung des Falles.

(Christian Dürr [FDP]: Oh Gott!)

Ihnen ist in Unterrichtungen wie auch in der Aktuellen Stunde dargestellt worden, was der Grundsatz ist und was die Besonderheiten im Einzelfall sind. Hier ist nun einmal die Besonderheit, dass dieses Mädchen seit über zwei Jahren - seit fast zweieinhalb Jahren - bereits eine Verschleierung trägt. Das ist nicht gemeldet worden. Entgegen dem, was Sie aber ausgeführt haben, hat das Kultusministerium in dem Moment, als es gemeldet worden ist - auch das ist am Dienstag hier dargestellt worden -, gehandelt. Man hat genau die Gespräche eingeleitet, die Vorgänge eingeleitet, um zu schauen, wie man darauf angemessen und vernünftig reagieren kann. Das ist völlig konträr zu dem, was Sie hier gerade dargestellt haben, Herr Nacke.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Von daher ist es auch schlicht falsch, wenn Sie behaupten, hier habe etwas mit Billigung stattgefunden. Eine Billigung würde erfordern, dass nichts getan wurde. Das wurde Ihnen hier dargestellt. Deswegen nehmen Sie die Fakten nicht zur Kenntnis,

(Johanne Modder [SPD]: Das hat auch keinen Sinn mehr! - Widerspruch bei der CDU)

und Sie nehmen auch offensichtlich die Besonderheit dieses Einzelfalls nicht zur Kenntnis.

Damit wird auch klar: Die einzigen, die ein verheerendes politisches Signal setzen, sind Sie mit solchen Anträgen, wie Sie sie hier gerade stellen wollen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jörg Hillmer [CDU]: Wollen Sie das etwa ablehnen?)

- Der Zwischenruf von Herrn Hillmer war: Wollen Sie das etwa ablehnen?

(Jörg Hillmer [CDU]: Genau!)

Natürlich werden wir das ablehnen. Wir werden diesen Antrag, der nicht zu begründen ist, heute hier selbstverständlich ablehnen. Er kommt nicht auf die Tagesordnung. Was glauben Sie denn?

(Heiterkeit und lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Reinhold Hilbers [CDU]: Das ist die Arroganz,

mit der Sie Politik machen! - Weitere Zurufe von der CDU)

Das, was Sie hier mit der Aktuellen Stunde veranstalten und mit Ihren Pressemitteilungen und mit der Äußerung des Kollegen Nacke - sei sie auch noch so erstaunlich ruhig vorgetragen; das will ich übrigens zur Kenntnis nehmen - ,

(Heiterkeit bei der SPD und bei den GRÜNEN)

ändert nichts daran, dass Sie damit ein Schüren von Ängsten betreiben. Sie stigmatisieren die Trägerinnen von Kopftüchern, und es gipfelt in dem Herabwürdigen der Arbeit der Ministerin.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Ulf Thiele [CDU]: Wir reden doch nicht über Kopftücher! - Weitere Zurufe von der CDU)

Sie sind sich dabei auch nicht zu schade, für diese Politik ein 15-jähriges Mädchen wieder und wieder zu instrumentalisieren.

(Vizepräsident Karl-Heinz Klare übernimmt den Vorsitz)

Ich finde das beschämend, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Im Übrigen will ich Ihnen auch sagen: Mit diesem Vortrag ist auch eines klar: Die Versuche Ihres Spitzenkandidaten, sich staatsmännisch zu geben, werden mit diesen Aktionen, die Sie hier vortragen, komplett unterbunden.

(Johanne Modder [SPD]: Ja! Der Wahlkampf ist eröffnet!)

Es offenbart Ihr wahres Gesicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU)

Ich bin sehr dankbar, dass dieser Politik der Unsachlichkeit eine Politik der Vernunft gegenübersteht, dass man sich den Einzelfall anschaut,

(Kai Seefried [CDU]: Es geht um den Rechtsstaat!)

dass man den Einzelfall dann bewertet und schaut, wie man vorgehen kann. Dafür bin ich sehr dankbar. Und ich bin auch sehr dankbar dafür, dass man sich hier um diesen Einzelfall kümmert.

Ich sage Ihnen eines: Heute hat die *NP* getitelt mit dem Kommentar „Peinlicher Versuch der CDU“. Meine Damen und Herren, die Überschrift für morgen ist bereits geschrieben: Nehmen Sie Abstand von solchen Anträgen!

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Meine Damen und Herren, mir liegt jetzt zunächst die weitere Wortmeldung des Kollegen Nacke vor. Oder liegt hier noch eine weitere Wortmeldung vor? - Hatten Sie sich vorher gemeldet, Herr Försterling? - Herr Försterling, dann jetzt Sie für die FDP-Fraktion! Dann noch einmal der Kollege Nacke. Der Kollege Grascha hat sich danach gemeldet. Ich sage das nur, damit wir insoweit die Reihenfolge festlegen.

Herr Kollege, bitte schön!

Björn Försterling (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag der CDU-Fraktion ist wichtig, ihn hier zu beraten, weil damit tatsächlich auch einhergehen würde, die Rechtslage in Niedersachsen zu klären. Ganz eindeutig ist die Rechtslage in Niedersachsen eben nicht.

Das Problem ist, dass diese Landesregierung das seit dem 22. August 2016 sehr deutlich weiß, weil jeder, der das Urteil des Verwaltungsgerichts Osnabrück zu der Schülerin am Abendgymnasium gelesen hat, genau die Probleme sieht, nämlich dass es diese Landesregierung nach wie vor für akzeptabel hält, dass der § 58 des Niedersächsischen Schulgesetzes nicht hinreichend konkret gefasst ist, dass auch die Ausgestaltung des § 58 des Schulgesetzes aufgrund eines Erlasses aus dem Jahr 1995, der sich wiederum selbst auf einen Beschluss der Kultusministerkonferenz aus dem Jahr 1973 bezieht, nicht mehr den aktuellen Gegebenheiten entspricht.

Das ist das Problem, dass diese Landesregierung einfach handlungsunfähig ist, weil die Fraktionen von SPD und Grünen nicht übereinkommen wollen, wie man mit einer klaren Ausgestaltung der Religionsfreiheit auf der einen Seite und des Bildungsauftrags der Schulen auf der anderen Seite umgehen will. Genau diese Unsicherheit, die Sie hier ins Land tragen, hat dazu geführt - das hat der Kollege Birkner am Dienstag zu Recht gesagt -, dass die Schulen im Land nicht wissen, wie sie mit solchen Situationen umgehen sollen. Deswegen ist

es richtig, dass die Ministerin erst einmal ihr eigenes Handeln verantwortet und dann auch einmal klar Position bezieht, wie Schulen damit in Zukunft umgehen sollen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Jetzt liegt die Wortmeldung des Kollegen Nacke vor, und zwar zu Vorangegangem eine **persönliche Bemerkung** nach § 76 unserer Geschäftsordnung. Bitte schön, Herr Nacke!

Jens Nacke (CDU):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Tonne, Sie haben in Ihrem Wortbeitrag gerade gesagt, ich würde für eine Stigmatisierung von Trägerinnen von Kopftüchern sorgen. Ich weise das zurück. Denn das macht deutlich, dass Sie aber auch gar nichts verstanden haben.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP)

Das Tragen einer Niqab und das Tragen eines Kopftuches sind ein himmelweiter Unterschied.

(Christian Grascha [FDP]: Richtig!)

Während das Tragen eines Kopftuches - auch aus religiösen Gründen - in einer Gesellschaft wie der unseren, in einer toleranten Gesellschaft, natürlich möglich ist und nur in ganz wenigen Fällen - wir haben darüber gesprochen; bei Lehrerinnen beispielsweise - unterbunden werden muss, ist das Tragen einer Niqab in einer Gesellschaft, die tolerant und offen ist wie die unsere, nicht hinzunehmen, weil man sein Gesicht verbirgt. Das ist auch religiös nicht begründbar.

Wenn Sie diese Dinge durcheinanderbringen, dann unterscheiden Sie eben nicht mehr sauber zwischen dem Islam und dem Missbrauch des Islams. Genau das ist es, was hier passiert. Dagegen müssen wir uns zur Wehr setzen. Wenn Sie das nicht wollen, dann betreiben Sie das Geschäft von Islamisten und Rechtspopulisten.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Jetzt hat sich Herr Kollege Limburg zur **Geschäftsordnung** gemeldet. Bitte schön, Herr Limburg!

Helge Limburg (GRÜNE):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Försterling, zunächst möchte ich mich ausdrücklich für den sehr differenzierten Beitrag bedanken. Ich hoffe, dass Ihre gesamte Fraktion Ihnen sehr gut zugehört hat.

Die CDU möchte mit Ihrem Entschließungsantrag feststellen lassen, dass diese Ministerin angeblich vorsätzlich gegen das Schulgesetz verstoßen habe. - Auch nur dann würde ja ein solcher Weg überhaupt im Entferntesten Sinn machen. - Sie haben gerade völlig zu Recht festgestellt, dass ein solcher Verstoß eben nicht vorliegt, weil das Schulgesetz in der Frage mitnichten so eindeutig ist, wie Herr Nacke es uns hier glauben machen will.

(Petra Tiemann [SPD]: Genau!)

Klar ist also, dass die FDP, wenn sie ihrem bildungspolitischen Sprecher folgt, mit SPD und Grünen gegen diesen Antrag stimmen wird.

(Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren, worum geht es hier? - Wir haben eine 15-jährige Schülerin, die seit einigen Jahren meistens - nicht in jedem Fall; meistens - mit einem Gesichtsschleier zum Unterricht erscheint. Hier im Landtag und in der Landesregierung sind sich alle einig, dass wir das politisch, schulpolitisch, integrationspolitisch, aus anderen Gründen ablehnen. Aber - da endet leider die Einigkeit - das Leben in einer Schule, das Zusammenleben in einer Schule, die Erziehung, die Pädagogik in einer Schule sind komplizierter, sind differenzierter, als es Herr Nacke und Herr Thümmler dem Land in ihrer Brachialrhetorik hier glauben machen wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Zu Recht stehen im Niedersächsischen Schulgesetz ganz oben nicht die Sanktionierung und auch nicht die Selbstvergewisserung der CDU oder anderer, sondern im Zentrum des Schulgesetzes steht der Bildungsauftrag für jede einzelne Schülerin und jeden einzelnen Schüler. Das muss auch so bleiben, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Was Sie hier machen, ist nichts anderes, als die für die betreffende Schule, die für die Landesregierung und auch die für die Gesellschaft bestehende schwierige Situation zu missbrauchen, um eine

politische Kampagne in diesem Land zu fahren, von der Sie sich Kapital erhoffen. Hören Sie auf, der AfD und anderen hinterherzulaufen, meine Damen und Herren! Kommen Sie zurück zu einer sachlichen Diskussion um die richtige Schulpolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir reden vom demokratischen Rechtsstaat - zu Recht! Einem Rechtsstaat ist es aber auch gerade immanent, dass es eine Abwägung im Einzelfall geben muss, dass es eine Verhältnismäßigkeitsprüfung geben muss und dass niemand abgeschrieben und ausgegrenzt wird, sondern der Rechtsstaat agiert maßvoll und mit Augenmaß. Es ist ja auch nicht richtig, dass die zuständigen Stellen nichts getan hätten. Es wäre in der Tat schlimm, wenn es so wäre. Es hat ganz viele Maßnahmen gegeben. Ich will sie alle hier nicht wiederholen. Sie alle kennen sie längst.

Meine Damen und Herren, im Jugendstrafrecht gilt ein besonderer Schutz für Jugendliche und Heranwachsende. Ich stelle fest, dass dieser Schutz für die CDU in Niedersachsen - jedenfalls im politischen Bereich - offenbar nicht gilt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

In völlig skrupelloser Weise tragen Sie Woche für Woche den Einzelfall einer 15-Jährigen immer wieder in den Landtag und in die Landespolitik. Sie erschweren damit die ohnehin schon schwierige Situation für die Schülerin, vor allem aber auch für das Lehrerkollegium, für alle Pädagoginnen und alle Pädagogen, die rund um diese Schule und rund um diesen Fall engagiert sind. Diesen Menschen machen Sie zusätzlich die Arbeit schwer, werfen ihnen Knüppel zwischen die Beine und treten sie in den Rücken.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Lassen Sie uns diese Menschen in ihrer schwierigen Arbeit doch endlich gemeinsam unterstützen, statt hier solche Kampagnen zu fahren!

Wir werden den Antrag selbstverständlich ablehnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Limburg. - Es hat sich der Kollege Grascha, FDP-Fraktion, ebenfalls zur Geschäftsordnung gemeldet. Bitte schön!

Christian Grascha (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Beiträge in jeder Geschäftsordnungsdebatte - insbesondere die von Herrn Tonne - überraschen mich, ehrlich gesagt, nicht mehr; denn mittlerweile hat Ihre Platte mit Ihren GO-Beiträgen einen Sprung. Es sind immer nur die gleichen Vorwürfe. Sie versuchen, wenn wir ein Problem benennen und klar auf den Tisch legen, uns immer wieder Skandalisierung vorzuwerfen. Damit aber wird überhaupt kein Problem gelöst, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Filiz Polat [GRÜNE]: Herr Grascha, Sie müssen sich von der CDU abgrenzen! - Weitere Zurufe!)

Herr Kollege Limburg, Sie haben gerade gesagt, der Sachverhalt wäre nicht klar. Deswegen kommt die FDP-Fraktion zu einer gänzlich anderen Schlussfolgerung als Sie. Wir werden dem Antrag der CDU-Fraktion natürlich zustimmen, damit wir in die Debatte eintreten und gegebenenfalls zu einem Verfahren vor dem Staatsgerichtshof kommen können. Denn das würde doch zu einer Klärung beitragen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Helge Limburg [GRÜNE]: Jetzt fallen Sie doch nicht Herrn Försterling in den Rücken! Das ist doch unerhört! - Unruhe)

Ich möchte gern auf den sehr ernsthaften Kern - - -

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Kollege Grascha, Entschuldigung, ich muss Sie unterbrechen. - Meine Damen und Herren, hier kann jeder Zwischenrufe machen, wie er möchte. Ich finde aber, dass uns die Debatten untereinander nicht voranbringen, weil wir Herrn Grascha nicht mehr verstehen können. Deswegen darf ich Sie bitten, jetzt dem Redner, Herrn Grascha, zuzuhören und sich hier dann möglicherweise zu Wort zu melden - oder zu schweigen. - Bitte schön!

Christian Grascha (FDP):

Ich möchte auf den sehr ernsthaften Kern des Antrags der CDU-Fraktion zurückkommen.

Es gibt den Vorwurf der CDU-Fraktion, dass eine Ministerin in Ausübung ihres Amtes ein Gesetz verletzt hat. Dieser Verdacht ist durch die Aktuelle Stunde von vorgestern bestätigt worden; denn da hat die Ministerin gesagt:

„Ein Niqab hat in den niedersächsischen Schulen nichts zu suchen. Wir haben ganz klare Regelungen im Rahmen des Niedersächsischen Schulgesetzes“.

Meine Damen und Herren, diesem Verdacht muss natürlich nachgegangen werden, meine Damen und Herren. Deswegen sind wir dafür, dass so ein Verfahren beginnt, um gegebenenfalls eine Klärung vor dem Staatsgerichtshof durchzuführen. Daran sollten auch Sie ein Interesse haben; denn der Vorwurf, den Amtseid verletzt zu haben, ist ein starker Vorwurf. Sie sollten zu einer Klärung beitragen. Ein handlungsfähiger Rechtsstaat, der einen klaren Rahmen schafft,

(Christian Dürr [FDP]: Mit Rechtsstaat hat es die SPD in den letzten Monaten nicht so! - Weitere Zurufe von der SPD)

ist die Grundlage einer liberalen Demokratie. Deswegen ist es sinnvoll, dieses Verfahren zu beginnen, um zur Prüfung der Frage zu kommen, ob hier der Amtseid verletzt wurde.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Grascha. - Zur Geschäftsordnung hat noch einmal Herr Limburg das Wort.

Helge Limburg (GRÜNE):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Grascha, ich bin es mittlerweile gewohnt, dass Sie Herrn Tonne und mir nicht zuhören. Das ist in Ordnung. Dass Sie hier aber Ihrem eigenen schulpolitischen Sprecher Försterling nicht bei einer Silbe zuhören, ist schon unerhört, meine Damen und Herren. Sie hätten dabei einiges lernen können.

(Christian Grascha [FDP]: Ich habe genau das Gleiche gesagt!)

Herr Försterling hat hier nämlich zu Recht ausgeführt, dass die Gesetzeslage mitnichten so eindeutig ist, wie Sie es hier sagen,

(Christian Grascha [FDP]: Das habe ich doch auch gesagt! - Ulf Thiele

[CDU]: Das kann doch nicht wahr sein! - Unruhe)

und dass das Schulgesetz natürlich ein Spannungsfeld zwischen den verschiedenen Aufträgen der Schule kennt.

In dem Antrag, den Sie aber unterstützen wollen, Herr Grascha, fordert die CDU ausdrücklich zu der Feststellung auf, dass es einen vorsätzlichen Gesetzesverstoß gegeben habe. Dafür gibt es jedoch nicht den geringsten Anhaltspunkt.

(Björn Thümler [CDU]: Merken Sie eigentlich, wie Sie Frau Heiligenstadt hier in die Pfanne hauen? - Anhaltende Unruhe)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Meine Damen und Herren, es ist wieder so, dass wir uns gegenseitig nicht mehr verstehen. Herr Kollege Dürr, Herr Kollege Grascha hat gerade für Ihre Fraktion einen Beitrag geleistet.

(Christian Dürr [FDP]: Ich gebe ihm nur recht!)

Herr Försterling hatte sich danach wieder zu Wort gemeldet. Es gibt noch eine Kurzintervention von Herrn Thiele. Das heißt, jeder hat die Möglichkeit, im Rahmen der Geschäftsordnungsdebatte etwas zu sagen. Lassen Sie uns doch jetzt dem jeweiligen Redner zuhören und dann darauf in der geeigneten Form antworten! Sonst wird das eine schwierige Verhandlung hier.

Bitte schön, Herr Limburg!

Helge Limburg (GRÜNE):

Herr Kollege Grascha, Sie haben gerade vom liberalen Rechtsstaat gesprochen. In einem liberalen Rechtsstaat ist es eben nicht angezeigt, in einem Parlament mit einer Brachialrethorik einzufordern, wie in einem Einzelfall in einer Schule mit einer 15-jährigen Schülerin umzugehen ist. In einem liberalen Rechtsstaat ist das vielmehr eine Aufgabe der Pädagoginnen und Pädagogen vor Ort. Und wir sollten sie bei dieser Arbeit unterstützen. Dabei sollte es bleiben.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Christian Grascha [FDP]: Die Pädagogen sind für den Rechtsstaat zuständig?)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Ich habe es gerade abgeklärt, Herr Kollege Thiele: Eine Kurzintervention macht in einer Geschäftsordnungsdebatte wenig Sinn. Sie können sich aber zur Geschäftsordnung melden. - Herr Thiele, hören Sie mir zu? - Eine Kurzintervention macht in einer Geschäftsordnungsdebatte wenig Sinn. Sie ist nicht ausgeschlossen; Sie können sich aber auch zur Geschäftsordnung melden, Herr Thiele. - Also zur Geschäftsordnung.

Zunächst kommt aber der Kollege Försterling. Bitte schön!

Björn Försterling (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte es nur noch einmal klarstellen: Ja, ich habe gesagt, dass die Rechtslage hier aus meiner Sicht und auch aus Sicht der FDP-Fraktion nicht eindeutig ist.

Leider ist es so, dass sich diese Ministerin nicht an meinen Maßstäben orientiert. Ansonsten - so könnte ich sagen - wäre sie wahrscheinlich schon lange nicht mehr im Amt.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Vielmehr muss sich diese Ministerin gegenüber ihren eigenen Aussagen rechtfertigen. Die Landesregierung - in persona die Kultusministerin und der Innenminister - hat gestern gesagt: Die Rechtslage ist in Niedersachsen eindeutig. Ein Niqab ist in niedersächsischen Schulen verboten. - Wenn die Rechtsauffassung so ist, wie die Landesregierung sie vorgestern dargestellt hat, dann muss die Landesregierung entweder konsequent handeln oder sich hier hinstellen und sagen, dass das, was sie uns am Dienstag erzählt hat, gar nicht stimmt, weil die Rechtslage doch nicht eindeutig ist. Also nicht ich bin der Maßstab, sondern die Landesregierung muss sich an sich selbst messen. Dem aber werden Sie seit Wochen nicht gerecht, weil Sie einfach immer nur hinschauen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Herr Kollege Thiele, auch zur Geschäftsordnung, bitte!

Ulf Thiele (CDU):

Herzlichen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das ist genau der Punkt. Es kann doch wohl nicht wahr sein, dass wir hier wochen-

lang über dieses Thema diskutieren, dass die Staatssekretärin im Kultusausschuss Stein und Bein erklärt, dass es eine sichere Rechtslage gebe und dass es sich hier um einen eindeutigen Verstoß gegen das Niedersächsische Schulgesetz handelt, dass dann aber, wenn es um die Exekution dieses Verstoßes geht, nicht gehandelt wird, sondern dieser Verstoß geduldet wird. Sie stellen sich jetzt hin und sagen zur Rechtfertigung: Ja, es ist offensichtlich, dass die Rechtslage nicht eindeutig ist. - Sie müssen in Ihren Aussagen schon klar bleiben.

Wenn Sie der Auffassung sind, dass uns die Staatssekretärin im Kultusausschuss falsch informiert hat, dann bitte ich Sie erstens darum, mit Ihrer Ministerin darüber zu reden, dass das richtiggestellt wird, und zweitens darum, sofort einen Antrag zur Verschärfung des Schulgesetzes einzubringen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Thiele. - Grant Hendrik Tonne, Sie haben sich ebenfalls wieder zur Geschäftsordnung gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege!

Grant Hendrik Tonne (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil hier im Rahmen der Debatte, mit der die Änderung der Tagesordnung erreicht werden soll, Dinge permanent - ich vermute mal: bewusst - miteinander verwechselt werden. Das ist die Darstellung des Grundsatzes, der für Niedersachsen gilt, und das ist die Darstellung, wie dieser Einzelfall abgelaufen ist.

(Ulf Thiele [CDU]: Wie kommen Sie denn dazu, dass der Einzelfall vom Grundsatz abweichen darf!)

Diese unterschiedliche Bewertung wollen Sie offensichtlich nicht zur Kenntnis nehmen, sie ist aber hier, an dieser Stelle, ausdrücklich vom Innenminister und auch von der Kultusministerin geschildert worden. Das müssen Sie irgendwann einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Björn Thümler [CDU]: Was für ein mieser Jurist!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Tonne. - Weitere Wortmeldungen zur Geschäftsordnung liegen nicht vor.

Dann werden wir den Antrag jetzt nach § 66 „Abweichung von der Tagesordnung“ behandeln. Ich lese das vor:

„Der Landtag kann, sofern nicht andere Vorschriften entgegenstehen, auf Vorschlag der Präsidentin oder des Präsidenten oder auf Antrag einer Fraktion oder von mindestens zehn Mitgliedern des Landtages beschließen,

1. dass Gegenstände, die nicht auf der Tagesordnung stehen, beraten werden, es sei denn, dass eine Fraktion oder zehn Mitglieder des Landtages widersprechen“.

Ich brauche nicht weiterzulesen. Zwei Fraktionen des Landtages haben hier widersprochen. Damit wird der Tagesordnungspunkt heute nicht behandelt, und wir fahren in der Tagesordnung fort.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 25:

Mündliche Anfragen - Drs. 17/6900

Die für die Fragestellung geltenden Regelungen unserer Geschäftsordnung setze ich als bekannt voraus.

Um dem Präsidium den Überblick zu erleichtern, bitte ich darum, dass Sie sich schriftlich zur Wort melden, wenn Sie eine Zusatzfrage stellen wollen.

Ich stelle fest: Es ist jetzt 10.36 Uhr.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu der

Frage 1:

Welche Bilanz zieht die Landesregierung aus ihrer Aufgabenkritik?

Der Abgeordnete Grascha hat sich zu Wort gemeldet.

(Unruhe)

- Herr Grascha, wir müssen ein bisschen warten, weil jetzt der eine oder andere den Saal verlassen möchte. - Herr Kollege Grascha, Sie haben das Wort. Bitte schön!

Christian Grascha (FDP):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Schön, dass wir jetzt in die normale Tagesordnung einsteigen können. Ich verlese die Mündliche Anfrage:

Welche Bilanz zieht die Landesregierung aus ihrer Aufgabenkritik?

In der Koalitionsvereinbarung haben sich SPD und Bündnis 90/Die Grünen für eine moderne Haushaltspolitik im Sinne einer nachhaltigen und gerechten Konsolidierung ausgesprochen. In der Koalitionsvereinbarung heißt es:

„Dabei setzt sie“

- die rot-grüne Koalition -

„auf einen Dreiklang aus Einsparungen durch Aufgabenkritik und Effizienzsteigerungen, Investitionen in Maßnahmen, die die künftige Einnahmesituation verbessern ... sowie auf nachhaltige Verbesserung der Einnahmen ... Zur Konsolidierung des Landeshaushalts ist in Zusammenarbeit mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine konsequente Aufgabenanalyse und -kritik erforderlich, die alle Bereiche und Ressorts erfasst.“

Der zuständige Lenkungsausschuss tagte laut Antwort zu Drucksache 17/6654 zuletzt am 22. Juni. In der Antwort heißt es zudem:

„In der Folge waren nicht nur die Staatssekretäre, sondern auch die Mitglieder des Koordinierungskreises vorrangig mit den Herausforderungen der stark gestiegenen Flüchtlingszahlen beschäftigt ...“

Wir fragen deshalb die Landesregierung:

1. Welche Ressorts waren mit welchen Maßnahmen seit Beginn der 17. Legislaturperiode beteiligt?

2. Sind aufgrund der Aufgabenkritik grundsätzlich Ergebnisse im Sinne struktureller Änderungen zu erwarten oder bereits erzielt worden?

3. Aufgrund der Tatsache, dass die Landesregierung zu Drucksache 17/6654 antwortet, dass „Aufgabenanpassungen ... nicht zu Kostenreduzierungen, sondern tendenziell zu Mehrausgaben führen“: Welche Äußerung trifft zu? Diese oder die Aussage der Regierungskoalition im Koalitionsvertrag, „Einsparungen durch Aufgabenkritik und Effizienzsteigerungen“ erreichen zu können?

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Kollege Grascha. - Von der Landesregierung antwortet der Herr Innenminister. Bitte schön, Herr Minister!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eine moderne Haushaltspolitik im Sinne einer nachhaltigen und gerechten Konsolidierung war und ist ein herausragendes Ziel der Landesregierung und der sie tragenden Parteien. Insofern zieht sich die in der Koalitionsvereinbarung für die 17. Wahlperiode hierzu getroffene Aussage konsequent durch alle seither verabschiedeten Haushaltspläne.

Die von den Fragestellern zutreffend zitierten Ziele einer nachhaltigen Verbesserung der Einnahmen, einer klugen Investitionspolitik sowie spürbarer Effizienzsteigerungen und einer fortlaufenden Aufgabenkritik waren und sind handlungsleitend für das Agieren der Landesregierung sowohl innerhalb ihres eigenen Verantwortungsbereiches als auch in den Verhandlungen mit dem Bund und den anderen Ländern.

Der im Koalitionsvertrag angesprochene „Dreiklang“ macht dabei deutlich, dass eine wohlverstandene Haushalts- und Finanzpolitik ausdrücklich nicht nur auf Ausgabekürzungen reflektiert, sondern Einnahmeverbesserungen und Investitionen gleichrangige Gestaltungsfaktoren für den Landesetat darstellen.

Mit dem zu Beginn der Wahlperiode nicht absehbaren enormen Anstieg der Zugangszahlen insbesondere von Kriegsflüchtlingen stellte sich für die politisch Verantwortlichen und für die Zivilgesellschaft, aber auch für den Landeshaushalt eine gewaltige zusätzliche Aufgabe mit Folgewirkungen für fast alle Einzelpläne.

Ich halte es für ein Gebot der Vernunft, dass die Landesregierung hierauf nicht mit Ausgabekürzungen reagiert, sondern gegenüber dem Bund auf eine gesonderte Finanzierung und damit auf eine nachhaltige Verbesserung der Einnahmen gedrängt hat.

Im Ergebnis ist es uns gelungen, den im Koalitionsvertrag angesprochenen „Dreiklang“ von Maßnahmen herzustellen, sodass das Ziel eines konsolidierten Landeshaushalts auch und gerade in Bezug auf die grundgesetzlich verankerte Schul-

denbremse entsprechend der in der mittelfristigen Finanzplanung beschlossenen Zahlen sogar vorzeitig erreicht wird.

Zu Frage 1: Alle Ressorts haben innerhalb ihres jeweiligen Geschäftsbereiches erfolgreich an dem Ziel einer modernen Haushaltspolitik im Sinne des Koalitionsvertrages mitgewirkt. Die Ergebnisse der Aufgabenkritik wurden erfolgreich in den jeweiligen Einzelplänen der Häuser umgesetzt.

Zu Frage 2: Im Rahmen der Projektgruppenarbeit zur Aufgabenkritik wurden Personalstrukturdaten erhoben und mit Blick auf die künftigen Aufgabenbereiche und absehbaren Personalbedarfe der einzelnen Häuser bewertet. Die - dauerhaften - Anforderungen der Unterbringung und Integration einer großen Zahl von zumeist kriegsflüchtigen Menschen haben neue Aufgaben geschaffen und auch die Rahmendaten zu Haushalt und Demografie in Niedersachsen verändert. Der dem Landtag derzeit zur Beratung vorliegende Entwurf des Doppelhaushalts für die Jahre 2017/2018 und die dazugehörige mittelfristige Finanzplanung bilden diese neuen Aufgaben und Rahmendaten für die nächsten Jahre auf Basis der heutigen Annahmen ab.

Demgegenüber wurde die von den Ressorts durchgeführte Bestandsaufnahme im Rahmen der Aufgabenanalyse bereits vor der Eskalation des Syrienkonflikts und dem dadurch ganz wesentlich verstärkten Flüchtlingszuzug nach Westeuropa abgeschlossen.

Die erhobenen Daten müssen dadurch zumindest zum Teil als veraltet gelten, zumal auch andere Einflussfaktoren - zu nennen sind hier insbesondere die verschärfte Sicherheitslage und auch die immer deutlicher spürbaren Auswirkungen der Digitalisierung - eine teilweise Neubewertung der künftigen Aufgabenbereiche und eben auch der absehbaren Personalbedarfe der Landesverwaltung erforderlich machen.

Vor diesem Hintergrund hat es sich als großer Vorteil erwiesen, dass die Landesregierung die Aufgabenanalyse von vornherein prozesshaft angelegt und nicht als statisches und rein fiskalisches Konsolidierungsprogramm begriffen hat.

Im Sinne einer fortgesetzten Aufgabenanalyse haben die Ressorts auf die sich wandelnden Rahmenbedingungen reagiert und auch strukturelle Änderungen in ihren jeweiligen Geschäftsbereichen vorgenommen. Zu nennen ist hier an erster

Stelle die Flüchtlingsunterbringung und -betreuung.

Im Zuge der bereits im Jahr 2014 angestiegenen Flüchtlingszahlen und des außerordentlich hohen Anstiegs der Zugänge asylsuchender Menschen ab September 2015 stand das Land vor der Herausforderung, in kürzester Zeit und ohne verlässliche Prognose für den weiteren Verlauf die erste Unterbringung und Versorgung für eine bis dato in Deutschland wie in Niedersachsen nicht zu erwartende hohe Zahl an geflüchteten Menschen sicherzustellen.

Die Landesregierung hat sich dieser Herausforderung noch in dem bereits angelaufenen Prozess der Neuorganisation der landesseitigen Erstaufnahme durch die Landesaufnahmebehörde gestellt und die erforderlichen Schritte eingeleitet.

So begründete neben der Unterbringungsproblematik die Entwicklung der Flüchtlingssituation für die Landesregierung einen für alle Aufgabenfacetten erheblichen Koordinierungs-, Abstimmungs- und Organisationsaufwand, der nur mit einem hohen Maß an Engagement, Kommunikation und vor allem dem reibungslosen Zusammenspiel von Landesbehörden, Kommunen, Hilfsorganisationen und Ehrenamtlichen zu bewältigen war.

Die Schaffung von Unterbringungskapazitäten, der Aufbau einer der Situation adäquaten Kommunikationsstruktur wie auch die Berücksichtigung kommunaler Interessen bei den Entscheidungen des Landes waren hierbei zentrale Aufgaben des Krisenmanagements des Landes.

Angesichts der historisch hohen Flüchtlingszahlen hat die Landesregierung entschieden, den steigenden Zuwachs zunächst landesseitig aufzufangen, um die Kommunen zu entlasten. Insofern mussten die Erstaufnahmekapazitäten im Sommer 2015 erneut deutlich ausgeweitet werden. Für die Akquise, den Aufbau und den Betrieb neuer Liegenschaften war eine enge Abstimmung zwischen den beteiligten Ressorts - u. a. MI, MF und MS - erforderlich. Dem Land ist es mithilfe der Kommunen und Hilfsorganisationen gelungen, die zuvor bestehenden 2 000 Erstaufnahmeplätze auf 50 000 Plätze zu erweitern.

Damit einher ging ein erhöhter Bedarf an Betreuungs- und Beratungsleistungen in der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes. Die dort lebenden Menschen benötigten neben der Grund- und medizinischen Versorgung eine Erstorientierung, Sprachangebote und eine soziale Betreuung. Die-

sen Bedarf deckt die Landesaufnahmebehörde Niedersachsen etwa durch Wegweiskurse, Lernwerkstätten und Schulvorbereitungsangebote ab.

Auch in dieser historisch bislang einmaligen Situation zieht die Landesregierung aus einer umsichtigen Bewältigung der besonderen Herausforderungen unmittelbar die notwendigen Konsequenzen, indem sie die gebotene Anpassung einer modernen, auch außergewöhnlichen Lagen Rechnung tragenden Organisations- und Kommunikationsstruktur - ganz im Sinne einer fortlaufenden, stets realitätsbezogenen Aufgabenkritik - sicherstellen wird.

Zur Effizienzsteigerung sei an dieser Stelle als Beispiel die Einrichtung eines „atmenden System“ in der Flüchtlingsunterbringung zu nennen, durch das die Landesregierung nun in der Lage ist, auf einen erneuten starken und plötzlichen Anstieg spontan zu reagieren, ohne dauerhaft unnötige Kapazitäten aufrechterhalten zu müssen.

Zum Thema Sicherheitspolitik:

Die niedersächsischen Sicherheitsbehörden sehen sich einer stetigen Zunahme an Herausforderungen bei ihrer Aufgabenwahrnehmung ausgesetzt. Als besondere Schwerpunkte sind u. a. die Bereiche Terrorismus, Wohnungseinbruchsdiebstahl, Cybercrime sowie in der jüngeren Vergangenheit die zusätzlichen Belastungen durch die erhöhten Flüchtlingszahlen zu nennen.

Innerhalb der Polizei wurde daher im Sommer 2015 ein „Netzwerk Aufgabenkritik“ ins Leben gerufen. Hier haben alle Beschäftigten die Möglichkeit, Vorschläge und Anregungen zu Aufgaben zu machen, die zukünftig wegfallen bzw. anders oder weniger ausgeprägt und intensiv wahrgenommen werden sollten oder könnten. Alle Vorschläge werden schnellstens und umfassend geprüft und nach Möglichkeit umgesetzt. Bis zum Stichtag 21. November 2016 sind aus dem Kreise der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bisher insgesamt 159 Vorschläge eingegangen, von denen einige unzweifelhaft zu Entlastungen führen können.

Dies sind u. a. die Pilotisierung des Einsatzes von Tablets im Streifendienst, die Begleitung von Großraum- und Schwerlasttransporten von privaten Firmen - dadurch ist eine Freisetzung von Vollzugspersonal für Kernaufgaben möglich -, die Entlastung des Einsatz- und Streifendienstes bei der Erfassung von Unfalldaten bei sogenannten Bagatellunfällen, die Minimierung der Aufwände bei

Fahrerermittlungen nach Verkehrsordnungswidrigkeiten und bei der Bearbeitung von Privatklagelikten sowie die Verschlankung der Kosten- und Leistungsrechnung. Das ist auch ein Beleg dafür, wie wichtig es bei jedweder Form von Aufgabenkritik ist, die Beschäftigten umfassend, unbürokratisch und direkt einzubeziehen.

Durch die laufende Aktualisierung der landesweit einheitlichen Ausstattungsstandards bei der niedersächsischen Polizei werden darüber hinaus die Erfüllung polizeitaktischer Erfordernisse, die Kompatibilität im länderübergreifenden Einsatz sowie die Unterstützung der operativen Tätigkeiten gewährleistet.

Ungeachtet der Maßnahmen zur Aufgabenkritik sowie der Beschaffung von notwendigen Führungs- und Einsatzmitteln erfordern die zunehmenden Herausforderungen zusätzliches Personal. Bereits mit dem 2. Nachtragshaushalt 2015 wurden 50 neue und zusätzliche Stellen für den Polizeivollzug, 65 zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten für Tarifpersonal und 20 zusätzliche Stellen für Verwaltungsbeamte ausgebracht.

Im Haushalt 2016 beträgt die Anzahl der Stellen für den Polizeivollzug 18 107. Darüber hinaus wurden erstmalig 150 zusätzliche Anwärterstellen im Wege von sogenannten Vorratseinstellungen geschaffen, sodass deren Anzahl derzeit insgesamt rund 2 400 beträgt. Eine Verstetigung dieser Vorratseinstellungen ist mit dem kommenden Doppelhaushalt auch für die Jahre 2017 und 2018 in einer Größenordnung von jeweils weiteren 150 vorgesehen. Niedersachsen wird im kommenden Jahr, zum 1. April und 1. Oktober 2017, zudem insgesamt voraussichtlich über 1 000 neue Polizeianwärterinnen und -anwärter einstellen und damit dann rund 2 900 Studierende in der Ausbildung haben. Mit den Beschlüssen zum 2. Nachtragshaushalt 2015 sowie mit den Haushalten 2016 bis 2018 wird die Polizei Niedersachsen insgesamt um rund 600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gestärkt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist ein wohlverstandenes Ergebnis von Aufgabenkritik, die sich an den tatsächlichen Aufgaben und nicht nur an abstrakten Einsparvorgaben orientiert.

Zum Thema der Digitalisierung. Das Themenfeld der Informationstechnik steht in besonderer Weise unter der Anforderung, Effizienzsteigerungen zu realisieren. Erfolgreich konsolidiert wurden vor diesem Hintergrund die in der Verantwortung des IT.N betriebenen Standard-Arbeitsplatzcomputer.

Nachdem die rot-grüne Landesregierung das noch vom alten Kabinett beschlossene privatwirtschaftliche Betreibermodell gestoppt hatte, wurden Standardisierung und Automation sowie die Auslieferung der neuen sogenannten Niedersachsen-Clients an IT.N übertragen. Im Einvernehmen mit den Ressorts ist es gelungen, die Zahl der Softwareprodukte auf den IT-Arbeitsplätzen in der Zuständigkeit des Landesbetriebs schon in einem ersten Schritt von mehr als 4 000 auf nur noch etwa 500 zu reduzieren. Auch konnten im Zuge dieses Projekts rund 500 Serverinstanzen eingespart werden, sodass der Preis pro Client in der Summe um knapp 20 % gesenkt werden konnte.

Durch die Einführung des Niedersachsen-Clients sowie weitere Konsolidierungen im Lizenz- und Vertragsmanagement ist es gelungen, die durch den Landesbetrieb IT.N erhobenen Entgelte in den Jahren 2015 und 2016 jeweils um rund 2 Millionen Euro pro Jahr zu senken. Dieses Geld stand den Ressorts mithin für andere und auch neue IT-Aufgaben zur Verfügung, beispielsweise um die jährlich steigenden Speicherbedarfe zu finanzieren.

Ein weiteres Beispiel der Effizienzsteigerung, das allerdings zunächst wachsende Ausgaben mit sich bringt, liefert die notwendige Erneuerung unserer Netzinfrastruktur im Land. Aufgrund der von der früheren Landesregierung geplanten und im Ergebnis gescheiterten Privatisierung der gesamten Telekommunikationsinfrastruktur sind notwendige Ersatzinvestitionen über Jahre hinweg zurückgestellt worden und jetzt kurzfristig nachzuholen.

Gleichzeitig ist ein Technologiesprung zu realisieren, werden doch die Sprach- und Datenkommunikation auf der Basis des Internetprotokolls zusammengeführt. In der Vergangenheit war Telefonie eine vergleichsweise personalarme und technisch anspruchslose Form der Kommunikation. Künftig wird Telefonie ungleich mehr und vor allem qualifiziertes Personal benötigen, um die mit neuen Funktionalitäten ausgestatteten Anlagen zu betreuen. Aufgrund der Zusammenführung der Sprach- und Datenkommunikation in einem Netz fallen fortlaufend Programmierarbeiten, Updates, Maßnahmen der Port Security und der Administration an. Außerdem sind für den Betrieb der dahinter stehenden Serverfarmen sowie für Zehntausende von Arbeitsplätzen in der Landesverwaltung entsprechende Lizenzen zu erwerben.

Das genannte Beispiel zeigt, dass durch Einführung einer neuen Technologie ganz neue Formen

der Kommunikation wie die arbeitsplatzbezogene Bildschirmtelefonie oder das gleichzeitige gemeinsame Arbeiten an Dokumenten möglich werden, dass diese Effizienzsteigerungen aber Aufgabenanpassungen nach sich ziehen, die zugleich mit steigenden Ausgaben einhergehen.

Zu Frage 3: Wie meine vorstehenden Ausführungen deutlich machen, gibt es zwischen den beiden Zitaten keinen inhaltlichen Widerspruch. Effizienzsteigerungen gehören ebenso wie Ausgabenkürzungen zu den bewährten Instrumenten einer fortlaufenden Aufgabenkritik. Allerdings wäre es vermessend, die veränderten Rahmenbedingungen in Deutschland und der Welt auszublenden und die Aufgabenkritik auf eine rein fiskalische Betrachtung zu verengen. Mit Blick auf die *auch* finanziellen Auswirkungen von Fluchtbewegungen wäre deren Gegenfinanzierung allein durch Ausgabekürzungen nicht nur keine wünschenswerte, sondern auch keine realistische Alternative gewesen. Es war daher richtig, dass der Ministerpräsident im gemeinsamen Gespräch mit den Regierungschefs der anderen Länder und dem Bund zur Bewältigung der besonderen Herausforderungen auch eine besondere Finanzierung erwirkt hat.

Neben den erfolgreichen Gesprächen zur Neuregelung der Finanzbeziehungen zwischen dem Bund und den Ländern war dies nach meiner festen Überzeugung ein ganz herausragendes Ergebnis, und ich danke dem Ministerpräsidenten an dieser Stelle dafür noch einmal ganz ausdrücklich.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Minister. - Es liegen jetzt einige Zusatzfragen vor. Gabriela König von der FDP-Fraktion mit der ersten Frage!

Gabriela König (FDP):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine Damen und Herren! Ich frage das Wirtschaftsministerium: Welche herausragenden Projekte haben Sie vorzuweisen, bzw. worauf können Sie hinweisen?

(Beifall bei der FDP - Jörg Bode [FDP]: Ja, und? Keine! Wir können ja mal 8 000 Euro überweisen! Vielleicht kommt er ja dann! - Christian Grascha [FDP]: Tja, irgendjemand muss jetzt antworten!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Die Frage beantwortet wer?

(Ministerpräsident Stephan Weil begibt sich zum Redepult)

- Wir haben jetzt ein kleines Problem, Herr Ministerpräsident!

(Jörg Bode [FDP]: Müssen wir zahlen, damit der Minister kommt?)

- Auf eine Antwort hat das Parlament einen Anspruch! - Ich höre, der Minister ist unterwegs.

(Zuruf: Er rennt!)

- Der Minister rennt schon!

(Minister Olaf Lies eilt zum Redepult)

- Herr Minister, ist die Frage bei Ihnen angekommen? Sonst wird die Frage wiederholt. - Frau König, ich darf Sie bitten, Ihre Frage zu wiederholen.

(Jens Nacke [CDU]: Herr Minister, das geht aber nicht! Waren Sie auf dem Weihnachtsmarkt spazieren, oder was? - Heiterkeit)

- Ich habe es gesehen, der Minister war nicht auf dem Weihnachtsmarkt! Er ist tatsächlich die Treppe heruntergekommen.

Ich bitte Sie um Verständnis; die Debatte zuvor hat sehr lange gedauert. Insofern sind wir jetzt in einer schwierigen Situation. Aber es wird ja jetzt geantwortet.

Frau König, bitte!

Gabriela König (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung noch einmal: Hat das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr herausragende Projekte, auf die Sie hinweisen können?

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister, bitte schön!

Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau König, wir haben uns mit allen Handlungsschwerpunkten auseinandergesetzt. Die Bereiche, die besonders identifiziert werden können und derer man sich annehmen kann, betreffen die Aufgaben, die in den nächsten Jahren neu anstehen. Ich nenne einige dieser

Bereiche. Es sind z. B. der Bereich Hafensicherheit, der neu kommt, der Bereich Datenschutz und der Bereich Marktüberwachung - also Themenbereiche, die wir intensiv im Hinblick darauf überprüfen, wie die Organisation verbessert oder wie sie anders aufgestellt werden können. Das sind die Bereiche, die wir explizit herausstellen können.

(Christian Grascha [FDP]: Ergebnisse wollen wir hören!)

- Ja, das sind die Ergebnisse! Dort, wo wir Veränderungen vornehmen.

(Christian Dürr [FDP]: Gibt es denn da schon Ergebnisse?)

- Ja, das wollte ich damit sagen! Ich habe das wohl falsch formuliert. Die exemplarisch genannten drei Felder greifen wir heraus, um mit dem Ziel, das Ergebnis der Aufgabenkritik umzusetzen, die Aufgabenwahrnehmung zu verändern und sie effizienter zu gestalten.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Die nächste Frage stellt Dr. Stephan Siemer, CDU-Fraktion. Bitte schön, Herr Dr. Siemer!

Dr. Stephan Siemer (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass ich Haushälter bin und an konkreten Zahlen interessiert bin, hätte ich von der Landesregierung gern gewusst, wie hoch das Einsparungsvolumen in Euro ist, das durch die Arbeit der Aufgaben- und Budgetanalyse für den Haushaltsplanentwurf 2017/2018 bisher tatsächlich erzielt wurde - ein Einsparungsvolumen, das dann, wenn man den Ankündigungen der Landesregierung gerecht geworden wäre, selbstverständlich hätte erzielt werden müssen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister Schneider, bitte schön!

Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine entsprechende Statistik existiert nicht. Eine solche Aufrechnung findet nicht statt. Deswe-

gen ist - ich bitte um Verständnis - die Frage so nicht zu beantworten. Aber die Zielrichtung ist, wenn ich das richtig verstehe, insgesamt abzufragen, was denn materiell dahinter steht. Das kann man in der Ausarbeitung von PwC zum Ländervergleich ganz gut nachlesen. Ich darf einmal zitieren, was dort zum Thema Personalausgaben im Bereich „Politische Führung und zentrale Verwaltung“ ausgeführt wird. Das ist ja - so habe ich das jedenfalls verstanden - Ihre Interessenlage.

(Christian Grascha [FDP] lacht -
Christian Dürr [FDP]: Nein! Nicht das schon wieder!)

Ich zitiere aus dem PwC-Länderfinanzbenchmarking 2016 folgende Aussagen:

„Personalausgaben stellen auch im Bereich ‚Politische Führung und zentrale Verwaltung‘ die mit Abstand größte Ausgabenposition dar. Aus diesem Grund empfiehlt sich auch hier eine zusätzliche Betrachtung der Personaldichte in den verschiedenen Ländern. Hier zeigt sich eine deutlich verschobene Reihenfolge der Länder. Bremen weist die größte Personaldichte auf, gefolgt von Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt. Hamburg, beim Zuschussbedarf ganz vorn, findet sich auf dem sechsten Platz wieder, Nordrhein-Westfalen fällt von Rang drei auf die viertletzte Position.“

Jetzt kommt der Satz, auf den ich besonderen Wert lege:

„Konsistent bleibt hingegen das untere Ende der Skala: Die geringste Personaldichte weisen Bayern, Niedersachsen und mit Abstand Berlin auf.“

(Christian Grascha [FDP]: Aber die Frage ist doch, was Ihre Aufgabenkritik dazu beigetragen hat!)

Weil es gerade so schön ist, darf ich weiter aus dem PwC-Bericht zitieren:

„Vorbildlich gering sind die Ausgaben im Bereich ‚Politische Führung und zentrale Verwaltung‘.“

(Christian Grascha [FDP]: Das war früher doch schon genauso! - Christian Dürr [FDP]: Das haben wir ja mit den Bezirksregierungen gemacht!)

Das Ganze führt dann zu dem Schluss von PwC:

„Da Niedersachsen seine Ausgaben bereits seit Jahren an die besonders niedrigen Einnahmen angepasst hat, sollte es dem Land bei Fortsetzung dieses sparsamen Haushaltskurses problemlos gelingen, die Schuldenbremse einzuhalten und dabei auch wieder eine durchschnittliche Sachinvestitionsquote zu erreichen. Im diesjährigen PwC-Nachhaltigkeitsranking erzielt das Land entsprechend mit dem zweiten Rang seine bislang beste Platzierung.“

Ein schöneres Kompliment in der Sache kann es eigentlich nicht geben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Reinhold Hilbers [CDU]: Das liegt an den Kommunen! Das wissen Sie doch!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Minister. - Die nächste Zusatzfrage stellt der Kollege Sebastian Lechner.

Sebastian Lechner (CDU):

Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wollen wir es ein wenig konkreter machen! Ich frage die Landesregierung: Wie viele Projektgruppen mit wie vielen Beschäftigten - Beamten und Angestellten - haben Sie in den Ressorts zu welchen Themen bis zum heutigen Stichtag in Bezug auf Aufgabenkritik eingesetzt?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister, bitte sehr!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn ich richtig informiert bin, ist das in einer schriftlichen Anfrage vor Kurzem ausführlich beantwortet worden. Ich bitte um Verständnis, dass ich es nicht im Kopf habe. Es wird nachgetragen. Wir verweisen auf die Anfrage.

(Jens Nacke [CDU]: Was denn jetzt? Es wird nachgetragen, oder verweisen Sie auf die Antwort? - Minister Boris Pistorius: Beides!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Die nächste Frage stellt Jan-Christoph Oetjen. Bitte sehr!

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor dem Hintergrund, dass in einer Denkschrift des Landesrechnungshofs festgestellt wurde, dass etwa 600 Stellen im Bereich Administration/Verwaltung in der Polizei mit Polizeivollzugsbeamten besetzt waren und angeregt wird, diese Arbeit zukünftig von Verwaltungsmitarbeitern erledigen zu lassen, frage ich die Landesregierung: Wann werden zusätzliche Verwaltungsmitarbeiter eingestellt, um Polizeivollzugsbeamte wieder für den eigentlichen Dienst in der Polizei freizubekommen, und wird im Rahmen der Aufgabenkritik auch konkret geprüft, ob bestimmte Aufgaben überhaupt notwendig sind?

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Oetjen, die erste Frage ist relativ einfach zu beantworten. Das ist ein laufender Prozess. Wann genau er abgeschlossen sein wird, kann ich Ihnen noch nicht sagen. Am Ende des Prozesses soll das Ergebnis so stehen, wie von Ihnen beschrieben.

Zur zweiten Frage: Wir arbeiten gerade durch die Einführung des einheitlichen Polizei-Clients auf einer anderen Software-Plattform mit Hochdruck daran, die einsatznotwendigen Ressourcen zu reduzieren. In welchem Umfang dies am Ende der Fall sein kann, wird sich zeigen. Das jedenfalls ist das erklärte Ziel der Ein-Plattform-Strategie.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Die nächste Frage stellt Kollege Christian Grascha.

Christian Grascha (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor dem Hintergrund, dass der Herr Innenminister gerade auf die Frage 1 von uns geantwortet hat, dass alle Ressorts mit Maßnahmen an der Aufgabenkritik beteiligt sind, frage ich den Herrn Finanzminister: Welche konkreten Maßnahmen sind im Finanzministerium bereits umgesetzt? Ich frage bewusst nicht nach irgendwelchen geplanten Projekten oder Projekten, die man identifiziert hat, sondern nach umgesetzten Maßnahmen aus der Aufgabenkritik im Geschäftsbereich des MF.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister Schneider, bitte!

Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister:

Ich beantworte die Frage wie folgt: Wir haben uns sehr intensiv damit auseinandergesetzt, wo die Bezügeabrechnung, also das NLBV, zu verorten ist.

Ich darf in Erinnerung rufen: Wir hatten einstmals 23 Stellen im Lande, die sich mit Bezügeabrechnung beschäftigt haben. Die damalige SPD-Regierung hat eine Konzentration in Gang gesetzt. Daraus ist das LBV - so hieß es damals noch - mit vier Standorten entstanden.

(Christian Grascha [FDP]: Das war vorgestern!)

Das war eine große Erfolgsgeschichte. All jene, die das schon länger kennen, werden sich erinnern, dass es einstmals sehr lange gedauert hat, seine Beihilfe erstattet zu bekommen. Das Ganze war mit einem sechsseitigen Durchschreibeformular versehen. Heute sind wir in diesem Bereich schneller als die Krankenkassen.

(Christian Dürr [FDP]: Wir reden aber gerade vom letzten Jahrtausend! Das muss man sagen!)

Das Ganze geht sehr zügig, mit wenig bürokratischem Aufwand. In dieser Konzentration ist es durch verstärkten IT-Einsatz über die Jahre gelungen, etwa 50 % des Personals abzubauen. Das war eine sehr effektive Veranstaltung.

Es ist verwunderlich, dass mein Vorgänger dann dieses NLBV, diese Erfolgsveranstaltung, in die Oberfinanzdirektion integriert hat. Das irritierte mich, weil mir die ganze Sache nicht einleuchtend war, und ich habe mich einmal ausgiebig mit den Akten und Gutachten, die dazu angelegt und erstellt worden sind, beschäftigt.

(Christian Grascha [FDP]: Sie oder der Lenkungsausschuss?)

Darin war von allen Beteiligten sehr sorgfältig herausgearbeitet, dass die selbstständige Konstruktion des NLBV höchst vernünftig ist, und es wurde dringend von einer Integration in die Oberfinanzdirektion abgeraten. Die Aktenlage ist ganz sauber.

In einer Nacht- und Nebelaktion, innerhalb von 24 Stunden, hat der Minister das Gegenteil entschieden. Es ist eine Integration erfolgt, allerdings ist - das hat, soweit ich den Akten entnehmen konnte, auch den Landtag beschäftigt - seinerzeit verabre-

det worden, nach einigen Jahren eine Revision vorzunehmen.

Das haben wir inzwischen gemacht. - Ihre Frage war ja, was wir gemacht haben. - Ergebnis: Das, was zu vermuten war, was auch alle Sachkenner aufgeschrieben hatten, hat sich bestätigt: Das war eine wenig sinnvolle Konstruktion; denn die Bezügeabrechnung ist in ihren Abläufen als Massengeschäft auch in der Personalstruktur völlig anders aufgebaut als die Steuerverwaltung oder gar die Bauverwaltung, die sich im Übrigen in der Oberfinanzdirektion befinden.

Also haben wir vor nicht allzu langer Zeit das NLBV wieder verselbstständigt, und wir arbeiten daran, die Effizienz durch verstärkte IT-Unterstützung weiter zu erhöhen. Inzwischen, in diesem Jahr, ist es gelungen - das ist auch noch ein konkreter Vorgang in diesem Zusammenhang -, ein einheitliches IT-System zur Reisekostenabrechnung zu installieren. Die Beamtinnen und Beamten, auch die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger, sind - nach meiner Kenntnis jedenfalls - sehr dankbar dafür, dass das jetzt alles zügig geht, dass man innerhalb recht kurzer Zeit das Geld, das einem zusteht, bekommt und keine lange Wartezeiten hat. Dies ist also eine Erfolgsgeschichte.

(Christian Dürr [FDP]: Was hat das mit Aufgabenkritik zu tun?)

Wenn ich darf, würde ich gleich noch auf laufende Prozesse eingehen. Ein viel größeres Rad ist natürlich bei der Finanzamtsstruktur zu drehen. Dazu hat der Landesrechnungshof einiges aufgeschrieben. Den Rechnungshof darf man ja nicht kritisieren, aber das ist nicht unbedingt zielführend gewesen, weil das auf das Zusammenlegen zahlreicher Finanzämter hinausgelaufen wäre. Das Ganze ist sehr stark an Gebäuden orientiert und stellt auf Quadratmeter pro Beschäftigtem ab. Nun haben wir aber zum Teil historische Gebäude und den einen Fall, dass das Finanzamt in Stadthagen sogar im Schloss sitzt. Dort haben die Räume natürlich nicht die Quadratmeterzahlen, wie sie die Vorschriften für Neubauten vorsehen. Von daher ist das alles ein wenig problematisch.

Wir haben eine umfangreiche Arbeit unter der Überschrift „Finanzamtsstruktur“ - ich habe immer mal gesagt: in zehn Jahren - auf den Weg gebracht, die noch unterwegs ist und noch eine Weile unterwegs sein wird.

Dabei ist insbesondere der demografische Wandel zu bedenken, der in Teilen des Landes zu Bevölkerungswachstum geführt hat - Sie wissen das -, der in anderen Teilen aber schon zu erheblichen Bevölkerungsrückgängen geführt hat und weiterhin führen wird. Daher sind Anpassungsprozesse unabdingbar, aber es sind keine, die übermorgen geschehen müssen, sondern sie müssen mit Augenmaß und mit etwas längerem Atem vorbereitet werden.

Dazu haben Arbeitsgruppen inzwischen sehr fundierte Grundlagen geschaffen, die weiter ausgearbeitet werden müssen und die auch die Frage der Prozesshaftigkeit klären. Dazu habe ich gerade vor Kurzem einen Auftrag an die Oberfinanzdirektion auf den Weg gebracht, im Laufe des Jahres 2017 modellhaft an einem Beispiel auszuarbeiten, wie ein solcher Prozess auch unter dem Aspekt, der mir persönlich jedenfalls wichtig wäre, organisiert werden kann, dass wir die öffentliche Verwaltung in der Fläche nicht völlig verschwinden lassen. Wir können nicht hingehen und sagen - ich mache das immer gern am Beispiel Lüchow-Dannenberg deutlich, weil das jedem einleuchtet -: Der Landkreis ist inzwischen so klein und die Bevölkerung schrumpft weiter, wir machen das Amtsgerichte und das Finanzamt zu. - Das ist zu bedenken.

Wir brauchen hier andere Organisationsmodelle als die gegenwärtigen. Dabei geht es darum, die Frage der Hauptstellen und Nebenstellen zu untersuchen. Ein Modell heißt so schön - eine einsichtige Formulierung - „Arbeit auf Rädern“. Dabei nutzt man, ohne die Zuständigkeiten zu verlagern, freie Kapazitäten in anderen Ämtern mit. Das machen wir im Übrigen zurzeit bei den Bauämtern mit großem Erfolg.

Es gibt eine ganze Reihe von Fragestellungen, die auch nicht trivial sind, weil wir es hier mit einer Massenverwaltung zu tun haben. In Köpfen gerechnet, hat die Steuerverwaltung allein 12 000 Beschäftigte. Wir haben übrigens auch hier mit dem demografischen Wandel zu kämpfen. Aus der Historie heraus werden relativ viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den nächsten sieben, acht Jahren nach Hause gehen. Deswegen fahren wir auch hier die Ausbildungskapazitäten an die Obergrenze dessen, was wir verkraften können, um auch nur den Ist-Stand halbwegs nachhalten zu können.

Es liegen große Aufgaben vor uns, deren Bewältigung ihre Zeit braucht, wenn man es verantwortlich machen will, deren Abwicklung sich über etliche

Jahre erstrecken wird. Wir werden aber die Grundlagen legen. Der neue Landtag und die neue Landesregierung werden 2018 ein fertiges Konzept vorfinden und dann entscheiden müssen, in welche Richtung man marschiert.

Wir brauchen die Zeit auch. Es ist aber sicherlich nicht zweckmäßig, die letzten drei Monate vor der Wahl mit solchen Dingen anzutreten, weil es im Zweifel zu Skandalisierung führt und nicht zu sachgerechten Entscheidungen. Dafür ist das Thema aber zu wichtig. Das sollte in aller Ruhe beraten und entschieden werden.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Minister, für die ausführliche Beantwortung. - Die nächste Frage stellt der Kollege Reinhold Hilbers, CDU-Fraktion.

Reinhold Hilbers (CDU):

Herr Präsident! Herr Minister Schneider, vor dem Hintergrund, dass Sie bereits 2013 in die MiPa geschrieben haben, eine umfangreiche Aufgabenanalyse vornehmen zu wollen, die schon für 2015 Entlastung bringen soll, und vor dem Hintergrund, dass Sie im Ministerialapparat in den vergangenen Jahren - wenn ich die flüchtlingsbedingten Stellen weglasse - über 270 neue Stellen geschaffen haben, frage ich Sie: Wann wollen Sie mit Ihrer Aufgabenkritik ansetzen, um zumindest zu erreichen, wieder auf den Stand des Personals zu kommen, den Sie von uns 2012 übernommen haben?

(Beifall bei der CDU - Christian Grascha [FDP]: Sehr gute Frage! - Zuruf von den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister, bitte schön!

Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister:

Meine Damen und Herren! Herr Präsident! Wie üblich stehen wieder einmal die Finanzen im Mittelpunkt. Ich will aber erst einmal feststellen, dass die Koordination dieser gesamten Operation im Innenministerium liegt. Am Ende schlägt sich das in Mark und Pfennig, heute natürlich in Euro und Cent, nieder.

Wir haben aber eine ganze Reihe von weiteren Entwicklungen. Zum Beispiel habe ich, weil Sie die Steuerverwaltung katastrophal heruntergefahren haben, 100 zusätzliche Außenprüfer eingestellt

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

- die letzte Charge kommt jetzt -, damit wir den Pflichten, die jedenfalls ich sehe, nachkommen können, Steuergerechtigkeit herzustellen und eine anständige Außenprüfung durchzuführen.

(Christian Grascha [FDP]: Das hat jetzt nichts mit der Aufgabenkritik zu tun!)

Da gab es erhebliche Besetzungslücken. Wir haben zusätzliche Stellen ausgebracht. Wir müssen mit langem Atem Außenprüfer ausbilden. Ich kann natürlich nicht Leute, die gerade frisch von der Akademie kommen, in die Betriebe schicken. Das alles ist unterwegs, braucht aber seine Zeit.

Außerdem hat es neben den Flüchtlingsthemen eine Reihe von Veränderungen gegeben, die zum Teil auch gemeinsam getragen worden sind - neue Herausforderungen, die auf uns zukommen. Ich nenne nur als kleines Beispiel die Landeszentrale für politische Bildung, die hier allseits begrüßt worden ist. Ich könnte die Kette weiter fortsetzen, wenn ich auf die Frage vorbereitet wäre. Es gibt eine ganze Reihe von Punkten - das ist immer so -, die zusätzlich und neu kommen und die bedient werden müssen.

Im Gegenzug sind auch eine ganze Menge Stellen weggefallen. Das ist ein ständiger Prozess, der weitergehen wird.

Wir haben insgesamt einen Personalbestand - das müsste der Herr Innenminister vielleicht genauer wissen, der darauf vermutlich vorbereitet ist - von ungefähr 200 000 Beschäftigten. Das ist die Größenordnung. Wir reden hier über 200 Stellen. Das ist in einer solchen Riesenverwaltung Grundrauschen, meine Damen und Herren.

(Reinhold Hilbers [CDU]: 200 Stellen sind Grundrauschen?)

Die Zuordnung, was flüchtlingsbezogen ist und was nicht flüchtlingsbezogen ist, ist in vielen Fällen nicht so ganz einfach. Ich könnte Ihnen hier - ich habe das jetzt nicht dabei, aber ich habe die Zahlen gesehen - eine Rechnung aufmachen, was flüchtlingsbezogen ist und was nicht flüchtlingsbezogen ist. Dann würden Sie feststellen: Wir haben

weniger Personal als vorher. - Das ist so, auch wenn es Ihnen nicht gefällt.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung von Gerald Heere [GRÜNE])

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Minister. - „Grundrauschen“ - das habe ich noch nie gehört, aber nicht schlecht. Man weiß, was darunter verstanden werden kann.

Die nächste Frage stellt die Kollegin Meta Janssen-Kucz, Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön!

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Ich frage die Landesregierung vor dem Hintergrund der Ausführungen von Innenminister Boris Pistorius und auch der Nachfrage des Kollegen Oetjen von der FDP: Werden mit dem Niedersachsen-Client auch mobile Arbeitsformen unterstützt und, wenn ja, auf wie vielen Arbeitsplätzen wird dieser Niedersachsen-Client dann eingesetzt bzw. für wie viele Arbeitsplätze ist das letztendlich geplant? - Das waren zwei Fragen.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Danke schön.

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ja, natürlich unterstützen wir damit auch die Einführung mobiler Arbeitsplatzformen; in einer Größenordnung von zunächst bis zu 25 %.

Zur zweiten Frage: 8 000 Arbeitsplätze in der gesamten Landesverwaltung außer MJ, das ein eigenes System fährt, und 19 000 Arbeitsplätze bei der niedersächsischen Polizei.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Die nächste Frage stellt der Kollege Adrian Mohr, CDU-Fraktion.

Adrian Mohr (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Angesichts der Ausführungen des Herrn Innenministers auf die Mündliche Anfrage der FDP-Fraktion stelle ich meine Frage vor dem Hintergrund, dass wir offenkundig unterschiedliche Grundauffassungen davon haben, was eine Aufgabenkritik ist.

(Zustimmung bei der FDP - Jörg Bode [FDP]: Genau!)

Wir sagen: Da sind Aufgaben, die muss man einer Kritik unterziehen. Sie sagen: Da gibt es Kritik, dafür muss man eine Aufgabe schaffen.

(Heiterkeit bei der CDU und bei der FDP)

Ich stelle die Frage: In welchen Bereichen hat die von Ihnen angesprochene Aufgabenkritik so stattgefunden, dass es tatsächlich zu den von Ihnen im Koalitionsvertrag vereinbarten Einsparungen gekommen ist?

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Jörg Bode [FDP]: Gute Frage! Guter Mann!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In dem Umfang oder in der Art und Weise, wie ich es eingangs in meiner Antwort beschrieben habe, bestehend aus dem Dreiklang: Einnahmeverbesserung, Ausgabenreduzierung und Investition.

(Christian Grascha [FDP]: Konkrete Maßnahmen!)

- Ich weiß ja nicht, was Sie unter Aufgabenkritik verstehen. Wir haben immer eine Aufgabenanalyse angestrebt und durchgeführt mit dem klaren Ziel, sie nicht als ein statisches, irgendwann zu einem Stichtag abgeschlossenes Verfahren zu verstehen, sondern ganz klar gesagt: Es ist ein fortlaufender Prozess, der erfordert, die Aufgaben immer wieder erneut auf den Prüfstand zu stellen - sowohl in der Art der Ausführung als auch in ihrer eigentlichen Ausführung.

(Zustimmung von Gerald Heere [GRÜNE] - Christian Grascha [FDP]: Das sind Worthülsen!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Herr Abgeordneter Dürr, Sie haben das Wort zu der nächsten Frage.

Christian Dürr (FDP):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Herr Ministerpräsident sagte am 19. Februar 2013 in seiner Regierungserklärung:

„... werden wir eine gründliche Aufgabenkritik, bezogen auf alle derzeit vom Land verfolgten Aktivitäten, vornehmen. Sind diese Aktivitäten notwendig? Werden sie wirtschaftlich erfüllt? Müssen sie vom Land wahrgenommen werden, oder ist nicht beispielsweise eine Kooperation mit den Kommunen denkbar? ... Das ist ein harter und mühsamer Prozess, der vor uns liegt, aber er ist unumgänglich.“

Herr Ministerpräsident, ich frage Sie: Sind Sie Ihren eigenen Ansprüchen gerecht geworden?

(Beifall bei der FDP und Zustimmung von der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Ministerpräsident, bitte schön!

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Liebe Herr Kollege Dürr, ich danke: ja.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN - Lachen bei der FDP - Christian Dürr [FDP]: Guter Witz!)

Die Landesregierung blickt einstweilen, insbesondere im Bereich der Finanz- und Haushaltspolitik, auf eine ganz ungewöhnlich erfolgreiche Zeit zurück.

(Lachen bei der CDU und bei der FDP)

Erinnern wir uns noch einmal an den Status, den die Landeskasse hatte, als wir anfangen!

(Christian Dürr [FDP]: Es ging um Aufgabenkritik, Herr Ministerpräsident!)

Wenn ich mich nicht täusche, mussten Sie, Herr Kollege Schneider, sich mit einem Strukturdefizit von 1,3 Milliarden Euro befassen.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Das ist doch gar nicht eingetreten!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Entschuldigung! - Herr Kollege Hilbers, wenn Sie irgendwann einmal die Möglichkeit haben, hier als Minister zu antworten, würde ich mich freuen. Aber im Moment sind nicht Sie dran, sondern der Ministerpräsident, der jetzt die Frage beantwortet.

Stephan Weil, Ministerpräsident:

Seien Sie gewiss, lieber Herr Kollege Hilbers: Wir werden alles tun, um das zu vermeiden.

(Beifall bei der SPD - Jens Nacke [CDU]: Seien Sie gewiss, Herr Ministerpräsident: Das wird alles nichts helfen!)

Ich sagte, wir haben mit einem Strukturdefizit von 1,3 Milliarden Euro begonnen.

(Christian Dürr [FDP]: Und das haben Sie alles durch Aufgabenkritik wettgemacht?)

Nun blicken wir erfreut darauf, dass wir nach den Vorschlägen des Finanzministers schon im Jahre 2017 zum ersten Mal in der Geschichte des Landes Niedersachsen ohne neue Schulden werden auskommen können.

(Christian Dürr [FDP]: Wie hoch ist das strukturelle Defizit dann? - Christian Grascha [FDP]: Aber das liegt doch an den Steuereinnahmen und an den Zinsausgaben und nicht an der Aufgabenkritik!)

Das ist wirklich ein großer Erfolg, zu dem natürlich die Steuermehreinnahmen mit beigetragen haben.

(Christian Grascha [FDP]: Ausschließlich!)

Wer wollte das bestreiten? Aber ohne eine gleichzeitige konsequente Haushaltsdisziplin in allen Ressorts wäre dieses Ergebnis ebenso wenig erzielbar gewesen.

(Christian Dürr [FDP]: Aufgabenkritik hat 1,3 Milliarden Euro eingespart?)

An dieser Stelle reizt es mich schon, einige grundsätzliche Ausführungen über Strategie und Taktik der Haushaltskonsolidierung zu machen. Es ist jetzt der zweite große öffentliche Haushalt, an dessen Sanierung ich mitwirken darf. Es gibt in dieser Hinsicht zwei unterschiedliche Denkschulen: die - wie soll ich sagen? - blutige und die nachhaltige.

Die blutige Form der Haushaltskonsolidierung, der Sie offenbar anhängen, besteht darin, ellenlange Listen mit vorzunehmenden Einschnitten aufzustellen, die anschließend einen mehr oder weniger großen Effekt haben sollen, und so zu tun, als ob man damit einen Haushalt auf Dauer konsolidieren könnte.

(Christian Dürr [FDP]: Was ist denn Ihre Strategie?)

Ich sage Ihnen nach meiner langjährigen Erfahrung: Das ist ein Trugschluss.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Grascha [FDP]: Sie setzen einfach darauf, dass der Steuerzahler immer mehr zahlt! Die wundersame Geldvermehrung!)

In Wirklichkeit ist es so, dass man insbesondere durch die Modernisierung des Verfahrens der Haushaltsaufstellung große Effekte erzielen kann. Und an dieser Stelle haben wir eine Form von Aufgabenkritik durchgeführt,

(Christian Dürr [FDP]: Was?)

die vielleicht den größten Effekt von allen Maßnahmen hatte, die wir ergriffen haben.

(Christian Dürr [FDP]: Was?)

- Hören Sie zu, Herr Dürr! Sie lernen an dieser Stelle eine Menge. Ich garantiere es Ihnen.

(Christian Dürr [FDP]: Gern! Ich bin total gespannt!)

Wir haben nämlich das Verfahren dahin gehend umgestellt, dass es mit einem Eckwertebeschluss der Landesregierung beginnt, der den finanziellen Rahmen für die einzelnen Ressorts vorgibt.

(Jörg Bode [FDP]: Das hatten wir aber auch schon!)

In diesem Rahmen haben die Ressorts große Freiheit. Wenn sie aber anschließend zum Finanzminister kommen und sagen, wir müssen darüber hinausgehen, dann stehen sie unter zweierlei Druck:

Sie müssen erstens das Verfahren plausibel machen; sie müssen die Schlüssigkeit von Mehrforderungen darlegen.

(Christian Dürr [FDP]: Das Eckwerteverfahren hat Minister Möllring eingeführt, Herr Ministerpräsident! Aber es ist gut, dass Sie unsere Regierung insoweit loben! Das finde ich toll!)

Zweitens müssen sie belegen, warum sie zu keiner anderen Priorisierung innerhalb ihres Budgets gelangen können.

Das, meine Damen und Herren, ist eine höchst intelligente Form von Aufgabenkritik, die nachhaltig zur Sanierung des von Ihnen hinterlassenen Pro-

blems beigetragen hat. Deswegen sehe ich das als großen Erfolg an.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN - Christian Dürr [FDP]: Abgesehen davon, dass wir das eingeführt haben, Herr Ministerpräsident! - Christian Grascha [FDP]: Das ist eher die wundersame Geldvermehrung!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Die nächste Frage stellt Petra Emmerich-Kopatsch, SPD-Fraktion. Bitte schön!

Petra Emmerich-Kopatsch (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Vor dem Hintergrund, dass sehr viele Krankenhäuser inzwischen in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind, frage ich die Landesregierung: Was unternimmt sie, um die Krankenhauslandschaft zukunftsfähig und effizient neu aufzustellen?

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Jetzt antwortet die Frau Sozialministerin. Bitte schön!

(Christian Dürr [FDP]: Das ist eine unzulässige Erweiterung des Fragegegenstandes! Das ist gar nicht zulässig, Herr Präsident! Aber gut, sie kann trotzdem antworten!)

Cornelia Rundt, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Darauf will ich gerne antworten,

(Jörg Bode [FDP]: Das habe ich mir gedacht!)

weil natürlich die Krankenhausstrukturplanung - gerade angesichts der Höhe der Mittel, die hierfür benötigt werden - ein wichtiger Teil der Aufgabenkritik ist.

(Christian Dürr [FDP]: Das Wort „Krankenhaus“ kommt in der Anfrage gar nicht vor, aber die Ministerin ist vorbereitet!)

Natürlich ist es auch für das Sozialministerium wichtig, sich hier entsprechend aufzustellen.

Das hat z. B. dazu geführt, dass wir - anders als die Vorgängerregierung - ganz gezielt ein Controlling-System eingeführt haben, ein Berichtswesen, das wir in einen Zielplanungsprozess mit Jahresgesprächen eingefügt haben. Speziell für den Krankenhausbereich haben wir auch sogenannte Strukturgespräche eingeführt.

Neben der Tatsache, dass wir uns auf Bundesebene und auf Landesebene für deutliche Verbesserungen bei den Betriebskosten der Krankenhäuser eingesetzt haben - die ebenfalls dazu führen, dass deren Strukturen vor Ort deutlich besser funktionieren und dass wir die wohnortnahe Versorgung deutlich besser sicherstellen können -, haben wir uns aktuell auch in der Frage des Landesbasisfallwertes und der überproportionalen Erhöhung in Richtung Durchschnittswert, z. B. im Bereich des Fixkostendegressionsabschlags, engagiert,

(Christian Grascha [FDP]: Was hat das alles mit Aufgabenkritik zu tun, Frau Ministerin?)

weil all dies erhebliche Auswirkungen auf die Struktur der Krankenhäuser hat.

(Christian Grascha [FDP]: Das ist eine Verhöhnung des Parlaments!)

Wir haben z. B. in den Regionen Landkreis Osnabrück, Landkreis Hildesheim, Landkreis Wesermarsch, Delmenhorst, Cuxhaven und Hannover, aber auch in der Region um Emden und im Landkreis Aurich, in Wilhelmshaven, im Landkreis Rotenburg, in Diepholz sowie in Braunschweig entsprechende Regionalgespräche geführt,

(Christian Grascha [FDP]: Eine Frechheit ist das! - Christian Dürr [FDP]: Es ist halt nicht das Thema!)

weil es uns darum geht, die erheblichen Investitionsmittel, die uns hierfür zur Verfügung stehen, zielgerichtet einzusetzen. Dazu bedarf es eben einer genauen strukturellen Analyse, wo diese Mittel am effektivsten und am effizientesten eingesetzt werden können.

Neben den 120 Millionen Euro, die wir jährlich für den Bereich der Krankenhausinvestitionen zur Verfügung haben, konnten wir mit den 94 Millionen Euro aus dem Strukturfonds und den über 660 Millionen Euro, die wir zusätzlich über ein Sondervermögen generieren wollen, ganz gezielt Strukturplanungen vorantreiben. Die befinden sich derzeit in der Umsetzung. Das heißt, wir haben hier in

erheblichem Maße Einfluss auf eine der ganz großen Positionen im Einzelplan 05 genommen.

Und es gibt natürlich weitere Dinge, die wir ganz gezielt angehen. Wir haben - ich denke: erstmalig - große Vorhaben auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten strukturiert. Ich denke da an den Vorrang ambulanter vor stationären Maßnahmen, der zu einer deutlichen Einsparung sowohl bei den personellen Ressourcen als auch bei den benötigten Mitteln führt. Unter dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ haben wir gezielt den Bereich Behindertenhilfe - auch bei der Umstrukturierung des quotalen Systems - analysiert.

Wir haben auch analysiert, was wir an der Gesetzgebung ändern müssen, um zu Strukturverbesserungen zu kommen, die letztlich dazu führen, dass die Mittel effektiver eingesetzt werden.

(Christian Grascha [FDP]: Ist das eigentlich eine Regierungserklärung, über die wir nachher eine Debatte führen können, Herr Präsident?)

Wir haben das Heimgesetz geändert. Wir haben einen neuen Landespsychiatrieplan aufgestellt, der der Vorgabe genügen wird, die vorhandenen Mittel deutlich effektiver einzusetzen.

(Christian Dürr [FDP]: Das geht so nicht! - Der Abgeordnete begibt sich zum Sitzungsvorstand)

Wir haben - z. B. mit der Konzertierte Aktion Bauen und Wohnen - neue Wohnraumförderrichtlinien auf den Weg gebracht. Denn wir müssen die Mittel für den Wohnungsbau ganz gezielt und strukturiert einsetzen.

(Christian Dürr [FDP]: Man kann keine Regierungserklärung in eine Fragestunde packen! Das geht nicht!)

All dies sind Dinge, die wir auf den Weg gebracht haben. Der Bereich der Krankenhäuser mit einem extrem hohen Investitionsvolumen war uns dabei besonders wichtig.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN - Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: Unmöglich! Das geht so nicht!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Ich möchte noch einmal auf § 47 Abs. 5 Satz 3 der Geschäftsordnung hinweisen: Zusatzfragen dürfen die ursprüng-

liche Frage nicht auf andere Gegenstände ausdehnen.

(Zustimmung von Mechthild Ross-Luttmann [CDU] - Christian Dürr [FDP]: Das hatte nichts mit der Ausgangsfrage zu tun!)

Diese Zusatzfrage lag im Randbereich. Man konnte sie noch reinpacken.

(Christian Dürr [FDP]: Nein! Wir können gerne eine GO-Debatte dazu führen! Das geht nicht! - Christian Grascha [FDP]: In der ursprünglichen Frage ging es um Aufgabenkritik! - Weitere Zurufe)

- Meine Damen und Herren, jetzt rede ich hier, und ich rede zu Ende. Sie haben gar nicht das Wort.

Die Frage 1 ist sehr weit gefasst; darunter ist sehr viel zu fassen. Aber der Gegenstand der Frage ist ein etwas anderer.

Deswegen darf ich Sie bitten, jetzt zum Kern der Frage zurückzukommen. Sonst lasse ich die Zusatzfragen nicht zu, bzw. sie brauchen nicht beantwortet zu werden. Bitte schauen Sie sich § 47 Abs. 5 Satz 3 an! Dann wissen Sie, was wir damit meinen.

Die nächste Frage stellt die Kollegin Susanne Menge. Bitte schön!

(Dr. Stephan Siemer [CDU]: Wahrscheinlich zur Vogelgrippe!)

Susanne Menge (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung: Kann man per se sagen, dass ein Rückgang der Bevölkerung auch zur Aufgabenverringering z. B. im Bereich des Ressorts Wirtschaft, Arbeit und Verkehr führt?

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Wirtschaftsminister!

Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Menge, das kann man nicht. Im Gegenteil: Die demografische Entwicklung führt sicherlich zu neuen Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt. Es ergeben sich z. B. aber auch neue Herausforderungen im Bereich Infrastruktur, weil - Stichwort „Güterverkehrsentwicklung“ - die Verkehre zunehmen. Schon daran sieht

man: Eine Kausalität nach dem Motto „die demografische Entwicklung ist minus 5 %, deswegen ist auch der Aufwand minus 5 %“ kann hier nicht pauschal hergestellt werden. Wie gesagt, im Gegenteil: Es kommen sogar neue Aufgaben dazu.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Die nächste Frage stellt der Kollege Hans-Joachim Janßen. Bitte schön!

Hans-Joachim Janßen (GRÜNE):

Herr Präsident! Ich frage die Landesregierung zu einem ganz anderen Thema: Welche Umstrukturierung und welche Neuorganisation hat die Landesregierung beim Aufgabenbereich des Landesamts für Verbraucherschutz vorgenommen?

(Christian Dürr [FDP]: Sie hat ganz viele Stellen geschaffen!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Das Wort hat der Landwirtschaftsminister. Herr Meyer, bitte schön!

Christian Meyer, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir hatten ja gleich in den ersten Wochen nach dem Amtsantritt der rot-grünen Landesregierung einige Verbraucherschutzskandale. Wir haben uns also damit beschäftigt, wie wir den Verbraucherschutz in Niedersachsen den Bedürfnissen eines wichtigen Agrarstandortes entsprechend anpassen können.

Wir haben uns überlegt, wie wir den Mehrbedarf, den wir gesehen haben, weil dort jahrelang zu wenig gemacht worden ist, kostenneutral finanzieren können. Wir haben überlegt, wie wir die Aufstockung, die im Landesamt für Verbraucherschutz notwendig war - z. B. für die Aufgaben im Zusammenhang mit den Futtermittelkontrollen oder mit der Antibiotikaminimierung, die übrigens sehr erfolgreich mit den Landkreisen läuft -, so finanzieren können, dass wir den Landeshaushalt nicht zusätzlich belasten.

Dafür haben wir das sehr erfolgreiche Instrument der Gebührenfinanzierung, also der Verursacherfinanzierung, durchgesetzt. Wir erheben einen Beitrag von denen, die diese Kontrollen nutzen, die die Verursacher bzw. die Veranlasser dieser Kontrollen sind. So konnten wir die zwei Stärkungsstufen des Landesamtes für Verbraucherschutz ohne

zusätzliche Belastung des Landeshaushalts erreichen.

Die Durchführbarkeit der neuen Gebührenfinanzierung ist in mehreren Gerichtsurteilen bestätigt worden. Damit haben wir den Verbraucherschutz auf eine bessere Grundlage gestellt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Gerd Ludwig Will, SPD-Fraktion, die nächste Frage, bitte!

Gerd Ludwig Will (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor dem Hintergrund, dass die EU-Förderung durch eine sehr hohe Bürokratiebelastung gekennzeichnet ist, frage ich die Landesregierung: Welche Möglichkeiten sieht sie bzw. welche hat sie bereits ausgeschöpft, um für die ELER-Förderung in Niedersachsen Verbesserungen und Vereinfachungen herbeizuführen?

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister!

Christian Meyer, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Bereich der Agrarförderung, der Förderungen im ländlichen Raum, ist in der Tat, wie die Landwirte und die Kommunen wissen, von sehr viel Bürokratie und oft auch von überflüssigen Aufgaben geprägt.

Der EU-Kommissar Hogan hat das Thema Vereinfachung zum Schwerpunkt erklärt: Wo können Kontrollen wegfallen, damit sie nicht doppelt, dreifach oder vierfach durchgeführt werden müssen?

Ich habe auf Landesebene eine Arbeitsgruppe zum Bürokratieabbau in der Agrarförderung eingerichtet. Da haben wir schon einiges erreicht. Ich kann sagen: Was auf Landesebene möglich ist, haben wir auch auf den Weg gebracht.

Wir haben im Bereich des ELER, wo uns erfreulicherweise mehr Geld zur Verfügung steht, die Aufgabenstruktur der Ämter neu organisiert. Wir haben den Katasterbereich zum MI hin abgetrennt, und die Ämter für regionale Landesentwicklung, ein wirkliches Erfolgsprojekt dieser Landesregierung, so aufgebaut, dass wir die zusätzlichen Mittel auch wirklich sinnvoll in die ländlichen Räume

investieren können. Dafür stand uns noch nie so viel Geld zur Verfügung.

Wir haben die Anzahl der Fördermaßnahmen in unserem PFEIL-Programm begrenzt. Wir haben zwar neue Förderangebote aufgenommen, dafür aber an anderer Stelle Aufgaben weggelassen.

(Helmut Dammann-Tamke [CDU]:
Wirtschaftswege!)

Ein Beispiel: In der Forstförderung haben wir die Förderhöhe komplett beibehalten - die Summe, die unsere Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer bekommen, bleibt also gleich -, aber wir wickeln das nicht mehr über den ELER, sondern über die GAK ab. Damit brauchen wir keine aufwendige Planungsphase mehr und müssen uns nicht dem überbordenden Kontrollsystem der EU mit zum Teil mehrfachen Kontrollen auf der gleichen Fläche unterwerfen. Wir müssen die Maßnahmen auch nicht mehr bei der EU anmelden und das sehr aufwendige Berichts- und Monitoringsystem der EU bedienen.

So konnten in vielen Bereichen der Forstförderung Vereinfachungen eingeführt werden, ohne dass es zu einer Kürzung der Finanzausstattung gekommen ist.

Wir haben - das ist ganz neu - eine separate Richtlinie herausgegeben: die ANBest-ELER, die Allgemeinen Nebenbestimmungen zum ELER. Darin sind die von den Begünstigten zu beachtenden Nebenbestimmungen zusammengefasst dargestellt. Auf überflüssige Regelungen wird verzichtet.

Gemeinsam mit dem Finanzministerium - dem ich dafür sehr danke - ist es gelungen, mit dieser Regelung substanzielle Vereinfachungen für die Vergabe von Aufträgen durch Private zu erreichen. Bislang war es z. B. vorgeschrieben, dass jemand, der den Auftrag für den Bau eines Hühnermobils vergab - wenn es um Beträge unter 50 000 Euro geht -, drei Angebote einholen musste. Wir haben entschieden, dass Private bei Zuwendungen bis zu 50 000 Euro zwar das Gebot der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit beachten, aber eben keine Vergleichsangebote umfangreich dokumentieren müssen. Auch dort haben wir vereinfacht und Bürokratie abgebaut.

Wir haben das Programm LEADER sehr erfolgreich ausgewertet. Kürzlich war ich auf einer Versammlung der LEADER-Arbeitsgruppen Niedersachsens. Dort wurde diese Landesregierung als diejenige gelobt, die die LEADER-Maßnahmen am bürokratieärmsten umsetzt. Wir haben das Förder-

spektrum erweitert und nehmen diese Aufgaben sehr effizient durch die Ämter für regionale Landesentwicklung wahr.

Auch im Agrarförderprogramm wurden Änderungen vorgenommen. Große neue Milchviehställe fördern wir nicht mehr; die Mittel dafür sind heruntergefahren worden. Durch den Wegfall dieser Förderung sind bei der Bewilligungsstelle, der Landwirtschaftskammer, Personalkapazitäten frei geworden, die nun für andere ELER-Maßnahmen zur Verfügung stehen, z. B. für das neue Förderprogramm Europäische Innovationspartnerschaft. Dieses Programm läuft sehr gut an. Zusammen mit der Landwirtschaft und mit Wirtschaftsunternehmen werden tolle Forschungs- und Innovationspartnerschaftsprojekte in die Praxis umgesetzt, um den Agrarstandort Niedersachsen zu stärken.

Sie sehen, wir haben in diesen Bereichen vieles erreicht. Letztens wurden wir vom Bauernverband dafür gelobt, dass Niedersachsen und Bayern das Greening am landwirtefreundlichsten umsetzen. Dort haben wir Vereinfachungen ermöglicht. Wenn man die ökologischen Vorrangflächen, die man melden muss, nachträglich ändert, dann ist das jetzt sehr einfach zu machen. Wir haben die Formulare vereinfacht. Während der schwarz-gelben Regierungszeit musste man erst einen Antrag bei Herrn Sander und dann einen Antrag bei Herrn Lindemann stellen.

**(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta
übernimmt den Vorsitz)**

Stefan Wenzel und ich haben einen Antrag erarbeitet, der für alle Fördermaßnahmen, die im Umwelt- und im Agrarministerium liegen, gilt. Aus zwei Formularen wurde eins gemacht. Das Förderspektrum bleibt gleich, aber ein Bürokratieteil ist weggefallen.

Also: Die Aufgabenkritik hat zu Erleichterungen für landwirtschaftliche Betriebe, aber auch für Kommunen und private Antragsteller im Bereich des ELER geführt. Von vielen Seiten wird sehr gelobt, dass das viele Geld wirklich sinnvoll ausgegeben werden kann.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und
bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Minister. - Die nächste Zusatzfrage stellt für die FDP-Fraktion Herr Kollege Bode. Bitte!

Jörg Bode (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor dem Hintergrund, dass Ministerpräsident Weil hier eben ausgeführt hat, dass der Beitrag der Aufgabenkritik, der sich finanziell am stärksten ausgewirkt hat, das von ihm eingeführte budgetbasierte Eckpunkteverfahren bei der Haushaltsaufstellung war, und vor dem Hintergrund der Tatsache, dass das budgetbasierte Eckpunkteverfahren bei der Haushaltsaufstellung von der Vorgängerregierung eingeführt worden ist, frage ich die Landesregierung: Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, da sowohl der Kollege Birkner als auch ich uns nicht erinnern können, dass Sie bei der besagten Kabinettsitzung im Raum gewesen sind: Unter welchem Tisch haben Sie damals gekauert? Oder hast du dich so verändert, David?

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Es antwortet für die Landesregierung Herr Minister Schneider. Bitte!

Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muss gestehen, dass ich bei dieser Frage einen Mangel an Ernsthaftigkeit erkenne. Aber auch der Zusammenhang wird mir nicht so richtig deutlich.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Aber ich kann Folgendes ganz allgemein feststellen: Unser Verfahren hat zur schwarzen Null geführt - Ihr Verfahren nicht.

(Zustimmung bei der SPD - Christian Dürr [FDP]: Könnte das vielleicht mit den Steuereinnahmen zusammenhängen? - Das Verfahren ist das gleiche!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Minister. - Seine zweite Zusatzfrage stellt Herr Kollege Oetjen, FDP-Fraktion. Bitte!

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte von der Landesregierung gern gewusst, ob im Bereich der Vermessungs- und Katasterverwaltung eine konkrete Aufgabenkritik durchgeführt wurde und, wenn ja, welche Themen

im Rahmen dieser Aufgabenkritik beleuchtet wurden. Ich möchte wissen, ob es konkrete Ergebnisse gibt, insbesondere, ob auch darüber diskutiert wurde, die Anzahl der Standorte der Vermessungs- und Katasterverwaltung zu reduzieren.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Es antwortet Herr Minister Pistorius. Bitte!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Oetjen, den zweiten Teil der Frage kann ich mit Nein beantworten. Darüber ist nicht diskutiert worden.

Zum ersten Teil der Frage: Es hat diese Aufgabenkritik gegeben, die u. a. dazu geführt hat, dass wir die dringende Notwendigkeit erkannt haben, nach den Personalentscheidungen in den zehn Jahren zuvor Vorratseinstellungen vornehmen zu müssen, um die Arbeitsfähigkeit der Katasterverwaltung aufrechtzuerhalten.

(Christian Dürr [FDP]: Das ist doch keine Aufgabenkritik!)

- Natürlich gehört das zur Aufgabenkritik!

(Christian Dürr [FDP]: Nein! - Christian Grascha [FDP]: Sie bauen immer nur Beschäftigungsvolumen auf!)

- Weil wir die Aufgabe erfüllen müssen.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Seine zweite Zusatzfrage stellt nun Herr Kollege Hilbers, CDU-Fraktion.

Reinhold Hilbers (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich komme noch einmal auf die monetären Auswirkungen zurück. Herr Schneider, vor dem Hintergrund der Tatsache, dass nicht Ihre Aufgabenkritik, sondern Steuerermehreinnahmen in Höhe von 5 Milliarden Euro zu Ihrer schwarzen Null geführt haben,

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

und vor dem Hintergrund, dass Sie in der Mipla ausgeführt haben, „Wir werden deshalb eine Aufgabenanalyse vornehmen, die bereits Entlastungen im Haushalt 2015 ermöglichen soll.“, frage ich noch einmal ganz konkret: Welche Entlastungen haben Sie in 2015 aus diesem Prozess etatisieren

können? Beabsichtigen Sie, in den nächsten Jahren aus diesem Prozess konkrete Entlastungen zu etatisieren? Oder sind Sie mit mir der Auffassung, dass Sie an dieser Aufgabenkritik grandios gescheitert sind?

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Es antwortet Herr Finanzminister Schneider.

Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das lässt sich relativ leicht beantworten: Entlastungen kann man nicht etatisieren. Ich wüsste nicht, wie so etwas gehen soll.

(Jörg Bode [FDP]: Wie bitte?)

- Entlastungen werden nicht etatisiert. Im Haushaltsplan gibt es keinen Ansatz, der Entlastungen ausweist.

Das ist eine Frage, die sich aus der Sache heraus überhaupt nicht beantworten lässt. Ich wundere mich, dass ausgerechnet jemand, der für sich in Anspruch nimmt zu verstehen, wie ein Haushaltsplan aufgebaut ist, eine solche Frage stellt.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Sie haben es doch in die Mipla geschrieben! Das ist Ihr Zitat!)

Insgesamt gibt mir das die Gelegenheit, nochmals darauf hinzuweisen, dass die Haushaltspolitik dieser Regierung ohne Beispiel ist. Man muss sich die Einnahmen und die Ausgaben ansehen. Ich habe immer gesagt, dass wir die Ausgaben so bremsen werden, dass wir bei wachsenden Einnahmen am Ende bei der Null landen: spätestens 2020, wenn möglich eher. Wir sind nun deutlich eher dort gelandet.

Die Haushaltspolitik dieser Landesregierung ist ohne Beispiel: In 70 Jahren hat es niemand geschafft, ohne Nettoneuverschuldung auszukommen. Wir kommen in 2017 ohne aus, wir kommen in 2018 ohne aus, wir kommen in 2019 ohne aus, und wir kommen in 2020 ohne aus. Daran lassen wir uns messen!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Minister. - Seine erste Zusatzfrage stellt nun Herr Kollege Dr. Matthiesen, CDU-Fraktion. Bitte, Herr Matthiesen!

Dr. Max Matthiesen (CDU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor dem Hintergrund der Ausführungen der Frau Sozialministerin zur Aufgabenkritik in Bereichen des MS ergibt sich die Frage, ob zumindest in diesem Aufgabenbereich an die Stelle einer soliden Finanzierung durch originäre Landeshaushaltsmittel in Zukunft Kredite treten sollen.

Gerade im Wohnungsbau werden die Bundesmittel weitergeleitet und stehen nur Kredite der NBank zur Verfügung. Ist das jetzt die Musik für die Zukunft insgesamt? Genauso ist es beim Krankenhausbau. Dort gibt es jetzt das kreditfinanzierte Sondervermögen und keine Veränderung der Zuschüsse aus dem Investitionstopf des Landes, was ja gesetzlich vorgeschrieben ist.

Zusammengefasst: Ist ein Wechsel von der Landesfinanzierung zur Kreditfinanzierung die Zukunftsaussicht für Niedersachsen im Sozialbereich?

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Es antwortet Frau Ministerin Rundt.

Cornelia Rundt, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In Anbetracht der eben geführten Diskussion weiß ich gar nicht, ob ich die Frage beantworten darf,

(Christian Dürr [FDP]: Viel eher als die anderen!)

weil es sich ganz eindeutig nicht um die eigentliche Aufgabenstellung handelt. Aber ich will es trotzdem versuchen.

Bei der Aufgabenkritik geht es ja um die Frage, welche Dinge überhaupt finanziert werden sollen, also um die Frage: Was ist uns wichtig? Wo setzen wir Schwerpunkte? Wo gibt es möglicherweise Dinge, auf die man verzichten kann?

Da wir naturgemäß auf den Bereich der Krankenhäuser, aber auch auf den Bereich des Wohnungsbaus nicht verzichten können, ist, glaube ich,

sehr klar, dass wir uns an dieser Stelle die Aufgabe sehr genau angeguckt haben, die entsprechenden Schwerpunkte gesetzt haben und uns außergewöhnlich viel Mühe geben - das tun wir immer, aber in diesem Fall noch mehr -, die Mittel, die wir zur Verfügung haben, auch wirklich effizient und effektiv einzusetzen.

Insofern kann ich die Frage dahin gehend beantworten: Wir haben alles das gründlich analysiert. Aber die Frage der Finanzierung ist keine Frage der Leistungen, die wir erbringen wollen und die für uns wichtig sind.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die nächste Zusatzfrage - es ist auch seine zweite - stellt Herr Kollege Dürr, FDP-Fraktion.

Christian Dürr (FDP):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir scheint die Definition von Aufgabenkritik bei Regierung und Oppositionsfraktionen sehr unterschiedlich zu sein. Der Minister ließ sich vorhin dazu hinreißen zu sagen, allein die Wahrnehmung einer Aufgabe an sich sei schon Aufgabenkritik. Ich finde das spannend in der Sache.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Und jetzt die Frage!

Christian Dürr (FDP):

Aber vor dem Hintergrund, dass uns nicht interessiert, was Sie umstrukturiert haben, wo Sie Beschäftigungsvolumen aufgebaut haben, sondern dass wir ganz konkret wissen wollen, wo Aufgabenkritik im eigentlichen Sinne stattgefunden hat, wo Aufgaben überprüft wurden und festgestellt wurde, ob sie abgeschafft, privatisiert oder kommunalisiert werden konnten, frage ich die Landesregierung vor dem Hintergrund des Prozesses, den sie im Herbst 2013 begonnen hat, nämlich einen Lenkungsausschuss auf Staatssekretärebene und Projektgruppen in allen Ressorts der Landesregierung einzurichten und insgesamt 130 Beschäftigte mit dem Thema Aufgabenkritik zu befasen, vor dem Hintergrund dieses Prozesses, -

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Nein, es gibt nur zweimal „vor dem Hintergrund“, Herr Kollege, jetzt die Frage!

Christian Dürr (FDP):

- der ja im Juni 2015 eingestellt wurde, frage ich die Landesregierung: Gibt es ein einziges konkretes Ergebnis dieses Prozesses?

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Es antwortet Herr Minister Pistorius.

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es gibt jede Menge konkrete Ergebnisse. Sie sind hinreichend dargestellt worden. Ich bin nicht dafür verantwortlich, dass wir ein unterschiedliches Verständnis von Aufgabenkritik haben.

(Christian Grascha [FDP]: Sie widersprechen Ihrem Koalitionsvertrag! - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Zur Aufgabenkritik gehört alles. Dazu gehört: Ich überprüfe eine Aufgabe daraufhin, ob sie weiter wahrgenommen werden muss. Ich überprüfe, wie sie wahrgenommen werden muss, ob sie mit weniger Personal wahrgenommen werden kann, ob sie durch andere wahrgenommen werden muss. Alles das haben wir geprüft.

(Christian Dürr [FDP]: Ein Ergebnis, nur eines!)

Das führt dann z. B. im Bereich der Katasterverwaltung dazu, dass wir die Aufgabe nicht loswerden. Ich glaube, das wollen Sie auch nicht. Vielmehr haben wir aufgrund der Einstellungspolitik der Jahre davor zu wenig Leute, um das, was wir glauben machen zu müssen, machen zu können.

(Zustimmung bei der SPD - Christian Dürr [FDP]: Nur eines! Ich will doch nur eines hören!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Minister. - Die nächste Zusatzfrage - auch seine zweite - stellt Herr Kollege Bode, FDP-Fraktion. Bitte!

Jörg Bode (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor dem Hintergrund, dass Ministerpräsident Weil in seiner Regierungserklärung bei der Aufgabenkritik auch angekündigt hat, die Notwendigkeit von Aufgaben zu überprüfen, der Innenminister das für den Prozess bestätigt hat und Ministerpräsident

Weil ja sagte, er sei mit dem Ergebnis sehr zufrieden, frage ich die Landesregierung, da sich die bisher dargestellten Bereiche in der Antwort ausschließlich auf Organisationskritik, Organisationsveränderung und Arbeitsplatzverdichtung beziehen: Welche konkreten Aufgaben haben Sie bei dem Prozess als überflüssig identifiziert und abgeschafft? - Bitte stellen Sie dies nach Ressorts dar!

(Zustimmung bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Es antwortet Herr Innenminister Pistorius. Bitte!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Bode, ich habe bei der Beantwortung der Mündlichen Anfrage gleich zu Anfang einige Beispiele allein aus dem Bereich der Polizei aufgeführt, beginnend bei der Polizeikleidung.

(Christian Grascha [FDP]: Sie haben nur Beispiele aus der Polizei aufgeführt! - Zuruf von Jörg Bode [FDP])

- Sie haben gerade nach konkreten Beispielen gefragt. Deshalb wiederhole ich es jetzt.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Einen Moment, bitte! - Jetzt antwortet der Minister, und Sie müssen dann in der Rolle des Zuhörenden verharren.

(Christian Grascha [FDP]: Das ist bedauerlich!)

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Jeder ist seines Glückes Schmied.

Um es noch einmal ganz klar zu sagen: Es gibt in allen Bereichen Beispiele. Ich habe für meinen Bereich einige sehr konkrete Beispiele genannt, wozu die Aufgabenkritik erfreulicherweise hat führen können. Die Reihe dieser Beispiele ließe sich in jedem Ressort fortführen. Jeder Kollege ist dazu in der Lage, Ihnen die Beispiele zu nennen.

(Jörg Bode [FDP]: Dann bitte! - Jörg Hillmer [CDU]: Dazu sind Sie aufgefordert!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Nun stellt Herr Kollege Grascha für die FDP-Fraktion ebenfalls seine zweite Zusatzfrage. Bitte!

(Jörg Bode [FDP]: Muss ich dafür jetzt nach Bückeberg gehen? Das wird ja nicht mal nachgeliefert!)

Christian Grascha (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor dem Hintergrund, dass zur Umsetzung der Aufgabenkritik ein Lenkungsausschuss unter dem Vorsitz des Chefs der Staatskanzlei eingerichtet wurde, der im Jahre 2013 am 1. August, 2. September, 16. September, 30. September, 29. Oktober, 25. November, 16. Dezember und im Jahre 2014 am 11. und 26. Februar, 17. März und 14. Juli getagt hat, frage ich die Landesregierung: Wenn die Aufgabenkritik doch so erfolgreich gelaufen ist, wie es die Landesregierung hier darzustellen versucht, warum hat der Lenkungsausschuss am 14. Juli 2014, also auch weit vor der Flüchtlingskrise, das letzte Mal getagt und seitdem nicht mehr?

(Zustimmung bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Grascha. - Für Landesregierung antwortet Herr Minister Pistorius. Bitte!

Boris Pistorius, Minister für Inneres und Sport:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn ich richtig informiert bin, war die letzte Sitzung im Juni 2015 und nicht im Juni 2014.

(Christian Grascha [FDP]: Dann ist Ihre Antwort falsch! - Und wann findet die nächste Sitzung statt?)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich stelle fest: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen für Fragen vor. Es ist 11.52 Uhr. Damit ist die Fragestunde für diesen Tagungsabschnitt beendet.

Die Antworten der Landesregierung zu den Anfragen, die jetzt nicht mehr aufgerufen werden konnten, werden nach § 47 Abs. 6 unserer Geschäftsordnung zu Protokoll gegeben. Sie stehen Ihnen in Kürze im Intranet und im Internet als unkorrigierte Drucksache elektronisch zur Verfügung.¹

(Unruhe)

¹Die Antworten zu den Anfragen 2 bis 50, die nicht in der 114. Sitzung des Landtages am 24. November 2016 behandelt und daher zu Protokoll gegeben wurden, sind in der Drucksache 17/6970 abgedruckt.

Den nächsten Tagesordnungspunkt rufe ich erst auf, wenn Ruhe eingekehrt ist. - Ich bitte, auch die Beratungen an der Regierungsbank zügig zu bedenken.

Ich rufe jetzt auf den

Tagesordnungspunkt 26:

Erste Beratung:

Handwerksbetriebe entlasten - Änderung der Abfallverzeichnis-Verordnung zurücknehmen - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/6895

Zur Einbringung erteile ich Herrn Kollegen Dr. Hocker für die FDP-Fraktion das Wort. Bitte!

Dr. Gero Hocker (FDP):

Verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Man erlebt es manchmal in der Umweltpolitik, dass eine Technologie, eine gelebte Praxis, die seit vielen Jahren in der Anwendung ist und an der über viele Jahre, manchmal Jahrzehnte oder sogar Jahrhunderte eigentlich niemand Anstoß genommen hat, quasi über Nacht diskreditiert wird, weil es irgendwo auf der Welt eine Untersuchung, ein Gutachten oder eine Studie mit der Behauptung gibt, dass diese Technologie, dieses Baumaterial oder dieser Prozess Mängel aufweist und gefährlich für Umwelt und Gesundheit sei.

Wir haben seit März dieses Jahres die Situation, dass Styropor in den Fokus von vielleicht übereifrigen Bürokraten geraten ist. Seit dem 1. Oktober müssen Styroporabfälle bei Abriss- und Sanierungsarbeiten getrennt gelagert, getrennt abtransportiert und getrennt entsorgt werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist eine Belastung für unsere mittelständischen Handwerksunternehmen in Niedersachsen, die die zu stemmen nicht in der Lage sind und die keinen Nutzen für die Umwelt oder die Gesundheit spendet. Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, muss diese Verordnung möglichst schnell wieder abgeschafft werden.

(Beifall bei der FDP)

Man muss sich das einmal auf der Zunge zergehen lassen: Ein Dämmstoff, der ganz bewusst so entwickelt worden ist, dass er nur schwer entzündlich und schwer brennbar ist, muss jetzt thermisch entsorgt werden. Man hat diesen Dämmstoff jahrzehntelang mit bester Absicht, energieeffizient

bauen zu können, verwendet. Geschadet hat dies bislang niemandem.

Eine derartige Verordnung, die Handwerker und den Mittelstand über Gebühr belastet und keinen Nutzen spendet, sondern nur Kosten verursacht - man spricht von Entsorgungskosten von 3 000 bis 6 000 Euro pro Tonne -, muss wieder abgeschafft werden.

(Beifall bei der FDP - Volker Bajus [GRÜNE]: Es ist nicht zu fassen!)

- Kollege Bajus, Sie sagen: Es ist nicht zu fassen.

Ich bin Ihrem eigenen Minister dankbar, dass er in den vergangenen Wochen immer wieder die Bereitschaft gezeigt hat, über diese Verordnung kritisch nachzudenken. Sehr geehrter Herr Minister Wenzel, da scheinen Sie deutlich weiter zu sein als einige Vertreter Ihrer eigenen Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Wir stehen ja erst am Beginn der Beratungen. Aber ich sage Ihnen: Da draußen steht den Mittelständlern das Wasser bis zum Hals. Auf vielen Betriebshöfen türmen sich riesengroße Halden von Styroporabfällen. Deswegen ist auch in diesem Hohen Hause Eile geboten. Auch den Handwerkern steht das Wasser bis zum Hals.

Deswegen beantrage ich für meine Fraktion, dass wir nicht den langen Weg und das lange Verfahren über die Beratungen im Umweltausschuss anstreben, sondern dass wir hier heute eine sofortige Abstimmung herbeiführen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Hocker. - Nun hat das Wort für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Kollege Bajus.

Volker Bajus (GRÜNE):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! HBCD wurde lange Zeit als Flammschutzmittel in Dämmplatten eingesetzt; kein Zweifel. HBCD ist aber ein Umweltgift. Es ist extrem langlebig, verbreitet sich über weite Entfernungen und reichert sich in Organismen von Menschen und Tieren an.

(Gabriela König [FDP]: Richtig!)

Die bromhaltige Verbindung wurde sogar schon in der Arktis nachgewiesen, weitab von jeder Industrie.

HBCD steht u. a. im Verdacht, fortpflanzungsschädlich zu sein, und wurde mit der Chemikalienverordnung REACH als besonders besorgniserregend eingestuft. Deswegen ist HBCD seit 2013 weltweit verboten.

Dass die FDP-Fraktion hier schlauer zu sein scheint als die weltweiten Umweltexperten, finde ich schon sehr erstaunlich. Zu glauben, dass unser Minister nicht vorneweg an die Umwelt denkt, wie auch unsere Fraktion, finde ich noch viel erstaunlicher. Hiermit dokumentieren Sie einmal mehr, dass Ihnen die Umwelt offensichtlich egal ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP-Fraktion, es wäre doch grob fahrlässig, die Augen nun zu verschließen. Die HBCD-haltigen Dämmplatten wurden natürlich auch in Niedersachsen verwendet und werden jetzt bei Sanierungsarbeiten ersetzt. Aber es muss doch eine Entsorgung ohne Schäden für Mensch und Umwelt sichergestellt werden. Darum geht es doch. Deshalb ist die nunmehr vorgenommene Einstufung von mit HBCD ausgerüsteten Dämmplatten als gefährlicher Abfall völlig richtig; denn es geht um die Gesundheit von Menschen. Das muss uns doch am wichtigsten sein. Das können Sie hier doch nicht allen Ernstes vertreten!

Die nun von Ihnen geforderte Rücknahme der Abfallverzeichnis-Versordnung geht völlig am Problem vorbei. Sie löst keine Probleme, sondern sie verschärft sie zulasten von Mensch und Natur.

Was im dringenden Interesse des Handwerks und des Baugewerbes tatsächlich notwendig ist, ist eine schnelle Behebung des entstandenen Entsorgungseinganges. Da sind wir komplett bei Ihnen. Die Betonung liegt dabei allerdings auf „schnell“. Die von Ihnen geforderte Bundesratsinitiative wäre jedoch genau das nicht, nämlich keine ausreichende schnelle Hilfe.

Wie Lesewillige den Antworten in den Drucksachen 6785 und 6855 entnehmen können, hat das Umweltministerium bereits frühzeitig Maßnahmen ergriffen. Polystyrolabfälle mussten auch schon in der Vergangenheit thermisch entsorgt werden. Das Umweltministerium hat nun im Vorgriff auf die neue Bundesregelung für ein unbürokratisches Anzeigeverfahren gesorgt, mit dem sich Abfallverbrennungsanlagen für die Verwertung dieser Dämmstoffe qualifizieren können. Leider haben die Anla-

genbetreiber dies zunächst nur zögerlich umgesetzt. Daher hat das MU jetzt das Gespräch mit den Betreibern gesucht. Nunmehr nehmen die ersten MVAs in Niedersachsen diese Abfälle wieder zur Verwertung an. Dazu wird der Minister mit Sicherheit gleich noch mehr sagen.

Meine Damen und Herren, wegen der neuen Bundesregelung gab es einen kurzzeitigen Entsorgungseingang, den die Landesregierung mittlerweile behoben hat.

Das alles ist auf einem guten Weg. Das war es auch schon zu dem Zeitpunkt, als dieser Antrag eingebracht wurde, was Sie aus den Antworten der Landesregierung zu Ihren eigenen Anfragen hätten entnehmen können.

Ich gehe daher davon aus, dass dieser Antrag nicht auf die realen Entsorgungseingänge, sondern eher auf einem akuten Antragsnotstand in der FDP-Fraktion zurückzuführen ist. Ehrlich wäre es daher, Sie würden nicht die sofortige Abstimmung beantragen, sondern Ihren Antrag zurückziehen.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Bajus. - Auf Sie gibt es eine Kurzintervention der Kollegin Frau König, FDP-Fraktion. Bitte!

Gabriela König (FDP):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte Herrn Bajus einmal fragen, ob er überhaupt über die Situation informiert ist, die wir im Moment vor Ort vorfinden. HBCD ist ein sehr hochgiftiger Stoff, der zum Teil in den Polystyrolen an den Wänden der Häuser klebt, vom Regen ausgewaschen wird und in den Untergrund gelangt. Haben Sie sich darüber schon einmal Gedanken gemacht?

Da wir davon ausgehen, dass dieser Stoff auf 800 Millionen m² unserer Häuser klebt, möchte ich von Ihnen gerne wissen, wie diese Situation behoben werden kann und wie Sie dieses Zeug entsorgen wollen, wenn es mit Schimmelpilzen belastet ist und von den Häusern wieder abgenommen werden muss. Sind die Häuslebauer, die ihre Häuser unter völlig anderen Voraussetzungen mit diesem Material bestückt haben, damals darüber informiert worden, was sie hinterher möglicher-

weise zahlen müssen, wenn sie das ganze Zeug wieder entsorgen müssen?

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau König. - Herr Bajus möchte Ihnen antworten. Bitte, Herr Bajus!

Volker Bajus (GRÜNE):

Danke. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vielen Dank, Frau König, für diese Intervention; denn Sie haben Ihre Ansprache mit dem Hinweis darauf eingeleitet, dass es sich um einen hochgiftigen Stoff handelt, dessen Entsorgung Sie wiederum aus der Abfallverzeichnis-Verordnung, also aus einem sicheren Weg, den der Bund jetzt vorschreibt, herausnehmen wollen.

Ich kann überhaupt nicht verstehen, warum Herr Dr. Hocker genau das Gegenteil von dem, was Sie sagen, formuliert hat. Er hat dazu aufgefordert, dass wir einen fahrlässigen Entsorgungspfad der Vergangenheit wiederaufnehmen. Wir erleben einmal mehr, dass wir die Sünden der Vergangenheit heute mit Verantwortung bewältigen müssen. Da sind alle gefragt.

Es ist nun einmal so: Wer sich damals auf solche Stoffe eingelassen hat - das haben wir alle an dieser Stelle vielleicht nicht gewusst, schon gar nicht die Bauherinnen und Bauherren; aber das gilt genauso für alles andere -, muss Verantwortung dafür übernehmen. Wir müssen gemeinsam möglichst effiziente Lösungen dafür finden. Die können aber doch nicht in allererster Linie zulasten der Gesundheit und zulasten der Umwelt gehen, sondern die müssen wir gemeinsam solidarisch lösen. Das geht nicht so, wie Sie es vorschlagen. Wenn Sie sagen, das sei giftiges Zeug, dann muss man mit diesem Gift verantwortungsvoll umgehen. Aber das wollen Sie offensichtlich nicht. Das tut mir leid.

Vielen Dank.

(Zustimmung von Karsten Becker [SPD])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Bajus. - Für die SPD-Fraktion hat nun Herr Kollege Bosse das Wort.

Marcus Bosse (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist ja ein recht schlanker und recht schmaler Antrag. In der Tat hat die Entsorgung von Styropordämm-

platten insbesondere am Anfang für Irritationen gesorgt. Auch gab es dazu Anfragen von Abgeordneten der Fraktionen der CDU und der FDP. An dieser Stelle wurde dann aber auch für Klarheit gesorgt.

Wir wissen, dass Styropordämmplatten vom Bund als gefährlicher Stoff deklariert worden sind. Diese müssen nun bei Sanierungsarbeiten und bei Abbrucharbeiten auf Baustellen gesammelt, dokumentiert und an Entsorgungsfirmen zur thermischen Entsorgung weitergereicht und an der Stelle natürlich auch gesondert abtransportiert werden. Das bedeutet natürlich auch, dass das Handwerk vor gewisse Entsorgungsprobleme gestellt wird. Denn die Entsorgungsfirmen hatten zunächst keine Genehmigung zur Entsorgung. Dann mussten diese Styroporabfälle zunächst dort gesammelt werden.

Zur Annahme der Abfälle mussten die Positivkataloge der Abfallverbrennungsanlagen um einen entsprechenden Abfallschlüssel geändert werden. Deshalb hat das Ministerium - das geht auch aus der Antwort auf die Anfrage hervor - bereits im Vorfeld der Änderung am 22. Juli einen Erlass herausgegeben, der auf unbürokratische Weise durchaus die Möglichkeit zur Ergänzung des Positivkatalogs im sogenannten Anzeigeverfahren eröffnet hat.

In einem weiteren Erlass vom 30. September 2016 hat das MU zudem weiterhin festgelegt, dass gemischte Bauabfälle, die Wärmedämmplatten nur in untergeordneten Anteilen enthalten, fortgesetzt als nicht gefährlicher Abfall in Verbrennungsanlagen angenommen werden dürfen.

Die Betreiber der Abfallverbrennungsanlagen hatten dann durchaus die Möglichkeit zur rechtskonformen Entsorgung der betreffenden Abfälle, die ihnen durch die Erlasse eröffnet worden ist. Aber sie haben trotzdem die Abfälle nicht entsorgt - aus welchem Grund auch immer. Das stellte natürlich die Entsorger vor noch größere Probleme. Aus diesem Grund - das ist auch aus der Antwort auf die Anfrage nachvollziehbar - hat das MU wieder ein Gespräch mit den Betreibern der niedersächsischen Abfall- und Müllverbrennungsanlagen geführt, um Probleme oder Irritationen, die es offenbar gab, zu erkennen und zu deren Lösung beizutragen.

Zwischenzeitlich hat der Betreiber der Abfallverbrennungsanlage in Hameln die Ergänzung des Abfallkatalogs beim Gewerbeaufsichtsamt in Hildesheim angezeigt. Für die Abfallverbrennung in

Hannover und in Helmstedt ist dies damals wohl auch in Aussicht gestellt worden.

Auf Nachfrage habe ich nun zumindest erfahren, dass in Niedersachsen mittlerweile drei Verbrennungsanlagen die Genehmigung haben, dass sie Müll mit einem Anteil von 20 % HBCD-Styropor verbrennen dürfen. Die Standorte sind Helmstedt, Hannover-Lahe und Hameln. Diese nehmen jetzt übrigens auch Müll mit einem höherprozentigen Anteil von HBCD auf.

Diese fehlenden Genehmigungen waren auch das Problem, warum die Sammelstellen in den Landkreisen den Müll nicht mehr angenommen haben. Sie hatten schlichtweg keine Möglichkeit, diese Stoffe anzunehmen und einer Verwertung, also der Verbrennung, zuzuführen.

Also klar muss doch sein, wenn ich jetzt zu Ihrem Antrag komme, werte FDP-Fraktion: Styropor wird weltweit verboten, ist als schädlicher Stoff, der die Fortpflanzungsorgane schädigt, anerkannt, und zwar weltweit.

(Volker Bajus [GRÜNE]: So ist das!)

Und die niedersächsische FDP schwingt sich auf und erklärt: Nein, das ist nicht so! Weltweit haben alle unrecht! Die niedersächsische FDP hat recht! Wir müssen das weiter vorantreiben. - Das geht doch nicht so, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Zustimmung bei der SPD - Dr. Gero Hocker [FDP]: Herr Bosse, Sie haben keine Ahnung, wovon Sie reden!)

Niedersachsen wird - so denke ich, ohne die Beratungen vorwegzunehmen - keine Bundesratsinitiative starten.

Im Übrigen muss ich an dieser Stelle auch sagen: Es gab leider Gottes auch im Baugewerbe immer schon unterschiedliche und schwierige Materialien. Ich denke beispielsweise an ganze tolle Platten für Dächer, sogenannte Asbestplatten. Wir wissen heute, wie gefährlich die sind. Die Entwicklung geht weiter. Wir treten doch nicht auf einer Stelle, meine sehr verehrten Damen und Herren. Es kann nicht sein, dass hier die Möglichkeit geschaffen wird, dass nachweislich gefährliche Stoffe in die Umwelt gelangen und letzten Endes auch den Menschen schädigen. Vielmehr müssen die bestehenden Strukturen zwischen Sammelstellen und Verbrennungsanlagen optimiert werden, um insbesondere auch den Handwerksbetrieben vor Ort zu helfen.

Auch die privaten Entsorger dürfen sich hier ihrer Verantwortung und Aufgabe nicht entziehen. Auch sie sind an dieser Stelle gefordert.

Insofern halte ich diesen Antrag - na ja, der ist schon relativ schlank - und das, was darin steht - das gilt insbesondere dafür, die Bundesratsinitiative zu ergreifen -, für, gelinde gesagt, völlig realitätsfern.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Nun hat für die CDU-Fraktion Herr Kollege Bäumer das Wort. Bitte!

Martin Bäumer (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als die Mondkapsel Apollo 13 damals auf dem Weg zum Mond war, funkte sie zur Erde: Houston, wir haben ein Problem.

Nach vielen Gesprächen mit Handwerkern, die wir in den letzten Wochen führen konnten, muss ich ganz ehrlich sagen: Ich habe den Eindruck, Hannover hat ein Problem.

(Zustimmung von Jörg Bode [FDP])

Denn viele Handwerker beklagen die momentane Situation. Das Bild, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, das Sie hier vorhin gezeichnet haben: „Alles in Ordnung, alles auf dem Weg, alles im Fluss, keiner muss sich Gedanken machen“, stimmt de facto nicht, weil das Zeug auf den Bauhöfen der Handwerker liegt und sie nicht wissen, wohin sie damit sollen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP-Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Haben Sie nicht zugehört?)

Das wundert mich, meine sehr geehrten Damen und Herren, weil das Thema Polystyrol den Landtag nicht erst seit heute beschäftigt. Meine Kolleginnen und Kollegen und ich von der CDU-Landtagsfraktion haben bereits am 23. September 2013 eine Anfrage zu diesem Thema gestellt. Wir haben damals u. a. gefragt, wie die Entsorgungswege für Polystyrol sein könnten. Die Antwort war: energetische Verwertung oder thermische Behandlung.

(Dr. Stephan Siemer [CDU]: Die CDU war früh dran!)

Aber nach der Situation, die wir heute haben, kann man den Eindruck bekommen, dass das damals alles hoch theoretisch beantwortet worden ist, aber im Detail schon damals keine Gespräche geführt worden sind. Ich wage einmal die These: Wenn man das damals besser angepackt hätte, wenn man Gespräche mit den Handwerkern geführt hätte, wenn man gewusst hätte, was da noch kommt, dann wäre die Situation heute eine andere.

(Dr. Stephan Siemer [CDU]: Genau!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Herr Kollege Bäumer, lassen Sie eine Frage des Kollegen Bajus zu?

Martin Bäumer (CDU):

Aber gern. Ich weiche ja Fragen nicht aus - wie andere Kollegen.

(Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Was soll das denn heißen?)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Bitte, Herr Kollege Bajus!

Volker Bajus (GRÜNE):

Vielen Dank, Herr Bäumer, dass Sie mir die Gelegenheit geben. Sie haben ja gerade selber das Bild mit der NASA bemüht. Dann würde ich hier an dieser Stelle einmal den Fly Control fragen:

(Heiterkeit und Zustimmung bei der SPD)

Wenn Sie uns unterstellen, wir hätten nicht gesagt, es gebe ein Problem - ich habe in meiner Rede zweimal von Versorgungsengpässen gesprochen -, was wäre denn dann, wenn Apollo 13 ein Problem hat und von Entsorgungsengpässen gesprochen wird? Was ist das denn anderes als „Es gibt ein Problem“?

Martin Bäumer (CDU):

Lieber Kollege Bajus, Sie handeln da eher so ein bisschen wie „Major Tom“.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Sie machen sich schöne Gedanken. Sie schwimmen auf der Neuen Deutschen Welle. Sie sagen: „Das ist alles kein Problem, das kommt schon!“ Aber das kommt ja nicht von allein. Das war das, was ich Ihnen deutlich machen wollte. Es kommt nicht von allein. Es braucht jetzt eines deutlichen Impulses durch den Staat. Da ist nach unserer

Auffassung die FDP auf dem richtigen Weg, weil sie das Thema hier anspricht und eben nicht die Augen vor dem verschließt, was draußen passiert.

Wenn Sie ehrlich wären - das gilt gerade auch für die Kolleginnen und Kollegen von der SPD -, müssten Sie ja sagen, dass der Bundesrat diese neue Regelung *gegen* die Empfehlung des Bundesumweltministeriums eingeführt hat, *gegen* Frau Hendricks, ihres Zeichens SPD-Bundesumweltministerin, die davor gewarnt hat, das so zu machen, und die im Oktober noch einmal eindringlich appelliert hat: Liebe Bundesländer, nehmt das bitte zurück, weil das in der Tat zu Problemen führt!

Wenn das alles so einfach wäre, lieber Herr Kollege Bajus und lieber Herr Kollege Bosse, dann hätte das Land Niedersachsen nicht drei Erlasse gebraucht, um das Ganze im Detail zu regeln, nämlich die Erlasse vom 22. Juli, vom 30. September und vom 31. Oktober.

(Dr. Stephan Siemer [CDU]: Viel zu spät gehandelt!)

Drei Erlasse, mit denen dreimal nachgebessert werden musste, in denen dreimal erklärt werden musste, was eigentlich solche Abfälle sind, wie man mit denen umgehen muss, was man machen kann, wenn man vielleicht nur 20 % Volumen in einem großen Container hat, und was 20 % sind. Also, meine sehr geehrten Damen und Herren, mein deutlicher Eindruck: Hier ist im Detail schlampig gearbeitet worden. Das geht besser.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Wenn das Thema erledigt wäre, gäbe es ja auch nicht bundesweit Schlagzeilen. *Kieler Nachrichten* vom 22. November: „Irrsinnregelung verärgert Dachdecker“. *Schwarzwälder Bote* vom 21. November: „Wegen Styropor auf den Barrikaden“. *n-tv* vom 22. November: „Stillstand auf der Baustelle - Styropor blockiert Dachdecker“. *FinanzNachrichten* vom 21. November: „Neue Styropor-Verordnung bedroht viele Dachdeckerjobs“ und *Bild* vom 21. November: „Wegen Ökorichtlinie: Dachdeckern drohen Massenentlassungen“.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, so sieht es aus, wenn Umweltministerien in Deutschland mit heißer Nadel Dinge stricken, die vor Ort dafür sorgen, dass es riesige Probleme gibt!

Deshalb - darauf ist vorhin ja schon hingewiesen worden - haben mein Kollege Stephan Siemer und ich am 4. Oktober eine Anfrage gestellt, um die

ganze Situation zu klären. Es sind schon riesige Mengen, die da unterwegs sind: bundesweit 42 000 t pures Polystyrol und ca. 35 000 t an gemischten Abfällen. Nach dem Königsteiner Schlüssel kann man davon ausgehen, dass davon ungefähr 10 % auf Niedersachsen entfallen.

(Dr. Stephan Siemer [CDU]: Richtig!)

Nun sagt das Land Niedersachsen: Alles kein Problem. Das kann man verbrennen. - Die Abfallentsorger sagen: Das kann man. Aber wir wollen das nicht. - Wissen Sie, warum die das nicht wollen, meine sehr geehrten Damen und Herren? - Wenn man diese Stoffe erstens sammelt und in Konzentration pur anliefern, dann ist das ein hochkalorischer Brennstoff, der dafür sorgt, dass jede Temperaturkurve in den Abfallbehandlungsanlagen hochgeht. Das ist gewissermaßen so, als würden Sie da Öl reinspritzen. Das facht dann auf, und das können die sich nicht leisten. Deswegen können die das gar nicht in der Form verwerten.

(Dr. Stephan Siemer [CDU]: Genau!)

Das Zweite ist: Um das zu verwenden, muss man die Betriebserlaubnis ändern. Damit aber tun sich viele Müllverbrennungsanlagen sehr, sehr schwer; denn sie sagen: Mein Gott, was passiert denn da? - Deswegen ist das Land dringend darauf angewiesen, dass man das tut. Vielleicht hätte man im Vorfeld mit den Betreibern dieser Anlagen etwas besser sprechen können. Dann hätten wir diese Situation nicht gehabt; denn die Preise für die Entsorgung lagen vor diesem Notstand bei 200 Euro pro Tonne. Aktuell liegen sie jetzt zum Teil bei 4 000 Euro. Angesichts dessen kann ich verstehen, dass die Handwerker sagen: Mein Gott, was kommt da auf uns zu?

(Dr. Stephan Siemer [CDU]: Richtig!)

Wenn man dann liest, was in der Antwort auf die Anfrage, die mein Kollege Stephan Siemer und ich gestellt haben, steht, kann man schon ein bisschen nachdenklich werden. Da steht nämlich: Es konnte nicht damit gerechnet werden, dass die Anlagenbetreiber diese unbürokratische Möglichkeit nicht nutzen würden. - Meine sehr geehrten Damen und Herren, was ist das denn für ein Verwaltungshandeln? Was ist das denn für eine Politik? - Es konnte nicht damit gerechnet werden! - Frau Hendricks hat damit gerechnet. Frau Hendricks, lieber Herr Kollege Bosse von der SPD, hat Ihnen klar gesagt, was da passiert. Sie haben es aber nicht getan.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich fasse zusammen: Die Handwerker sind irritiert. Die Marktpreise für die Entsorgung von Polystyrol sind explodiert. Und das Ministerium schreibt einen Erlass nach dem anderen. Apollo 13 hat das Problem damals übrigens gelöst. Die Astronauten sind heil und gesund auf die Erde zurückgekehrt. Ich unterstütze den Kollegen Hocker im vollen Umfang, der gesagt hat, wir sollten heute sofort abstimmen. Nicht, dass Sie mich falsch verstehen, was Sie ja so gerne tun: Die CDU in Niedersachsen ist für Umweltschutz.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN: Oh!)

- Ja, manchmal schneller als Sie. Erinnern Sie sich noch an das Thema „Mikroplastik“ im letzten Jahr? - Da waren wir deutlich vor Ihnen. Das aber haben Sie gar nicht erkannt. Da brauchten Sie ein bisschen Nachhilfe von uns.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Dr. Stephan Siemer [CDU]: Richtig!)

Kommen Sie mir nicht so, meine Kolleginnen! Nicht an einem Donnerstag; da bin ich fit.

(Zurufe von der SPD - Glocke der Präsidentin)

Also, meine sehr geehrten Damen und Herren: Wir sind für Umweltschutz. Wir sind dafür, dass man mit solchen Stoffen vorsichtig umgeht. Dann muss man es auch in der Ausführung vernünftig machen. Insofern ist „gut gemeint“ in diesem Falle das Gegenteil von „gut gemacht“. Wir sind für eine sofortige Abstimmung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Dr. Stephan Siemer [CDU]: Richtig! Sehr gut!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Bäumer. - Das Wort für die FDP-Fraktion hat noch einmal Herr Kollege Dr. Hocker. Sie haben 3:52 Minuten.

Dr. Gero Hocker (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrter Herr Kollege Bajus, Sie haben hier mit einer gewissen Süffisanz Bilder bemüht, die meines Erachtens nicht der Relevanz dieses Themas gerecht werden. Irgendwelche Hollywood-Filme zu bemühen, um dieses Thema

in die Lächerlichkeit zu ziehen, ist völlig unangemessen.

(Ottmar von Holtz [GRÜNE]: Das war der Kollege Bäumer, nicht Herr Bajus!
- Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen eines: Sprechen Sie mal mit den Hunderten von Arbeitnehmern in den handwerklichen Betrieben da draußen, die jetzt Angst davor haben, dass sie in wenigen Monaten keinen Arbeitsplatz mehr haben, weil von ihren Arbeitgebern keine Aufträge mehr angenommen werden können, da die Entsorgungsproblematik nicht gelöst ist! Sprechen Sie einmal mit den Häuslebauern, deren Bauvorhaben jetzt um viele Tausend Euro teuer wird! Vor diesem Hintergrund finde ich es komplett unangemessen, wenn Sie hier irgendwelche Witzchen machen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Ein weiterer Satz hat mich eben aufhorchen lassen, und zwar ein Satz des geschätzten Kollegen Bosse, den ich gerade nicht sehe. - Doch, da ist er; er winkt mir gerade zu. Vielen Dank.

Herr Kollege Bosse, Sie haben eben gesagt - ich habe vorhin sehr genau zugehört und habe es mir aufgeschrieben -, Styropor sei auf der ganzen Welt verboten. Ich möchte von Ihnen gern wissen, in welchen Ländern Styropor verboten ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -
Volker Bajus [GRÜNE]: Wer macht hier alberne Witze? Hä? Unglaublich!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Hocker. - Herr Kollege Bajus! - Nun hat das Wort für die Landesregierung Herr Umweltminister Wenzel. Bitte!

(Unruhe)

- Moment, bitte, Herr Minister! - Ich darf um Ruhe im Plenarsaal bitten. - Bitte, Herr Minister!

Stefan Wenzel, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Dr. Hocker, eine Argumentation, die sich ein bisschen näher an den Fakten orientiert, würde der Diskussion sicherlich helfen. Ich sehe Ihnen das aber nach, weil Ihre Fraktion auf Bundesebene ja nicht mehr vertreten ist. Von daher - - -

(Dr. Gero Hocker [FDP]: Ein bisschen mehr Fakten haben Sie eben angemahnt, Herr Minister! - Christian Dürr [FDP]: Wollen Sie jetzt polemisieren, oder wollen Sie über Fakten sprechen? - Weitere Zurufe - Unruhe)

- Ja, ja, ich komme noch darauf.

(Dr. Stephan Siemer [CDU]: Polemik hilft da auch nicht weiter!)

- Ich habe nur gesagt: Ich sehe Ihnen das ja nach.

(Zuruf von Dr. Stephan Siemer [CDU])

- Moment, Herr Siemer, hören Sie doch mal zu!

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Keine Dialoge hier vorne! Jetzt hat nur Herr Minister Wenzel das Wort. Ich werde hier erst fortfahren, wenn wieder Ruhe eingekehrt ist.

Stefan Wenzel, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Und Herr Siemer - - -

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Einen Moment noch, bitte, Herr Minister! - Bitte!

Stefan Wenzel, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Vielen Dank.

Herr Siemer, Ihre Fraktion ist ja auch im Bundestag vertreten. Von daher wäre es einmal interessant, zu gucken, wie sich die Bundesregierung verhalten hat, als man festgestellt hat, dass Hexabromcyclododecan als persistenter Stoff einzustufen ist. Mir ist nicht bekannt geworden, dass die Bundesregierung dieser Einstufung widersprochen hat. - Das ist Punkt 1.

(Dr. Stephan Siemer [CDU]: Ist Frau Hendricks nicht Teil der Bundesregierung?)

- Moment, Herr Siemer! Es wäre vielleicht gut, wenn Sie sich einmal informieren würden.

Zum Zweiten sind die Länder für den Vollzug der POP-Verordnung verantwortlich. Wir können nicht einfach sagen: Das setzen wir jetzt nicht um. - Vielmehr müssen wir das umsetzen. Wir haben das auch gemacht.

(Dr. Stephan Siemer [CDU]: Aber fehlerhaft!)

Dazu werde ich noch ausführen.

Damit es jetzt aber beispielsweise bei Hausbesitzern keine Unsicherheiten gibt: Es geht um den Zuschlagsstoff, der in der Vergangenheit Dämmstoffen beigemischt wurde. Dazu gibt es eine Broschüre des Umweltbundesamtes, in der z. B. ausgeführt wird, wie man sich als Hausbesitzer verhalten muss. Dort heißt es beispielsweise:

„Wer in einem Haus mit HBCD-haltigen Dämmplatten wohnt, muss nach heutigem Kenntnisstand bei fachgerechter Anwendung keine negativen Effekte auf seine Gesundheit befürchten.“

Aber: Bei der Entsorgung muss man Sorge tragen, dass diese persistenten Stoffe eben nicht in die Nahrungskette kommen.

(Gabriela König [FDP]: Falsch!)

- Ja, lesen Sie es nach. Ich habe es jetzt nicht in Gänze zitiert, Frau König;

(Gabriela König [FDP]: Trotzdem falsch!)

denn es sind mindestens 30 Seiten, die ich Ihnen hier jetzt nicht zumuten wollte. Ich wollte aber nichts unterschlagen. Ich kann Ihnen die Quelle gern an die Hand geben.

Persistente Stoffe sollen eben nicht in die Nahrungskette gelangen. Deshalb ist hier dafür Sorge getragen worden, dass die bei der Entsorgung zerstört werden. Möglich ist das beispielsweise in Abfallverbrennungsanlagen.

Ich kann Ihnen auch sagen, dass Niedersachsen das erste Bundesland war, das entsprechende Vorkehrungen getroffen und durch entsprechende Erlasse auch dafür gesorgt hat, dass sehr unbürokratisch die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen wurden. Wir erwarten auch, dass die nun genutzt werden - auch von privatwirtschaftlich betriebenen Anlagen - und dass die Verantwortung für die Gewährleistung der Entsorgungssicherheit in den Bereichen schneller wahrgenommen wird, in denen aufgrund früherer, häufig bundesweiter politischer Entscheidungen die öffentliche Abfallentsorgung ersetzt worden ist. Herr Bäumer, auch das ist ein Punkt, den man beachten sollte, wenn man sich mit diesem Thema auseinandersetzt.

(Dr. Stephan Siemer [CDU]: Das hat er sehr sorgfältig getan!)

Ich jedenfalls bin der Auffassung, dass wir hier eine gute Vorsorge getroffen haben. Wir bekommen durchaus auch sehr positive Rückmeldungen aus der Bauwirtschaft, wie ich Ihnen sagen kann. Ich habe sehr wohl auch mit Vertreterinnen und Vertretern der Bauwirtschaft gesprochen. Der Markt und auch die Preise werden sich auf das Niveau, das hier normal und üblich ist, einpendeln. Deswegen freue ich mich auf die Beratungen im Ausschuss; denn ich kann Ihnen versichern, dass sich Niedersachsen hier überhaupt nicht verstecken muss und dass Niedersachsen alles getan hat, um möglichst schnell eine Normalisierung des Marktes zu erreichen.

Ich danke Ihnen herzlich fürs Zuhören.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Dr. Stephan Siemer [CDU]: Also machen Sie nix!)

- Natürlich!

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Die Fraktion der FDP hat für ihren Antrag in der Drucksache 17/6895 beantragt, die zweite Beratung und damit die Entscheidung über den Antrag sofort anzuschließen. Uns wurde signalisiert, dass die Fraktionen bereit sind, dem Wunsch der Antragsteller nach sofortiger Abstimmung über den Antrag zu folgen.

(Zurufe von den GRÜNEN: Nein! Wir widersprechen! - Helge Limburg [GRÜNE]: Nö!)

- Nein. - Aber ich sehe, dass das für die Fraktion der SPD zutrifft, für die CDU hat es Herr Bäumer erklärt - - -

(Zurufe von der SPD: Nein! - Grant Hendrik Tonne [SPD]: Ausschussüberweisung!)

- Alles klar. Das Ganze geht zurück. Es wurde signalisiert, dass die Fraktion der SPD und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen jetzt doch eine Ausschussüberweisung wünschen.

(Dr. Gero Hocker [FDP]: Das ist uns in zehn Jahren nicht passiert!)

Ich komme daher zur Ausschussüberweisung. Dies ist nach unserer Geschäftsordnung mit einem Quorum von 30 Mitgliedern möglich.

Wer der Überweisung in den Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das notwendige Quorum ist erreicht.

Ich rufe jetzt auf den

Tagesordnungspunkt 28:

Erste Beratung:

Reden und Handeln des Boris Pistorius: SPD-Innenminister lassen die Muskeln spielen - In Niedersachsen schwächt der Innenminister die Polizei - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/6898

Zur Einbringung erteile ich Frau Kollegin Jahns das Wort.

(Unruhe)

- Ich darf alle, die der Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht folgen möchten, bitten, den Plenarsaal zu verlassen, sodass wir gleich in Ruhe mit der Beratung beginnen können. - Einen Moment noch, bitte, Frau Jahns! Ich gebe den Kolleginnen und Kollegen noch die Gelegenheit, den Plenarsaal zu verlassen.

Bitte, Frau Kollegin!

Angelika Jahns (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich spreche zu dem von der Präsidentin eben schon angeführten Antrag der CDU-Fraktion „SPD-Innenminister lassen die Muskeln spielen - In Niedersachsen schwächt der Innenminister die Polizei“.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, die Welt hat sich verändert. Deutschland hat sich verändert. In benachbarten europäischen Ländern regieren populistische Parteien und agieren Diktatoren. Einige Länder stehen vor Neuwahlen, die weitere negative Entwicklungen und Rückschritte für die von uns gelebte Demokratie bringen können. Wie es in Amerika weitergeht, ist ebenfalls nicht einzuschätzen.

Deutschland war bisher und ist ein wichtiger und verlässlicher Bündnispartner auch in Sicherheitsfragen. Ein sehr hoher Anteil der Bevölkerung vertraut dem Staat und seinen Sicherheitsbehörden. Unser Grundgesetz und die Einhaltung von Recht und Ordnung sind große Stabilisierungsfaktoren. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, gilt es, zu bewahren.

Vor noch nicht allzu langer Zeit sind wir davon ausgegangen, dass wir von eklatanten Sicherheitsproblemen und Attentaten verschont bleiben. Terrorismus, Salafismus, Ausreisen junger Menschen in Kriegsgebiete - das alles war weit weg. Zwischenzeitlich sind diese Phänomene aber auch in Deutschland und damit natürlich auch in Niedersachsen angekommen. Die Absage des Karnevalumzuges in Braunschweig und des Fußballspiels in Hannover im letzten Jahr sind Ereignisse, die uns als Politik, aber auch den Polizeibeamtinnen und -beamten sowie den Sicherheitsbehörden große Sorgen bereiten. Auch die breite Bevölkerung ist natürlich dadurch verunsichert.

Gerade war in einigen Presseartikeln zu lesen, dass Sie, Herr Innenminister Pistorius, bekannt gegeben haben, dass es noch immer keine Klarheit über die Hintergründe zur Terrorwarnung bezüglich des abgesagten Länderspiels gibt.

Neue Formen der Kriminalität und Gewalt rufen Entsetzen hervor, wie z. B. das sogenannte Grapschen oder die Tat vom letzten Wochenende, die in ihrer Grausamkeit und Brutalität eine Dimension angenommen hat, die es aufs Schärfste zu verurteilen gilt: Ein Mann bindet seine ehemalige Partnerin mit einem Seil hinter sein Auto und schleift sie durch die Stadt. - Was ist das für ein Frauenbild, das dahintersteckt!

(Björn Thümler [CDU]: Ganz schlimm!)

Das darf es in unserem Land nicht noch einmal geben - so etwas darf in Niedersachsen nie wieder passieren.

(Zustimmung bei der CDU - Petra Emmerich-Kopatsch [SPD]: Wie will man das denn verhindern?)

Deshalb gilt es, mit allen Kräften und notwendigen Maßnahmen die Sicherheit zu verstärken, die vorhandenen Gesetze anzuwenden und, da, wo es notwendig ist, sie zu verschärfen. Nur dann können unsere Sicherheit und Freiheit gewährleistet werden. Dafür trägt der Innenminister dieses Landes einen Großteil der Verantwortung.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich frage Sie: Warum entscheiden sich viele Menschen für Deutschland? Warum wollen sie hier leben und hoffen hier auf Frieden? - Weil wir als vorbildlich gelten in den Bereichen Demokratie und Meinungsfreiheit, Schule und Ausbildung und vielem mehr. Aber vor allem auch die Bereiche innere Sicherheit und Einhaltung der Gesetze wurden bisher als sehr positiv wahrgenommen. Das dürfen

wir nicht aufs Spiel setzen durch falsch verstandene Toleranz oder Inkonsequenz und eine Schwächung der Sicherheitsbehörden, wie das gegenwärtig in Niedersachsen passiert.

Damit komme ich zum Punkt: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, die SPD-Innenminister haben sich in einer Tagung Anfang dieses Monats dafür ausgesprochen, die Sicherheit zu stärken, um unsere Freiheit zu bewahren. In ihrer Erklärung hierzu greifen sie viele Punkte auf, die der Bundesinnenminister in einem Maßnahmenpaket - z. B. zur Terrorismusbekämpfung, aber auch im Rahmen der Verschärfung der Asylgesetze - vorgegeben hat und die die CDU-Innenminister bereits im August aufgegriffen haben. Sie tragen dafür Sorge, dass sie in ihren Ländern auch umgesetzt werden.

(Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann übernimmt den Vorsitz)

Leider setzt der Innenminister in Niedersachsen aber z. B. die Residenzpflicht nicht um. Abschiebungen werden in Niedersachsen nur verhalten durchgeführt. Hier setzt man stattdessen auf die freiwillige Rückkehr. Das ist zwar auch ein Instrument; es entlastet aber die Kommunen letztendlich nicht genug.

Niedersachsen mit seiner rot-grünen Landesregierung schießt mal wieder quer. Statt sich wie die anderen Länder darum zu bemühen, das Vertrauen in die innere Sicherheit wieder zu stärken und Verlässlichkeit, Konsequenz und Solidität in Staat und Sicherheitsbehörden zu bringen, macht der Innenminister genau das Gegenteil.

Herr Minister Pistorius, sonst ist bei besonderen Ereignissen ihr lauter Ruf sogar auf Bundesebene zu hören. Nach der Tagung der SPD-Innenminister suchte man aber in den Medien vergeblich nach der Reaktion aus Niedersachsen, dass auch Sie endlich eine Kurskorrektur in der Sicherheitspolitik anstreben.

(Beifall bei der CDU)

Gerade vor dem Hintergrund, dass Niedersachsen z. B. mit der Terrorismusentwicklung oder der steigenden Einbruchskriminalität zu kämpfen hat, hätte man auf konkrete Vorschläge des Innenministers gewartet. Statt hier Aktivitäten zu entwickeln und sich den eigenen Kollegen anzuschließen, werden aber in Niedersachsen die Sicherheitsbehörden geknebelt und den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten immer mehr Knüppel zwischen die Beine geworfen.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Was sind denn das für unangemessene Bilder!)

Auch die Kritik und die öffentlich zur Sprache gebrachten Sorgen der kommunalen Spitzenverbände und der Polizeigewerkschaften werden ignoriert und mit Füßen getreten.

Ich will Ihnen einige Beispiele nennen.

Fangen wir mit dem Polizeigesetz an: Der Begriff „öffentliche Ordnung“ soll gestrichen werden,

(Helge Limburg [GRÜNE]: Sehr gut!)

obwohl die kommunalen Spitzenverbände und Polizeigewerkschaften dies als wichtiges Instrument ansehen, um z. B. in den Städten gegen aggressive Bettler oder gegen Alkoholkonsum im öffentlichen Bereich vorgehen zu können.

(Zustimmung bei der CDU)

Aber das interessiert den Innenminister wenig. Er nimmt den Ordnungskräften dieses wichtige Instrument. Der *Rundblick* stellt hierzu sehr treffend fest: Ordnungshüter müssen dann erst überlegen, nach welchen Rechtsgrundlagen sie einschreiten können.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Das machen die aber immer! Das ist so in einem Rechtsstaat!)

Diese Gesetzesänderung ist zwar möglich, aber zu welchem Preis!

Kleine Randbemerkung: Auch das Versammlungsrecht soll geändert werden. Diejenigen, die eine Demonstration anmelden, brauchen künftig nicht mehr ihren Geburtsnamen und ihre Anschrift anzugeben. Damit öffnet man der Nutzung von Fantasienamen Tür und Tor.

Rot-Grün erklärt auf die Kritik der Polizeivertreter und Kommunen, wie dann die Absprachen mit den Anmeldenden funktionieren sollen: Hier könnten sie ja ordnungsrechtlich vorgehen. - Aussage im Innenausschuss!

Andererseits schaffen Sie den Ordnungsbegriff ab.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Aber nicht das Ordnungsrecht! Das Ordnungswidrigkeitengesetz ist Bundesrecht! Das können wir gar nicht abschaffen!)

Man glaubt es nicht: Der Innenminister greift auch hier nicht ein.

Dafür wird eine Stelle für Beschwerden gegen die Polizei eingerichtet, und die Einführung der Kennzeichnungspflicht ist beabsichtigt - ich bitte um Aufmerksamkeit -, und zwar wegen Fehlverhaltens der Polizisten, meine Damen und Herren,

(Gerald Heere [GRÜNE]: Ein bisschen Anstand bei der Argumentation, Frau Jahns!)

wie in einigen Statements der Grünen Jugend sowie der Jusos zu lesen ist.

(Björn Thümler [CDU]: Was! Herr Limburg!)

Das muss man sich wirklich mal auf der Zunge zergehen lassen.

Die Grünen schlagen vor, die Pferde- und Hundestaffeln abzuschaffen, weil ja die Demonstranten oder Fußballfans Angst vor den Tieren haben könnten.

(Björn Thümler [CDU]: Sollen sie ja auch!)

Herr Innenminister Pistorius, fragen Sie mal die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, ob die Tiere zur Deeskalation beitragen können oder ob die Hooligans oder Randalierer geschützt werden müssen. - Schützen Sie Ihre Beamten! Die Gewalt gerade bei Fußballspielen ist nicht mehr hinzunehmen. Die Respektlosigkeit gegenüber den Beamtinnen und Beamten wird immer größer, genauso wie die Handgreiflichkeiten gegenüber dem Sicherheitspersonal. Die Fehlentscheidungen dieser Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen in Sicherheitsfragen sind mittlerweile ein großes Risiko für dieses Land.

Der Gipfel Ihrer Fehlentscheidungen, Herr Innenminister, ist allerdings die Anweisung, dass vor und nach Polizeieinsätzen das Pfefferspray gewogen werden muss. Herr Minister Pistorius, machen Sie diesem Irrsinn der Vorgaben für und gegen die Polizei ein Ende!

(Beifall bei der CDU)

Erschweren Sie Ihren hoch motivierten Kräften nicht mit solch einem Tohuwabohu die Arbeit!

(Björn Thümler [CDU]: Genau! - Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Worüber beschweren sich die Polizeigewerkschaften eigentlich gerade?)

Es gibt aber auch noch anderen Bereiche, in denen Niedersachsen längst weiter sein könnte. Der Einsatz von Bodycams zieht sich hin. Sorgen Sie

dafür, Herr Innenminister, dass die Ausstattung der Polizei angepasst wird und die Beamten besser geschützt werden!

(Zustimmung bei der CDU)

Auch der Einsatz der Prognosesoftware zur Einbruchskriminalität hätte in Niedersachsen bereits erfolgt sein können. Auch wenn Sie, Herr Innenminister, der Ansicht sind, dass Ihr damals modellhaft ausprobiertes Programm nicht zielführend war - es gibt in anderen Ländern bereits gute Erfolge damit. Bei einem entsprechenden Einsatz könnten Sie endlich positive Zahlen bei der Aufklärung bzw. Verhinderung von Einbruchdelikten vermelden wie andere Länder auch.

Gerade auch für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger, für die Opfer, die manchmal jahrelang psychische Probleme haben, würde dies eine Stärkung des Sicherheitsgefühls bedeuten. Nehmen Sie sich die Empfehlungen Ihrer SPD-Kollegen zu Herzen, und knicken Sie nicht immer wieder vor Ihrem grünen Koalitionspartner in Fragen der inneren Sicherheit ein! Wir brauchen ein sicheres Niedersachsen.

Aber auch in der Terrorismusbekämpfung sieht es mau aus. Die vorhandenen Angebote aus den Zeiten der CDU/FDP-Regierung, wie z. B. NEIS, haben Sie sofort aufgelöst. Die Broschüre „Islamismus“ mit einem klaren Handlungskonzept zur Antiradikalisierung haben Sie eingestampft. Das Programm „Verfassungsschutz macht Schule“ war bei Ihnen verpönt. Mittlerweile müssen Sie erkennen, dass sich Niedersachsen zu einer Hochburg der Ausreisen entwickelt hat. Herr Minister Pistorius, Sie haben fast vier Jahre gebraucht, um die Kompetenzstelle zur Islamismusprävention einzurichten. Auch der Verein beRATen hat erst im letzten Jahr seine Arbeit aufgenommen.

Bei der Diskussion zur Vollverschleierung der Schülerin in Belm haben Sie vorgestern - am Tag der Diskussion! - mitgeteilt, einen Erlass an die Kommunen zum Umgang mit Koranständen und der „Lies!“-Verteilaktion geschickt zu haben. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt! Es lässt tief blicken, dass gerade am Tag der Landtagsdebatte dieser Erlass herausgegeben wird; denn dieses Thema beschäftigt den Innen- und Verfassungsschutzbereich seit langer Zeit. Also auch hier viel zu spätes Handeln, Herr Minister!

Auch beim Thema Verfassungsschutz gibt es erhebliche Defizite und Fehleinschätzungen. Herr Innenminister Pistorius, im Zusammenhang mit

den Speicherungen von Minderjährigen mussten Sie durch die Messerattacke auf den Polizisten in Hannover zur Kenntnis nehmen, dass es eben auch jüngere Täterinnen und Täter geben kann.

Weil es immer wieder im Rahmen von Themen der inneren Sicherheit, insbesondere aber zur Terrorismusszene in Niedersachsen, an Transparenz und Information durch das Innenministerium mangelt, mussten wir als sozusagen letztes Mittel zu einem Untersuchungsausschuss greifen. Da wird dann durch Herrn Innenminister Pistorius und sein Ministerium in den Polizeiinspektionen verbreitet, dass ein hohes Maß an Aktenmaterial zusammengestellt werden müsse. Dies lähme natürlich den normalen Arbeitsalltag der Polizeibehörden. In Wirklichkeit aber veranlassen Sie, Herr Minister, dass zwischenzeitlich mehr als 200 Mitarbeiter an Zeugenschulungsmaßnahmen teilnehmen mussten, damit sie als Zeugen nichts Falsches aussagen können.

(Beifall bei der CDU)

Dieser Kosten- und Personalaufwand, meine Damen und Herren, ist unverantwortlich,

(Petra Tiemann [SPD]: Ihr macht doch die Zeugen fertig!)

zumal viele dieser Personen überhaupt nicht als Zeugen infrage kommen.

(Jörg Bode [FDP]: Genau!)

Das, meine Damen und Herren, ist Verschwendung von Kosten und Arbeitskapazität.

(Beifall bei der CDU - Petra Tiemann [SPD]: Wer will denn die Zeugenliste haben? Sie! Wie kann man denn das so verdrehen? Ihr streut Misstrauen!)

Apropos Zeugenaussagen. Diese blockieren Sie, wo es nur geht. Das schafft kein Vertrauen und ist kein guter Stil.

(Petra Tiemann [SPD]: Ihr schafft kein Vertrauen!)

Meine Damen und Herren, die Liste von Defiziten im Bereich der inneren Sicherheit in Niedersachsen ließe sich noch lange fortführen. Da kann man nur sagen: Pleiten, Pech und Pannen. - Es gab Ermittlungsfehler bei den RAF-Überfällen, beim Mord im Kloster-Fall, bei der Auslesung der Handys der 15-jährigen Schülerin usw. usf.

Bitte schließen sie sich endlich der Kurskorrektur Ihrer Kollegen an, und schaffen Sie wieder Vertrauen in den Sicherheitsapparat!

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Frau Kollegin, kommen Sie jetzt zu Ihrem Schlusssatz!

Angelika Jahns (CDU):

Ja.

Intensivieren Sie Cyberermittlungen gegen extremistische Propaganda in sozialen Netzwerken! Ermöglichen Sie auch die Quellen-TKÜ!

(Jörg Bode [FDP]: Was?)

Unterstützen Sie Sensibilisierung gegen Extremismus!

Meine Damen und Herren! Herr Minister Pistorius, Sie haben vor Kurzem von einer neuen Fehlerkultur innerhalb der Polizei gesprochen.

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Frau Kollegin, Sie müssen Ihre Rede jetzt beenden. Sie haben über eine Minute überzogen.

Angelika Jahns (CDU):

Daran werden auch Sie sich an der Spitze des Ministeriums und als Dienstherr messen lassen müssen. Wir werden Sie daran messen!

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Frau Jahns. - Es hat jetzt das Wort für die SPD-Fraktion Kollege Karsten Becker.

(Petra Tiemann [SPD] und Michael Höntsch [SPD]: Jetzt kommt Qualität!)

Karsten Becker (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! In der vorvergangenen Woche ist der Begriff „post-truth politics“ von der Redaktion der *Oxford Dictionaries* zum internationalen Wort des Jahres gewählt worden. Der Begriff zielt auf die Qualität der politischen Debatte und beschreibt einen politischen Diskurs, in dem die Wahrheit keine Rolle mehr spielt, weil einzelne Protagonisten darauf beharren, ihre gefühlte Wahrheit stimme zwar nicht mit den Fakten überein, aber diese Fakten seien auch gar keine Fakten, sondern das Konstrukt von Politik, Wissenschaft, Presse oder der Wirtschaft. Ich gehe davon aus, die Liste ließe sich fortsetzen.

Zu diesem Begriff gibt es auch eine deutsche Entsprechung: postfaktische Politik. Maßgeblichen Anteil an dessen Verbreitung schreibt *Die Welt* der CDU-Bundesvorsitzenden Dr. Angela Merkel zu. Sie soll den Begriff im September des Jahres in einer Rede zur Erklärung von schlechten Wahlergebnissen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern verwendet haben.

Das mag so sein, meine Damen und Herren. Leider enthält uns der Autor die Auskunft darüber vor, welcher Impuls oder welche persönliche Erfahrung Frau Merkel zu der Verwendung dieses Begriffes geführt haben mag. Möglicherweise hat man ihr das nur so aufgeschrieben. Vielleicht hat sie sich aber auch einfach in den Gliederungen ihrer eigenen Organisationen umgesehen, und vielleicht ist ihr mehr oder weniger geneigte Blick dabei auf die CDU-Landtagsfraktion hier, in diesem Hause, gefallen.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Da wäre sie auch fündig geworden, meine Damen und Herren!

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

So etwas von fakten- und wahrheitsfreien Behauptungen, liebe Frau Jahns, wie Sie sie eben gerade in unserer Debatte über die innere Sicherheit angeführt haben, ist sogar in diesem Parlament selten.

(Angelika Jahns [CDU]: Das ist alles belegbar! - Gegenruf von Petra Tiemann [SPD]: Davon ist aber auch nichts belegbar!)

Das haben gestern auch Ihre Fragestellerinnen und Frager in der Aktuellen Stunde noch einmal getoppt. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: So ist es!)

Frau Jahns, erkennbar keinerlei Kenntnisnahme von der niedrigsten Kriminalitätsopferquote, die dieses Land jemals gesehen hat. Keinerlei Anerkennung, dass die Gesamtzahl der Straftaten in den vergangenen Jahren um knapp 6 % gesunken ist, und kein Wort darüber, dass die niedersächsische Polizei, stabil wiederkehrend, eine der bundesweit höchsten Aufklärungsquoten erarbeitet.

Stattdessen legen Sie hier einen Antrag vor, in dem Sie mehr oder weniger subtil versuchen, eine

Vergleichbarkeit der Ergebnisse der A- und B-Länder-Konferenz herzustellen, indem Sie behaupten, die SPD habe zahlreiche Forderungen der CDU-Innenpolitiker übernommen. Frau Jahns, wie groß muss Ihre Not eigentlich sein?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es gibt keine Vergleichbarkeit der Beschlüsse der SPD- und CDU-Innenminister im Gesamtkontext der Ausführungen. Die Berliner Erklärung der CDU-Innenminister ist eine bloße Ansammlung überwiegend populistischer Repressionsmaßnahmen, denen jegliche Ausgewogenheit fehlt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das Konzept der SPD-Innenminister setzt dagegen auf eine ganzheitliche Strategie, auf einen Dreiklang aus Repression, Prävention und Ausstiegshilfen.

(Angelika Jahns [CDU]: Und Niedersachsen trägt dazu nichts bei!)

Sie, meine Damen und Herren von der CDU, wollen - das haben Sie hier auch wiederholt vorgetragen - mehr Daten, mehr Videokameras, umfangreichere Gefährderdateien, schnellere Abschiebungen, ein Verbot der Vollverschleierung und einen Prüfvorbehalt für die doppelte Staatsbürgerschaft.

(Zustimmung bei der CDU - Angelika Jahns [CDU]: Das möchte auch die Bevölkerung!)

- Frau Jahns, dafür gibt es einen Preis! Der Preis ist die Einschränkung unserer individuellen Freiheitsrechte und ein kaum bemessbarer Schaden für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. - Dieser Schaden ist hoch,

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

und der Nutzen ist, soweit überhaupt ersichtlich, ausgesprochen beschränkt.

Meine Damen und Herren, solange Bildungssystem, Sozialarbeit und öffentlicher Diskurs nicht dafür sorgen, dass demokratische Haltung und demokratisches Handeln konsequent und selbstbewusst vermittelt werden, arbeiten sich unsere Sicherheitsbehörden lediglich an den gesellschaftspolitischen Symptomen ab.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir, die rot-grüne Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen, mussten die Instrumente für die demokratische Bildung in Niedersachsen, bei der Sie Kahlschlagpolitik betrieben haben, doch erst wieder aufbauen. Wir haben die Landeszentrale für politische Bildung jetzt wieder ins Werk gesetzt, nachdem Sie sie abgeschafft hatten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Ulf Thiele [CDU]: Wir haben die Landeszentrale abgeschafft, aber doch nicht die politische Bildung!)

Darum, meine Damen und Herren von der CDU, sind Sie noch meilenweit von einer Position entfernt, in der Sie uns glaubwürdig Ratschläge geben könnten.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Das stimmt!)

Meine Damen und Herren von der CDU, diese billige Kampagne wird Sie nicht weit bringen. Innere Sicherheit ist ein wesentlicher Schwerpunkt dieser rot-grünen Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen.

(Zuruf von der CDU: Um Gottes willen!)

Die Kennzahlen bestätigen die Sicherheit im Land. Diese rot-grüne Landesregierung wird nicht aufhören, die Sicherheitsstruktur, die gesetzlichen Grundlagen und die sächliche und personelle Ausstattung der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten weiterzuentwickeln.

(Jörg Hillmer [CDU]: Fangen Sie doch einmal damit an!)

Insofern gibt es für uns auch gar nichts umzudenken - jedenfalls nicht auf der Grundlage Ihrer unausgegorenen Vorschläge.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von der CDU, wir haben hinter Ihnen aufgeräumt. Wir haben mit unseren Stellenhebungen dafür gesorgt, dass die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten wieder eine berufliche Karriereperspektive haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir haben mit einem kontinuierlichen Aufwuchs gut ausgebildeter Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten für den aktuellen Höchststand der Polizistenzahlen seit Gründung dieses Landes gesorgt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir haben dafür gesorgt, dass die sozialen Standards des Polizeiberufs wieder auf ein angemessenes Niveau gehoben werden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir haben die technische Ausstattung der Polizei auf ein zeitgemäßes Niveau verbessert,

(Widerspruch bei der CDU)

und wir haben damit begonnen, die maroden Dienstgebäude zu sanieren.

(Petra Tiemann [SPD]: Genau so ist es!)

Wir haben die von Ihnen verweigerte Vergütung der Überstunden für die Castortransporte ausgeglichen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir haben dafür gesorgt, dass die Polizei wieder Vertrauen in ihre Führung gefasst hat. Und wir werden die Heilfürsorge wieder einführen und die Vergütung für den Dienst zu ungünstigen Zeiten erhöhen. Wir haben dafür gesorgt, dass wir heute eine Polizei haben, die wieder weiß, dass ihre Leistung anerkannt wird, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie haben am allerwenigsten Grund, sich in eine Rolle zu drängen, in der Sie uns Ratschläge erteilen könnten, was als Nächstes unternommen werden soll; denn dass Sie das nicht können, meine Damen und Herren von der CDU, das haben Sie in Ihrer Regierungszeit praktisch nachgewiesen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker Beifall bei der SPD und Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Becker. - Für die FDP-Fraktion hat jetzt der Kollege Jan-Christoph Oetjen das Wort.

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Becker, der CDU

hier wahrheitsfreie Behauptungen zu unterstellen, ist wirklich ein starkes Stück.

(Grant Hendrik Tonne [SPD]: Das ist zutreffend!)

- Das zeigt, wie weit Sie Herr Kollege Tonne, von der Wirklichkeit, die die Menschen in diesem Land täglich erleben, entfernt sind.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir hatten neulich im Ausschuss eine Anhörung zum Thema Einbruchskriminalität. Die Einbruchskriminalität steigt in Niedersachsen deutlich an. Hunderte und Tausende von Menschen in Niedersachsen werden jedes Jahr Opfer dieser Einbruchskriminalität. Die prozentualen Steigerungen sind dramatisch.

(Angelika Jahns [CDU]: Nach den Worten des Ministers gibt es eine Steigerung um 13 %!)

Das ist in der Tat ein bundesweites Phänomen. Darauf weist der Minister dann immer hin. Nur, dass Sie darauf reagieren, verehrte Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, ist überhaupt nicht zu erkennen. Wir von der FDP - die Kollegen von der CDU genauso - weisen seit Jahren auf die Dynamik in diesem Bereich hin, machen eigene, konkrete Vorschläge, wie wir die Situation verbessern können, wie wir es schaffen können, die Menschen vor Einbrüchen zu schützen, aber vor allen Dingen auch, wie wir es schaffen können, diejenigen, die Einbruchsdelikte begehen, tatsächlich zu fassen und ihnen dann auch den Prozess zu machen.

Dazu hatten wir eine Anhörung im Ausschuss. Herr Kollege Becker, Sie werden sich erinnern. Das Kriminologische Forschungsinstitut hat beispielsweise gesagt, dass die Vorschläge, die in dem Fall von unserer Fraktion eingebracht wurden, sehr dazu geeignet sind, die Aufklärungsquote im Bereich der Einbruchskriminalität tatsächlich zu verbessern. Als die Anträge wieder auf der Tagesordnung waren, haben Sie gesagt: Okay, lasst uns heute bitte noch nicht darüber abstimmen; wir schreiben an einem eigenen Änderungsvorschlag; wir sehen ja auch, dass wir hier Verbesserungsbedarf haben. - Aber bis heute liegt dieser Änderungsvorschlag nicht vor.

(Angelika Jahns [CDU]: Genau! Lang ist das her!)

Es herrscht Funkstille bei SPD und Grünen in der Frage der Einbruchskriminalität. Das ist drama-

tisch, verehrte Kolleginnen und Kollegen, und das merken die Menschen im Land.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Sehr geehrter Herr Kollege Becker, der CDU vorzuwerfen, von der Realität abgekoppelt zu sein, ist wirklich eine schlimme Unterstellung und zeigt, wie weit Sie von den Menschen weg sind.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Haben Sie die Rede eben gehört?)

Im Übrigen haben Sie hier mit keiner Silbe gesagt, ob die regierungstragenden Fraktionen in diesem Hause die Forderungen, die von den SPD-Innenministern formuliert worden sind, unterstützen. Dazu kam hier keine Aussage. Wir müssen also davon ausgehen, dass es möglicherweise weiterhin einen Dissens zwischen SPD und Grünen in dieser Frage gibt, der nur zu einem führt: dass Sie in Fragen der inneren Sicherheit handlungsunfähig sind, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Seit Jahren sagen wir Ihnen beispielsweise ganz konkret, dass wir mehr Polizisten in diesem Land brauchen. Sie antworten dann immer darauf: Wir haben die höchste Kopfzahl in der Geschichte des Landes.

(Angelika Jahns [CDU]: Dank unserer Vorleistungen!)

Aber wir müssen doch die Anzahl der Vollzeiteneinheiten dauerhaft erhöhen. Wir wollen, dass 1 000 Polizisten mehr dauerhaft im Dienst sind, um die Sicherheit in diesem Lande zu erhöhen, und Sie sagen ganz klar: Das wollen wir nicht; wir stellen zwar jetzt ein paar mehr ein, aber die werden in ein paar Jahren durch die Pensionierungszahlen wieder abgebaut werden. - Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn wir die öffentliche Sicherheit in diesem Land stärken wollen, dann brauchen wir mehr Polizisten, die diese Aufgabe ganz konkret wahrnehmen. CDU und FDP schlagen es in den Haushaltsanträgen immer wieder vor, und Sie lehnen das immer wieder ab.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Auch im Bereich der Terrorabwehr gibt es konkrete Vorschläge gerade auch von uns Freien Demokraten. Christian Lindner hat neulich das Thema europäisches FBI wieder in die Debatte eingebracht. Wir brauchen die Zusammenarbeit der europäischen Länder; denn wir wissen, dass der Terror an den Staatsgrenzen nicht haltmacht. Hier brauchen

wir konkrete Änderungen, damit wir auch dem internationalen Terrorismus beikommen können. Hierzu liegen konkrete Vorschläge, gerade auch von den Freien Demokraten, vor. Bitte handeln Sie endlich. Das sind Sie den Menschen in diesem Land schuldig.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Oetjen. - Jetzt hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Frau Abgeordnete Meta Janssen-Kucz das Wort.

Meta Janssen-Kucz (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Einstieg war, finde ich, gruselig. Das war ein wildes Sammelsurium. Es gab Unterstellungen. Ich fand, es war einiges falsch. Ich will auch sagen: Es war billiger Populismus dabei. Wenn Sie so Innenpolitik machen wollen, kann ich nur sagen: Gute Nacht!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lieber Kollege Oetjen, in Sachen Einbruchskriminalität ist keine Funkstille. Der Antrag ist in Arbeit, wird Ihnen zeitnah zugestellt werden, und dann steigen wir gemeinsam, mit Ihren Anträgen, mit den Ergebnissen der Anhörungen, in die weitere Beratung ein. Gut Ding will Weile haben. Schnellschüsse bringen absolut nichts an der Stelle.

(Beifall bei den GRÜNEN - Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Seit drei Jahren diskutieren wir darüber!)

Ich glaube, es ist sehr deutlich geworden, dass wir seit Beginn der Regierungsübernahme laufend die Arbeitssituation der Polizei verbessert haben. Wir haben hinter Ihnen hergeräumt. Fakt ist - wenn Sie es immer noch nicht glauben, schauen Sie in den Haushalt -: Wir hatten noch nie so viel Beschäftigte in der Polizei, noch nie so viele Polizeianwärter. Wir haben ein umfangreiches Stellenhebungsprogramm auf den Weg gebracht. Über die Abschaffung der A-11-er will ich gar nicht sprechen. Wir verbessern jetzt den Dienst zu ungünstigen Zeiten. Wir haben die Überstunden im Zusammenhang mit den Castor-Transporten ausgeglichen. Die Heilfürsorge kommt wieder. Und was ich am wichtigsten finde: Alle kannten den in Teilen maroden Zustand vom Fuhrpark bis zu den Dienstgebäuden und auch der Polizeiinspektionen. Alles das wird jetzt laufend modernisiert. Auch die Tablets gehören zu unserem Modernisierungsprogramm.

Heute Morgen wurde in der Fragestunde sehr deutlich, was alles auf dem Weg ist. Wir bringen notwendige Infrastruktur zur Verbesserung der inneren Sicherheit auf den Weg. - Das ist der eine Punkt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der zweite Punkt ist: Niedersachsen hat gerade im Bereich der Prävention - diesen sprechen Sie gar nicht an, Frau Jahns - bundesweit eine Vorreiterrolle eingenommen. Wir haben auf Initiative der Grünen die Dokumentationsstelle zur Erforschung von menschen- und demokratiefeindlichen Bestrebungen, das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, das Aussteigerprogramm „Neustart“ für Rechtsextreme und Islamisten sowie die Beratungsstelle zur Prävention gegen neo-salafistische Radikalisierung, „beRATen“, eingerichtet. Unser Ziel ist es, die Spirale von Radikalisierung und Gewalt zu durchbrechen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Rot-Grün beherrscht gemeinsam sehr wohl den Dreiklang von Repression, Prävention und Ausstiegshilfen, was rechtsextreme oder radikale religiöse Entwicklungen angeht.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Richtig!)

Ich glaube, Sie können noch einiges von uns lernen und sollten nicht immer nur nach Repression schreien. Sie sollten einfach einmal ehrlich sein. Wenn man sich Ihre politischen Initiativen anschaut, so ist da nicht viel Substanz. Ich habe wenig gefunden.

Ich könnte auch einiges zu Ihrer Mitarbeit in den Ausschüssen sagen, zu Ihrer Art, jeden kleinen Zeitungsartikel als Anlass für eine Unterrichtung zu nutzen. Manchmal hilft es, die Spreu vom Weizen zu trennen. Die Suppe, die Sie heute hier gekocht haben, war mehr als ungenießbar.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, der CDU in Niedersachsen geht es nicht um mehr innere Sicherheit. Ihnen geht es um Scharfmacherei.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Richtig!)

Sie überbieten sich laufend mit Forderungen nach Repression, nach der Erhöhung des Strafrahmens, nach unkontrollierter Videoüberwachung, nach dem Abruf von allen möglichen persönlichen Kommunikationsdaten. Die reine Verschärfung von

Strafen hat aber keinen oder nur einen minimalen Effekt.

Werfen Sie doch einmal einen Blick in die USA. Die Strafen sind dort drakonisch, aber im Ergebnis sind 2,3 Millionen Menschen eingesperrt und die Kriminalitätsprobleme nicht gelöst.

(Beifall bei den GRÜNEN - Helge Limburg [GRÜNE]: Richtig!)

Notwendig ist doch eine genaue Analyse, vor allem um durch kluge Präventionsmaßnahmen Straftaten zu verhindern.

Meine Damen und Herren, Sie unterstellen uns immer gern, dass wir ein Misstrauen gegenüber der Polizei hätten. Ich will Ihnen aber etwas sagen: Sie sind es, die scheinbar ein Grundmisstrauen gegen alle Bürgerinnen und Bürger hegen und daher laufend nach Strafverschärfung, nach mehr Überwachung, oftmals ohne Rücksicht auf die Rechtslage und den Datenschutz, rufen und schreien. Ihr Misstrauen den Bürgern gegenüber ist einfach fatal.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD - Angelika Jahns [CDU]: Das ist eine Frechheit!)

- Das ist keine Frechheit, Frau Jahns.

Interessant ist, dass sich die CDU jetzt plötzlich auch noch hinter die Forderung der SPD-Innenminister stellt.

(Angelika Jahns [CDU]: Weil wir das gut finden!)

- Frau Jahns, ich glaube, da sind noch sehr große Unterschiede zwischen CDU und SPD. Oder läuten Sie gerade von hinten herum eine Kehrtwende ein? Das wäre vielleicht zu begrüßen.

(Zuruf von Angelika Jahns [CDU])

Sie sind de facto nicht in der Lage, hier eine eigenständige innenpolitische Position zu vertreten.

(Angelika Jahns [CDU] lacht)

Und jetzt bringen Sie die Norderstedter Erklärung als CDU-Antrag ein.

(Zuruf von Angelika Jahns [CDU])

Meine Damen und Herren, im Mittelpunkt von rot-grüner Innenpolitik stehen die Grund- und Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger.

(Zuruf von Angelika Jahns [CDU])

Wir teilen das Sicherheitsbedürfnis der Menschen, aber wir erteilen Ihrem Wettbewerb nach immer schärferen Strafen eine klare Absage. Wir haben da keinen Dissens. Ich wünsche Ihnen viel Spaß mit Ihrem Sektierertum.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen nicht vor. Damit ist der Antrag eingebracht und beraten.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung.

Der Ausschuss für Inneres und Sport soll sich mit diesem Entschließungsantrag befassen. Wer das unterstützt, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist nach der Geschäftsordnung ausreichend unterstützt.

Wir kommen damit zu dem für heute nach der Tagesordnung letzten Tagesordnungspunkt. Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 29:

Erste Beratung:

Die niedersächsische Oberschule - Erfolgsmodell mit Zukunft - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/6899

Zur Einbringung erhält für die CDU-Fraktion der Kollege Kai Seefried das Wort. Bitte, Herr Kollege!

Kai Seefried (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Heute, fünf Jahre nach der Einführung der neuen niedersächsischen Oberschule, gibt es in unserem Land mehr Oberschulen als Gymnasien. Nach den Gymnasien werden auf der Oberschule die meisten Schülerinnen und Schüler in Niedersachsen unterrichtet. Nahezu geräuschlos hat die Oberschule in Niedersachsen alle bildungspolitischen Themen, Veränderungen, aber auch immer wieder neue Herausforderungen gemeistert.

Heute, fünf Jahre nach Einführung der Oberschule in Niedersachsen, kann man also feststellen: Die niedersächsische Oberschule ist ein Erfolgsmodell mit Zukunft.

(Zustimmung bei der CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Oberschule wurde im Schuljahr 2011/2012, aufsteigend, eingeführt. In diesem Jahr 2016 haben jetzt die ersten Schülerinnen und Schüler an dieser Schule ihren Abschluss erworben. Gestartet sind wir damals mit 130 Oberschulen. Heute sind es inzwischen fast 280 Oberschulen.

Betrachtet man die Schülerzahlen, so besuchen derzeit rund 93 000 Schülerinnen und Schüler in Niedersachsen eine Oberschule in den Schuljahren 5 bis 10. In den gleichen Jahrgängen der Gymnasien befinden sich rund 150 000 Schülerinnen und Schüler. 21,7 % eines Jahrgangs wechseln nach der Grundschule auf eine Oberschule. Somit kann man heute auch feststellen: Nach den Gymnasien ist die Oberschule die beliebteste Schulform in Niedersachsen.

(Glocke des Präsidenten)

Was an den Oberschulen besonders auffällt - ich habe es eben beschrieben -, ist, dass sie nahezu geräuschlos alle Veränderungen, die auf sie zugekommen sind, bewältigt haben.

(Unruhe)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Das Stichwort „geräuschlos“ veranlasst mich, Sie um Verständnis zu bitten, dass ich Sie unterbreche. Das ist nicht geräuschlos - hier im Saal zumindest nicht. Die Geräuschlosigkeit sollten wir herstellen, damit Herr Seefried alle lauschen können.

Wir setzen erst dann fort. Herr Siebels, ich meine auch Sie. Gespräche am Rande stören. Und Herr Schwarz, bitte auch nicht an der Regierungsbank. - So, Herr Seefried, bitte!

Kai Seefried (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident.

Was an den Oberschulen besonders auffällt, ist, wie geräuschlos und unauffällig sie ihre Arbeit machen bzw. die neuen Herausforderungen in Niedersachsen angenommen haben.

Wir wissen heute, dass die Oberschule am meisten Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf beschult, dass wir an den Oberschulen aufgrund der Flüchtlingskrise die größte Bündelung von Schülerinnen und Schülern mit den entsprechenden Herausforderungen, wie nicht deutscher Herkunftssprache, haben und dass zeitgleich zu all diesen Herausforderungen

die Oberschule im Durchschnitt aller Schulformen eine besonders geringe Unterrichtsversorgung hat.

Wenn man all diese Rahmenbedingungen sieht - die zusätzlichen Aufgaben und die schlechte Unterrichtsversorgung -, ist es heute ein entscheidender Tag, denjenigen, die dafür sorgen, dass diese Schulform so erfolgreich ist, nämlich den Schulleitungen und den Lehrkräften, einen ganz besonders großen Dank für ihre Arbeit auszusprechen.

(Beifall bei der CDU)

Die Oberschulen sind aber auch deshalb so erfolgreich und können auch deshalb so gut diese Aufgaben meistern, weil sie vor allem eines sind: Sie sollen flexibel sein. Man soll vor Ort die Möglichkeit haben, auf Entwicklungen reagieren zu können. Genau das war der Ursprung, wie wir es damals 2011 hier im Parlament geplant und besprochen haben. Wir wollten den Schulen und den Kommunen vor Ort ein Baukastensystem geben, mit dem man flexibel darauf reagieren kann, was man in der Region benötigt, wie die Schule positioniert sein soll. Wie soll sie inhaltlich ausgestaltet werden? Wie soll der Unterricht dort gestaltet werden?

Es ist gerade ein großer Erfolg der Oberschule, dass sie diese hohen Freiheiten und diese Flexibilität hat und die Schulen selbst diese auch gestalten können. Genau diese Flexibilität, die der Erfolgsgarant dieser Schule ist, wollte die jetzige Landesregierung den Oberschulen nehmen. Im Koalitionsvertrag von SPD und Grünen war vorgesehen, diese Flexibilität zu kippen und die Oberschulen in Richtung eines integrierten Systems zu bewegen. Damit - das will ich an dieser Stelle deutlich sagen - wäre es vorbei gewesen mit dem Erfolgsmodell und auch mit der Flexibilität - so, wie es SPD und Grüne gern gehabt hätten.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Mitnichten!)

Nach diesem halbherzigen und dann zum Glück auch schnell wieder aufgegebenen Versuch, Teile dieser Pläne mit der Schulgesetzänderung 2015 umzusetzen, muss man sagen: Außer diesem einen einzigen falschen Ansatz hat diese Landesregierung unter SPD und Grünen nicht einen einzigen Handschlag für die Weiterentwicklung und die Begleitung der Oberschule in Niedersachsen getan.

(Beifall bei der CDU - Jens Nacke [CDU]: So ist es!)

Dabei sollte es doch selbstverständlich sein, dass es eben nicht ausreicht, 2011 ein Schulgesetz zu verabschieden und eine neue Schulform auf den Weg zu bringen. Es kommt gerade darauf an, eine solche Schule fortlaufend zu begleiten, zu evaluieren und zu schauen, wie sich diese Schule entwickelt. - Wo muss ich diese Schule in ihrer weiteren Form besser unterstützen, um sie für die Aufgaben für die Zukunft zu wappnen?

Genau das hat diese Regierung nicht getan und genau deshalb heute unser Entschließungsantrag, damit wir die Oberschule auf ihrem weiteren Weg begleiten und den erfolgreichen Weg, den sie begonnen hat, für die Zukunft ausbauen können.

Wir fordern deshalb in unserem Entschließungsantrag, für jede Oberschule unabhängig von ihrer Größe eine eigene didaktische Leitung vorzusehen. Das ist ein ganz entscheidender Punkt für diese Schulform, weil diese Schule so viele zusätzliche Aufgaben bekommen hat. Mehr, als dies für andere Schulformen in Niedersachsen gilt, muss auch die Schulleitung an dieser Stelle besser ausgestattet werden und mehr Möglichkeiten haben, auf die gegebene Situation vor Ort zu reagieren.

Wir wollen mit diesem Entschließungsantrag ein weiteres Thema aufgreifen, das für andere Schulformen im Sek-I-Bereich genauso interessant ist. Wir wollen prüfen, inwiefern wir den Schulen noch mehr Unterstützung durch den Einsatz zusätzlichen Unterstützungspersonals und die Einbindung von pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geben können.

Wir greifen in unserem Entschließungsantrag auch das aktuelle Thema, das ein Stück weit auch von dieser Regierung verpennt worden ist, nämlich wie die gymnasiale Ausstattung einer Oberschule aussehen soll. Es steht bisher vorgeschrieben für die Oberschulen, dass mindestens 27 Schülerinnen und Schüler mit Gymnasialempfehlung angemeldet sein müssen, damit man ein gymnasiales Angebot einrichten kann.

Jetzt hat aber diese Landesregierung die Schullaufbahneempfehlung am Ende der Grundschulzeit abgeschafft, sodass diese Zahl gar nicht mehr greifbar ist. Die Voraussetzung ist gar nicht mehr da; das hat im Ministerium aber anscheinend noch niemand bemerkt. Deswegen wollen wir für verlässliche Rahmenbedingungen für die Schulen sorgen, damit auch das gymnasiale Kursangebot oder eigene Klassen gewährleistet werden können.

Wir wollen den Oberschulen gerade auch in der Unterstützung ihrer Flexibilität mehr Möglichkeiten geben und den Bereich der Inklusion verstärkt in den Blick nehmen. Wir haben am Dienstag, als wir über Inklusion gesprochen haben, intensiv diskutiert, wie die Rahmenbedingungen der Inklusion in Niedersachsen derzeit aussehen, dass die Schulen unter den gegebenen Bedingungen total überfordert sind, dass wir die Lehrkräfte überfordern und dass wir den Schülerinnen und Schülern nicht ausreichend gerecht werden. Diese Regierung hat seit 2013 keine Konzepte vorgelegt, wie wir die Situation verbessern können.

Deswegen wollen wir den Schulen - um Schülerinnen und Schülern jetzt, ganz akut, besser gerecht werden zu können - die Möglichkeit geben, eigene Förderschulklassen, eigene Lerngruppen „Lernen“ einzurichten, um die Schülerinnen und Schüler gezielt besser fördern zu können.

Wir wollen, dass der Profilunterricht entsprechend ausgestaltet ist, dass gewährleistet ist, dass an allen Oberschulen die zweite Fremdsprache unterrichtet wird, dass wir uns wirklich mit den inhaltlich-pädagogischen und organisatorischen Fragen der Oberschule auseinandersetzen und damit die Oberschule auf ihrem weiteren Weg besser begleiten und sie dabei entsprechend fördern können.

Meine Damen und Herren, die Oberschule hat in den vergangenen Jahren viele neue Aufgaben übernommen. Dies hat sie gut gemacht. Wir wollen sie aber auch bei diesen Herausforderungen nicht alleine lassen, sondern begleiten. Das muss die Aufgabe dieses Parlamentes sein. Deswegen hoffen wir auf eine konstruktive Beratung unseres Antrages.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Seefried. - Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Kollegen Uwe Strümpel das Wort.

Uwe Strümpel (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag der CDU zur Oberschule verwundert, hat wenig Substanz, zeigt wieder Schwächen im Umgang mit der Statistik und entspricht nicht - wie es erforderlich wäre - einer zeitgemäßen Pädagogik. Er ist letztlich und endlich ein Sammelsurium von Widersprüchen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Jetzt muss ich ein bisschen in Geschichte machen: Nach der Regierungsübernahme im Jahr 2003 - ich kann mich noch gut daran erinnern - wollten Sie die Haupt- und die Realschule stärken. Sie haben deswegen die Orientierungsstufe abgeschafft. Dann ist aber das Gegenteil eingetreten.

Sie haben das Konjunkturprogramm II extra für Hauptschulen angelegt - die größte Fehlinvestition! Bei uns im Landkreis wurde die Mensa schon nach zwei, drei Jahren nicht mehr besucht, und das ist durchgehend so. Sie haben da fehlinvestiert.

(Zustimmung bei der SPD)

Nicht nur durch den demografischen Wandel, vor allem auch durch die Abschaffung der Orientierungsstufe hat die Anwahl von Gymnasien und IGSen enorm zugenommen.

Der Trend zum Gymnasium hat sich mit unserem modernen G 9 noch weiter verstärkt. Die Anmeldezahlen steigen ständig.

(Zustimmung bei der SPD)

Sie wollen mit Ihrem Antrag, der mehr gymnasiale Züge an Oberschulen vorsieht, doch nicht etwa die Gymnasien gefährden? - Schon bei der Einführung der Oberschule hat der Philologenverband davor gewarnt! Und jetzt wollen Sie sie gefährden? - Wir haben sie ausgebaut.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Jens Nacke [CDU]: Da müssen Sie selber lachen, Herr Kollege, oder?)

- Nein, darüber muss ich nicht lachen.

Sie haben dann wegen der stark rückläufigen Schülerzahlen aus der Not eine Tugend gemacht und sich nach langer Diskussion nicht für die IGS, sondern für die Oberschule entschieden. Ich habe mich einmal mit Herrn Althusmann unterhalten. Er hat zugegeben, dass bei Ihnen auch in der Diskussion war, den Weg über die IGS zu gehen.

(Petra Tiemann [SPD]: Sie haben sich nur nicht getraut!)

Gute Schule erfordert gute Lehrer und eine gute Schulleitung. Das gilt für alle Schulformen, nicht nur für die Oberschule. Ganz deutlich sage ich aber hier: Gerade für den ländlichen Bereich ist die Oberschule ein gutes Angebot,

(Kai Seefried [CDU]: Sehr gut! Gute Erkenntnis!)

und das, obwohl ca. 100 Oberschulen mit der Mindestgrößen von zwei Zügen jetzt oder in den nächsten Jahren zu kämpfen haben. Da geht es schlichtweg um den Erhalt von Schulstandorten. Das Angebot dieser Schulen sieht natürlich nicht so aus wie das von mehrzügigen Oberschulen. Und auch Ihnen dürfte bekannt sein, dass Oberschulen im Umfeld gut erreichbarer Gymnasien und Gesamtschulen große Probleme haben.

Deshalb verstehe ich nicht, warum Sie nun eine Schulform herausstellen und zum Gegenstand einer Evaluation machen wollen. Vor Ihrem Verbot, IGSen zu errichten, haben Sie doch auch keine Evaluation durchgeführt! Sie haben einfach ein Errichtungsverbot ausgesprochen, ohne sich genau zu erkundigen.

Mir Ihrer plakativen Überschrift ohne Fragezeichen

(Kai Seefried [CDU]: Wollen Sie denn ein Fragezeichen setzen?)

setzen Sie die anderen Schulformen ins Abseits. Wir betrachten alle Schulformen als gleichwertig und nicht nur eine einzige Schulform als förderungswürdig.

(Beifall bei der SPD)

Ein Beispiel für Ihre fehlerhafte Statistik: Sie leiten aus den Anmeldezahlen die Beliebtheit der Schulform ab. An den Oberschulen stehen aber deutlich mehr Plätze zur Verfügung als an den IGSen. Dort werden noch ganz viele Kinder abgewiesen.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: So ist das nämlich! Herr Seefried, hören Sie einmal zu!)

Oberschulen wurden im Schuljahr 2015/16 - da haben Sie recht - sehr stark besucht. IGSen mit ihren Einschränkungen - - -

(Jens Nacke [CDU]: Frau Kollegin, ich höre sehr genau zu! Aber das macht es nicht besser!)

- Seien Sie doch einfach tolerant! Wir haben unterschiedliche Auffassungen. Sie sind mit Ihrer Schulpolitik in den 50er-Jahren, wir sind auf der Höhe der Zeit.

(Beifall bei der SPD - Jens Nacke [CDU]: Ich kann nicht nachvollziehen, was Sie daherreden, Herr Kollege!)

IGSen mit ihren Einschränkungen haben nur 11 730 Schüler. Wenn es sie im Gesamtangebot gäbe, wären dort wesentlich mehr Schüler als an den Oberschulen. Mehr ist hier einfach nicht möglich. Sie vergleichen wieder Äpfel mit Birnen, wie bei der Unterrichtsversorgung.

Das ist doch kein Maßstab für die Beliebtheit einer Schulform! Schulen sind beliebt, wenn die Schule gut funktioniert, wenn sie gute Lehrer hat und eine gute Schulleitung. Das gilt für alle Schulformen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Man könnte noch viel zu Ihren Widersprüchen ausführen. Doch kurz vor Plenumsschluss - alle wollen ja nach Haus - nur noch ein Hinweis, der den inhaltlichen und pädagogischen Unterschied zwischen Rot-Grün und Schwarz-Gelb verdeutlicht: Sie betonen die Offenheit für Abschlüsse und den integrativen Charakter der Oberschule - den wir übrigens ausgebaut haben; da sind wir weitergegangen. Dieser integrative Ansatz hält Bildungschancen offen, fordert und fördert Schülerinnen und Schüler zum bestmöglichen Abschluss. Sie aber wollen in Mathematik und Deutsch auf L-, G-, E- und Z-Kurse hinaus, also auf ein sehr gegliedertes, selektives System. Sie wollen im Grunde unter dem Dach der Oberschule die Hauptschule, die Realschule und die Förderschule wiedereinführen. Das ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung von Julia Willie Hamburg [GRÜNE])

Übrigens ist das - da spreche ich aus der Praxis - an einer zweizügigen - manchmal sogar einzügigen - Oberschule organisatorisch gar nicht umsetzbar.

Ich will es heute nicht zu lang machen. Das waren nur einige Beispiele aus ihrem rückwärtsgerichteten Antrag. Der Rückwärtsgang ist aber mit uns nicht zu machen. Auch Oberschulen müssen integrativ sein. Wir sind mit unseren methodischen und didaktischen Auffassungen zu Integration und Inklusion auf der Höhe der Zeit, für eine bestmögliche Entwicklung der Schülerinnen und Schüler in Niedersachsen.

Danke.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Strümpel. - Es folgt eine Kurzintervention der CDU-Fraktion. Herr Kollege Seefried, Sie haben das Wort für 90 Sekunden.

Kai Seefried (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Herr Strümpel, man merkte Ihren Ausführungen an, wie sehr Ihre Fraktion der Erfolg der Oberschule stört und dass Sie nicht ertragen können, wie erfolgreich diese Schulform ist.

(Zustimmung bei der CDU - Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Das ist überhaupt nicht der Punkt!)

- Es ist eben doch der Punkt. Sie werfen uns hier vor, uns um eine einzelne Schulform zu kümmern. An Ihren Ausführungen hat man gemerkt, dass es bei Ihnen nur eine einzige Denkweise gibt, und das ist der dauerhafte Klassenkampf: eine Schule für alle, Gesamtschule gegen alle anderen. Das ist bei Ihren Ausführungen deutlich geworden - und nicht, dass Sie für einen gleichberechtigten Wettbewerb der Schulformen untereinander stünden.

(Zustimmung bei der CDU)

Was wurden da gerade für Argumente herausgeholt! In der Vergangenheit soll ein Konjunkturprogramm für die Hauptschulen aufgelegt worden sein. - Da war ich nicht dabei. Es gab ein Hauptschulprofilierungsprogramm. Aber das Konjunkturprogramm, Herr Strümpel, betraf alle Schulen. Es war Sache der Schulträger, wie sie die Gelder einsetzten. Das war kein Programm, das ausschließlich für Hauptschulen aufgelegt wurde. Die Argumente, die hier bemüht werden, sind also zum Teil wirklich hanebüchen.

Eine Frage möchte ich doch in Ihre Richtung stellen. Sie sagen immer, die Gesamtschulen müssten viele Schüler ablehnen; es herrsche ein unfairer Wettbewerb unter den Schulformen. Aber was für Schulen sind denn in Ihrer Regierungszeit in Niedersachsen in größerer Zeit gegründet worden, Gesamtschulen oder Oberschulen?

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Für die Oberschule gelten geringere Zulassungsvoraussetzungen! Das sollten Sie vielleicht einmal dazusagen! - Gegenruf von Jens Nacke [CDU]: Nach vier Jahren Regierungszeit müssen Sie sich das schon zurechnen lassen!)

Ein allerletzter Satz zu Ihren Ausführungen, Herr Strümpel: Wir machen bewusst kein Fragezeichen hinter den Titel unseres Antrages, weil es da kein Fragezeichen gibt. Die Oberschule *ist* ein Erfolgsmodell. Das können Sie nicht kaputtreden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank. - Herr Kollege Strümpel möchte antworten. Auch er hat 90 Sekunden. Bitte!

Uwe Strümpel (SPD):

Sie können vor Ort nachfragen. Ich bin schon viel herumgekommen. Ich lobe die gute pädagogische Arbeit, insbesondere dann, wenn sie auch integrativ angelegt ist. Das wollen übrigens viele Oberschulen; sie treten an uns heran und wollen integrativ arbeiten.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Und tun das zum Teil auch!)

Anders als Sie denken, lobe ich die Oberschulen ausdrücklich. Sie leisten im ländlichen Bereich wirklich gute Arbeit.

Zweitens. Beim Konjunkturprogramm gab es eine klare Vorgabe vom Land - das weiß ich noch, weil wir deswegen mit unserer Mensa an der IGS gescheitert sind -, dass mit den Mitteln daraus vornehmlich Hauptschulen auszustatten sind. Bei uns in Helmstedt hat das zwei oder drei Jahre lang funktioniert. Die Hauptschule gibt es gar nicht mehr, weil es nur fünf Anmeldungen gab.

(Jens Nacke [CDU]: Und die Mensa nutzt auch keiner mehr, oder was?)

Drittens - und da sind Sie nicht redlich -: Es geht nicht nur um die abgewiesenen Schüler. Die Hürden zur Einführung einer Gesamtschule sind doch wesentlich höher als für die Oberschule.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie müssen eine Elternbefragung machen. Sie müssen zehn Jahre lang Statistik machen usw. Die Oberschule hingegen können sie schlichtweg mit einem Schulträgerbeschluss einführen.

Also nochmal: Ich erkenne die Arbeit der Oberschulen an, aber die Beliebtheit ist nicht eine Frage der Schulform. Natürlich wollen die meisten Eltern einen bestmöglichen Abschluss. Eine Schule ist dann beliebt, wenn sie gute und hervorragende Arbeit leistet. Das gilt für alle Schulformen in Niedersachsen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Strümpel. - Jetzt erteile ich der FDP-Fraktion das Wort. Es spricht der Kollege Björn Försterling. Bitte schön!

Björn Försterling (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 18. Mai 2016 schreibt die *Hannoversche Allgemeine Zeitung*:

„Sie sind klein, arbeiten integriert und haben an mindestens zwei Tagen in der Woche ein verpflichtendes Nachmittagsangebot: In Hannover geht im Sommer eine neue Schulform an den Start, die integrierte Stadtteilschule in der Rechtsform Oberschule.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, selbst in der Landeshauptstadt Hannover hat man irgendwann gemerkt, dass die Rechtsform der Oberschule, so wie Schwarz-Gelb sie auf den Weg gebracht hat, ein adäquates Mittel ist, die Schulvielfalt zu erhöhen. Allerdings hat man sich in Hannover nicht getraut, die Oberschule dann auch Oberschule zu nennen.

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Weil sie auch integrativ arbeitet!)

Das zeigt noch einmal, welche Ideologie dahintersteckt und welche Grabenkämpfe hier geführt werden.

(Filiz Polat [GRÜNE]: Wer ist denn hier gerade ideologisch? Sie!)

Das hat der Kollege Strümpel eben eindrucksvoll gezeigt. Ich fühle mich in die 70er-Jahre zurücker versetzt, Herr Kollege Strümpel.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Erkennen Sie doch einfach einmal an, dass die Oberschulen in Niedersachsen tatsächlich ein Angebot sind, um die Vielfalt in der Schulstruktur zu erhöhen und entsprechende Möglichkeiten zu schaffen!

Wir haben damals bei der Erarbeitung der untergesetzlichen Regelungen zur Oberschule in der Tat sehr viel Wert darauf gelegt, dass die Kollegien dort selbst entscheiden können, wie sie arbeiten wollen: Wollen sie jahrgangsbezogen arbeiten, wollen sie schulzweigbezogen arbeiten? Wollen sie in der fünften Klasse anfangen, Mathematik

oder auch schon Englisch zu differenzieren, oder wollen sie es in der sechsten Klasse machen?

Das hat dazu geführt, dass überall dort, wo Oberschulen entstanden sind, die Kollegien sich sehr ernsthaft mit diesen Fragen auseinandergesetzt haben: Wie wollen sie die Schule entwickeln, mit welchem pädagogischen Konzept wollen sie arbeiten?

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Es arbeiten viele jahrgangsbezogen!)

Das ist genau das, was wir erreichen wollten. Deswegen hat sich die Oberschule vielfach auch durchgesetzt. Die Oberschulen können selbst entscheiden, welche Fachleistungsdifferenzierungen sie auf den verschiedenen Niveaus einführen wollen und welche nicht.

Herr Kollege Strümpel, ich weiß nicht, ob es Ihnen schon gelungen ist, die Antworten der Landesregierung auf die heutigen Mündlichen Anfragen zu lesen. Wenn ja, dann werden Sie festgestellt haben, dass sich rund 40 der 280 Oberschulen entscheiden, Mathe und Englisch schon in der fünften Klasse leistungsbezogen zu differenzieren. Im sechsten Jahrgang sind es bereits 126 Schulen in Mathe und 127 Schulen in Englisch. - Genau das wollten wir erreichen: dass die Schule vor Ort entscheidet, welche Differenzierung notwendig ist. Im CDU-Antrag ist nicht die Rede davon, dass die Differenzierungen ausgeweitet werden sollen,

(Julia Willie Hamburg [GRÜNE]: Doch! Natürlich fordert er das!)

sondern davon, dass die Schulen weitere Möglichkeiten bekommen, zu differenzieren. Aber es ist gar kein schlechter Ansatz, zu sagen: Wenn wir schon differenzieren, dann können wir auch so weit differenzieren, dass die Kinder mit einem Förderbedarf Lernen extra in Mathe, Englisch und dort, wo es für die Grundkompetenzen notwendig ist, unterrichtet werden.

Erkennen Sie doch die Chancen an, der Oberschule wieder mehr pädagogische Freiheit zuzugestehen! Haben Sie doch Vertrauen in die Lehrkräfte an den Oberschulen, das pädagogisch Sinnvolle zu machen! Haben Sie doch auch Vertrauen in die Schulträger, die landauf, landab von dem Rechtsmodell der Oberschule Gebrauch machen, auch, um Schulstandorte im ländlichen Raum zu erhalten! Denn auch Sie müssen doch zugeben, dass es nicht überall eine drei- oder vierzügige Gesamtschule geben kann, sondern dass man auch andere Möglichkeiten braucht.

Diese Möglichkeiten haben wir mit der Oberschule eingeräumt. Da muss man nicht schwarz oder weiß malen, sondern einfach feststellen, dass das eine Ausweitung der Schulvielfalt in Niedersachsen ist. Das ist ein Angebot, von dem viele Schulträger Gebrauch gemacht haben. Das ist ein Angebot, von dem viele Schülerinnen und Schüler in Niedersachsen profitieren.

Genau darum muss es uns doch gehen: Was ist gut für die Schülerinnen und Schüler? - Und da ist es gut, wenn die Schulen in Ruhe arbeiten können, wenn die Lehrer pädagogische Konzepte für die Schule erarbeiten und umsetzen können und wenn sich die Politik heraushält. Deswegen ist es richtig, den Oberschulen mithilfe dieses Antrags mehr Freiheiten zu geben, anstatt sie zu gängeln, weil man sie aus ideologischen Gründen nicht haben will.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zuruf von der SPD: Wer gängelt denn mit Anträgen?)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Försterling. - Ich erteile jetzt der Kollegin Julia Willie Hamburg für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Julia Willie Hamburg (GRÜNE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Försterling, es ist wirklich abenteuerlich, Ihnen dabei zuzuhören, wie Sie die Geschichte hier gerade für sich neu erfunden haben.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Warum ist die Oberschule denn damals eingeführt worden? - An den Hauptschulen ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler zurückgegangen, und Sie mussten sich überlegen, wie Sie den Druck vom Kessel kriegen, um nicht Integrierte Gesamtschulen flächendeckend einführen zu müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Das war der Ursprung, wie aus einem Geistesblitz die Oberschule entstanden ist.

Kann man hier von einem Erfolgsmodell sprechen? - Sicherlich haben Sie insoweit recht, als dass sich die Oberschule flächendeckend ausgeweitet hat und angenommen wird. Aber wenn Sie ehrlich sind, ist sie doch eigentlich ein Relikt Ihrer abgewählten Schulpolitik, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Was haben Sie damals gemacht? - Sie haben die Vielfalt der Schulangebote im Land weiter erhöht. Sie haben dafür gesorgt, dass Eltern schon gar nicht mehr wissen, an welche Schule sie ihre Kinder eigentlich anmelden wollen.

(Jens Nacke [CDU]: Das ist bei einer Einheitsschule natürlich leichter!)

Sie haben damit ein siebengliedriges Schulsystem geschaffen - einmalig in dieser Bundesrepublik, liebe Kolleginnen und Kollegen! Einmalig schlecht.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Denn diese Zerfaserung sorgt für eine Intransparenz für die Eltern. Sie sorgt für eine Unfähigkeit, Schulressourcen sinnvoll zu bündeln. Aber das passt ja in das System Ihrer schwarz-gelben Sortiermaschine.

Als die Oberschule 2012 eingeführt worden ist, hat meine damalige Kollegin Ina Korter eine Anfrage gestellt. Die Antwort darauf hat ergeben, dass ein Viertel der Oberschulen, die Sie eingerichtet haben, noch nicht einmal die niedrigen Voraussetzungen erfüllt hat, die Sie an die Schulzulassung gestellt haben. Sie brauchen für eine Oberschule eine Zweizügigkeit mit mindestens 48 Schülerinnen und Schülern. Ich möchte das einmal den Anforderungen gegenüberstellen, die unter Ihrer Regierungszeit an IGSen gestellt worden sind. Für sie brauchte man die Fünzügigkeit mit mindestens 24 Schülerinnen und Schülern je Zug. Das ist eine Ungerechtigkeit, die wirklich ihres Gleichen gesucht hat. Sie macht auch deutlich, wes Geistes Kind die Oberschule war, als Sie sie eingeführt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Frau Kollegin Hamburg, der Kollege Seefried möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen.

Julia Willie Hamburg (GRÜNE):

Gerne.

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Sie lassen sie zu. - Bitte, Herr Seefried!

Kai Seefried (CDU):

Vielen Dank. - Frau Hamburg, Sie haben den Unterschied zwischen IGS und Oberschule angesprochen, was die Mindestgröße angeht. Dazu die Frage: Halten Sie es für pädagogisch sinnvoll, zweizügige Integrierte Gesamtschulen in Niedersachsen einzuführen?

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Frau Hamburg, bitte!

Julia Willie Hamburg (GRÜNE):

Das halte ich nicht für sinnvoll.

(Jens Nacke [CDU]: Da sind wir uns einig, Frau Kollegin! Wunderbar!)

Sonst hätten wir im Schulgesetz die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen. Wir halten die Schulqualität an dieser Stelle hoch, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie weisen zu Recht darauf hin: Die Oberschulen in diesem Land haben sich sehr unterschiedlich entwickelt. Auch Herr Strümpel hat es ausgeführt: Viele Oberschulen arbeiten bereits integrativ. Wann immer wir Oberschulen besuchen, wird uns gesagt: Bitte, gebt uns doch mehr Möglichkeiten, integrativ zu arbeiten.

Ja, die Oberschule wird in den Regionen gut angenommen. Man muss aber auch sagen, dass sie in der Schulplanung oft den einzigen Weg darstellt, um überhaupt noch Schulen zu gründen. Herr Strümpel hat es eben deutlich gemacht, wie niedrig die Zulassungsvoraussetzungen für die Oberschulen sind.

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Frau Hamburg, jetzt kommt der Wunsch auf eine Zwischenfrage vom Kollegen Försterling.

Julia Willie Hamburg (GRÜNE):

Ich möchte vermeiden, dass wir hier in einer Fragestunde enden,

(Jens Nacke [CDU]: Bei Herrn Wattermann haben wir damit gute Erfahrungen gemacht!)

auch wenn ich mich sicherlich gerne - - -

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Das ist Ihr gutes Recht. Sie können weiterreden. Bitte!

Julia Willie Hamburg (GRÜNE):

Wunderbar, vielen Dank.

Wir werden deshalb an dieser Stelle Ihrem Vorschlag nicht folgen. Natürlich sehen auch wir den Bedarf, dass Oberschulen weiterentwickelt und für die Herausforderungen zukunftsfähig aufgestellt werden. Hier verfolgen wir aber eher das Ziel, ihnen die Möglichkeit und die Vielfalt zu geben, noch stärker integrativ zu arbeiten. Das ist die Richtung, in die wir gehen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Deshalb werden wir Ihren Forderungen nicht folgen, die schulzweigbezogene Arbeit der Schulen noch stärker im Gesetz zu verankern oder vorzuschreiben; denn, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir brauchen keine kleinen KGSen ohne gymnasialen Zweig.

Auch beim Versuch, hier erneut die Inklusion zu unterlaufen - wir hatten diese Debatte schon am Dienstag -, werden wir nicht mitgehen. Der Förder-schulzweig wird von uns nicht unterstützt werden. Wir sind für integratives Arbeiten an allen Stellen und stellen die Inklusion ganz nach oben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auf all Ihre Unterstellungen in dem Antrag werde ich nicht eingehen. Wir benachteiligen keinerlei Schulform. Wir werden mit Ihnen aber auch nicht den Weg gehen, Schulformen zu bevorzugen. Das ist nicht unser Weg. Wir werden die Oberschulen zukunftsfähig gestalten.

Vielen Dank. Ich freue mich auf die Ausschussberatungen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Frau Hamburg. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit sind wir am Ende der Beratungen.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung.

Federführend soll sich der Kultusausschuss mit diesem Entschließungsantrag befassen, mitberatend der Ausschuss für Haushalt und Finanzen. Ich bitte um Ihr Handzeichen, wenn Sie das so beschließen wollen. - Das ist so beschlossen.

Damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung.

Wir kommen zur Festlegung von Zeit und Tagesordnung des nächsten Tagungsabschnitts. Der nächste, der 42. Tagungsabschnitt ist für Montag, den 12., bis Donnerstag, den 15. Dezember, vorgesehen. Der Präsident wird den Landtag einberufen und im Einvernehmen mit dem Ältestenrat den Beginn und die Tagesordnung der Sitzung festlegen.

Ich wünsche Ihnen eine schöne Adventszeit und einen guten Heimweg.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung: 13.29 Uhr)